

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XIV. JAHRGANG 1937

7.

H E F T / J U L I

Aus dem englischen Weltreich

Bauer: Irland und das Empire

Goltz: Kampf um Palästina

Fernau: Wehrgeopolitische Betrachtungen über Indien

Reinhardt: Die USA. und der Stille Ozean

„Wenn England zu Felde zieht“

NEUE BEILAGE:

Staatenwirtschaft

Politik: Die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft — Seifert: Von der politisierten
Weltwirtschaft zur politischen Wirtschaft der Staaten — Thalheim: Wanderung in der
Welt und des Staates — Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau — Materialien: Das
Wirtschaftsprogramm der Falange Española — Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XIV. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1937

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>R. Bauer: Irland und das Empire</i>	521
<i>R. Goltz: Kampf um Palästina</i>	532
<i>F.-W. Fernau: Wehrgeopolitische Betrachtungen über Indien</i>	541
<i>W. Reinhardt: Die USA. und der Stille Ozean</i>	549

BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	554
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	559

<i>SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i>	566
---	-----

UNTERSUCHUNGEN

<i>G. Hobus: Die Raumkameradschaft der Südostvölker II</i>	568
<i>F. H. Schmolck: Der Panamerikanismus von Amerika aus III</i>	572

SCHRIFTTUM

<i>K. Haushofer: Malaya und sein Zerrungsgebiet</i>	580
<i>K. Haushofer: Kulturbewegung und Machterneuerung am Indischen Ozean</i>	581
<i>K. Roepke: Bibliographie der Geopolitik</i>	584

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

<i>H. C. H. Wohltat: Die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft</i>	585
<i>A. Seifert: Von der politisierten Weltwirtschaft zur politischen Wirtschaft der Staaten</i>	590
<i>K. C. Thalheim: Wanderung in der Hand des Staates</i>	595
<i>A. Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau</i>	601
<i>Materialien</i>	613
<i>Schrifttum</i>	614

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzel M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—
Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung.
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—
Postscheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H./LUDWIGSHAFEN 12461/WIEN 559 18/PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Ein dem Britischen Empire gewidmetes Heft kann niemals irgend eine Art Vollständigkeit in der Behandlung der Probleme anstreben, sondern es muß einige wahrhaft entscheidende Punkte herausheben und versuchen, diese wirklich gründlich und erschöpfend zu behandeln. Wir haben gewählt: Irland, Palästina, Indien. —

Die Frische Frage, wohl die wichtigste und brennendste des Weltreichs, ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Nach jahrhundertelangem Kampf ist es den Iren gelungen, dem Ziel der völligen Unabhängigkeit so nah zu kommen wie nie zuvor. R. Bauer zeigt die gegenwärtige Situation aus ihren geschichtlichen Zusammenhängen auf und beurteilt die Aussichten der zukünftigen Entwicklung.

Die Kämpfe im Heiligen Land kommen nicht zur Ruhe. Auf diesem im Verhältnis so verschwindend kleinen Gebiet überkreuzen sich unübersehbar viele politische und wirtschaftliche Interessen und machen es zum weltpolitischen Knotenpunkt ersten Ranges. R. Goltz deutet das Schicksal des für das Weltreich lebenswichtigen Landes.

Das mit einer riesigen Festung vergleichbare Indien ist doch heute für England kein selbstverständlicher und unanfechtbarer Besitz mehr. F. W. Fernau gibt einen wehrgeopolitischen Überblick über Indiens Lage, über die englische Wehrpolitik und ihre Bedeutung für Englands Verhältnis zu Indien überhaupt. —

Nach der späten Besitzergreifung der reichen Westseite ihres Kontinents durch die Amerikaner hat sich ein spannungsreiches Verhältnis zu dem raumbeengten Nachbarn Japan herausgebildet, dessen Herkunft, gegenwärtigen Stand und zukünftige Ausgleichsmöglichkeiten durch W. Reinhardt dargestellt werden.

In diesem Heft bringen wir zum ersten Mal unsere neue Beilage

„Staatenwirtschaft“

die nun, mit dem „Welt-Rundfunk“ abwechselnd, in jedem zweiten Monat erscheinen soll.

Mit dieser Beilage, deren Schriftleitung Dr. Arnold Seifert übernommen hat, wird zum ersten Mal eine Erscheinung des heutigen Weltgeschehens systematisch erforscht und berichtsmäßig in ihren weltweiten Zusammenhängen erfasst, über deren unabsehbare Bedeutung sich alle Einsichtigen klar sind.

In dem Leitartikl wird es ausgesprochen: aus dem Chaos der Kriegs- und Nachkriegszeit, in dem die politischen und wirtschaftlichen Ordnungen einer ganzen Epoche zerbrochen, suchen die Völker neue Ordnungen, neue Formen ihres Daseins zu schaffen und durchzubilden. Die Umrisse der neuen Welt zu erkennen, das ist die geistige Aufgabe, die heute gestellt ist. Für den wirtschaftlichen Bereich wird als die bedeutsamste Erscheinung bemerkbar: „Das Emporkommen des Staates, das heißt, das stetige Anwachsen der Bedeutung, die der Wille der Staatsführungen für das wirtschaftliche Geschick der Einzelnen und der Völker und damit für das Schicksal der wirtschaftlichen Verflechtung der Welt im Ganzen gewinnt.“

Diese Erscheinung zeigt sich keineswegs nur in den „autoritären Staaten“, sondern überall in der ganzen Welt. Ihrer Erforschung gilt die Arbeit der „Staatenwirtschaft“, wobei der Stand- und Gesichtspunkt, der dieser Arbeit Einheit und Sinn geben wird, in der Frage festgelegt ist: „ob dieses Emporkommen des Staates aus dem Chaos der Kräfte zugleich das Auftauchen eines neuen Richtpunktes bedeutet, von dem aus und nach dem hin das ganze Schaffen und Leisten der Menschheit wieder einen Sinn bekommt, d. h. im Ökonomischen, ob damit das Formelement einer neuen wirtschaftlichen Ordnung der Welt, das Agens einer Welt-Staatenwirtschaft heranwächst“.

Die Schriftleitung

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Robert Bauer, Berlin O 27, Holzmarktstr. 8 — F. W. Fernau, Görlitz Konsulstr. 46 — Rudolf Goltz, Anschrift durch den Verlag — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter des Geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., o. Prof. an der Universität, München O 2 Kolberger Str. 18 — Dr. Gottfried Hobus, Berlin-Nikolassee, Kottbaurerstr. 73 — Walter Reinhardt, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 110 — Dr. Kurt Roepke, Leipzig O 27, Am Wasserwerk II — Frank H. Schmolck, Guatemala, Apartado 171 — Dr. Arnold Seifert, Leipzig C I, Markt 4 — Dr. Karl E. Thalheim, Prof. an der Handelshochschule Leipzig, Leipzig C I, Sophienstr. 47 — H. E. H. Wohlthat, Ministerialdirektor im Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministerium, Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, Berlin W 8, Behrenstr. 4

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

Verzeichnis der Karten dieses Heftes:

Seite

Grenze zwischen Irland und Ulster	52
Afghanistan und die indische NW-Grenze	54
Birma und die indische NO-Grenze	54
Die Festung Indien, ihre Zugänge und Sperrforts	54
Südostraum	56
Südostraum. Staaten	57

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

D. Schäfer: Politik gegen Geopolitik / Zur geopolitischen Lage der Tschechoslowakei
 G. Meißners-Hohenmeiß: Die Volkspolitik der Tschechen im Kartenbild
 Silesius: Religion und Politik in der Tschechoslowakei
 G. Hobus: Die Raumkameradschaft der Südostvölker
 A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt
 K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum
 Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik
 F. H. Schmolck: Der Panamerikanismus von Amerika aus II
 R. von Schumacher: Büchertafel
 E. Wunderlich: Neue geopolitische Karten und Atlanten
 K. Roepke: Bibliographie der Geopolitik

Beilage: Welt-Rundfunk

H. Schaefer: Rundfunk in der Mandchurei
 P. Speet: Der Holländer als Hörer
 P. Distelbarth: Das französische Volk und der Rundfunk
 E. R. Fischer: Übersee sendet mit
 Blick in die Rundfunk-Welt
 Wirtschaft und Recht
 Schrifttum

1177-15

ROBERT BAUER:
Irland und das Empire

I

Bei der Eröffnung der diesjährigen Empirekonferenz definierte Herr Baldwin das Empire als eine Vereinigung freier, souveräner Völker, die, durch die britische Krone und ihre gemeinsamen Interessen eng verbunden, aus freien Stücken zur Lösung ihrer gemeinsamen Aufgaben zusammenarbeiten. Von der Freiheit der britischen Gliedstaaten hat die Regierung des Irischen Freistaates — der künftig Eire heißen wird, wie die neue irische Verfassung bestimmt — in recht drastischer Weise Gebrauch gemacht: sie ist der Empirekonferenz ferngeblieben. Die de Valera-Regierung hat damit zu erkennen gegeben, daß die Probleme des Britischen Reiches nicht die Probleme Irlands sind und daß der Irische Freistaat nicht geneigt ist, bei der Lösung der britischen Reichsfragen den ihm zugedachten Beitrag zu leisten. Auch in anderen Dingen hat sich die Dubliner Regierung in den letzten Wochen nicht im Sinne der Baldwinschen Definition verhalten: Irland hat auch zur Krönung Georg VI. keinen Vertreter entsandt; es nahm von diesem Ereignis überhaupt keine Notiz, und in der neuen Verfassung, die sich die Iren geben, wird weder das Commonwealth noch die britische Krone erwähnt. Aber manche Iren finden selbst diese Politik ihrer Regierung nicht entschieden genug und zerstörten daher am Krönungstage mit Hilfe von Dynamit das Dubliner Standbild Georgs II.

Die Kluft zwischen dem Irischen Freistaat und Großbritannien, die Sonderstellung Irlands im Britischen Reiche ist durch all diese Geschehnisse gerade zu einem Zeitpunkt eindringlich zum Ausdruck gebracht worden, wo es England und den anderen britischen Reichsgliedern um die Zusammenfassung der Kräfte und um die Festigung des Empire geht. Die irische Frage steht wieder im Brennpunkt der britischen Reichspolitik.

Die Sonderstellung des Irischen Freistaates im Britischen Reich ist dadurch gegeben, daß Irland — neben England — die geschichtstiefste und einzige echte Nation des British Commonwealth of Nations darstellt. Während sich die Selbstregierungswünsche der übrigen Dominions aus dem selbstverständlichen Gefühl der Mündigkeit ergaben, erwächst Irlands Selbständigkeitsverlangen aus einem starken völkischen Bewußtsein. Irland hat vor seiner Unterwerfung unter die englische Herrschaft zwar nie eine politische Einheit gekannt; aber die Iren waren bereits eine Nation auf hoher Kulturstufe, als sich das britische Volkstum erst in seinen ersten Ansätzen herausgebildet hatte. Wohl wurde dann unter der englischen Herrschaft die irische Insel bis auf geringe Reste anglisiert. Doch war damit

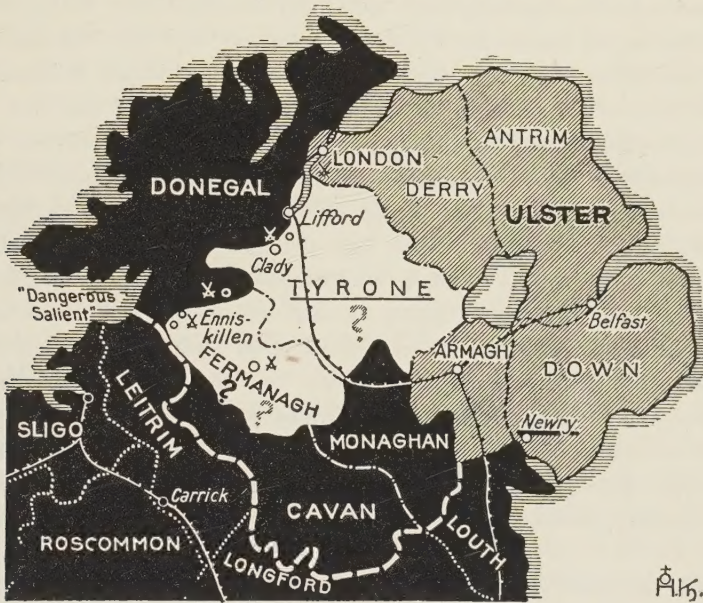
das Dasein des irischen Volkes zu keiner Zeit in Frage gestellt. Der Streit zwischen dem Irischen Freistaat und Großbritannien ist daher nicht nur ein Zwist zweier Gliedstaaten eines Reiches, sondern ein Kampf zweier Völker, die im Grunde nur ihr enge geographisches Nachbarschaftsverhältnis miteinander gemeinsam haben. Das aber wurde Irland zum Verhängnis, nachdem es England zur Aufgabe geworden war.

Die englisch-irischen Beziehungen begannen bereits unter Heinrich II., der gegen Ende des 12. Jahrhunderts sich zum Lord of Ireland machte und seine adligen Gefolgsleute mit dem Grund und Boden der irischen Stämme belehnte. Die ersten Versuche der britischen Krone, ihre Macht auf die Nachbarinsel auszudehnen, waren freilich nicht tiefgreifend genug, um dauerhafte Wirkungen zeitigen zu können. Der anglo-irische Adel verselbständigte sich und entzog sich seinen Pflichten gegenüber dem englischen Lehnsherrn. Als schließlich die englische Oberschicht sogar die Sprache und Lebensgewohnheiten der Iren annahm, blieb den Engländern als sicherer irischer Besitz lediglich ein schmaler, der britischen Insel zugekehrter Küstenstreifen um Dublin. Erst unter den Tudorkönigen setzte die englische Irlandpolitik wieder tatkräftig ein. Nun aber ging es den Briten um mehr als um die Gewinnung einer neuen Provinz. Für die werdende britische Seemacht war die Wiedergewinnung der Nachbarinsel, die England vom Weltmeere trennt, zur Notwendigkeit geworden, da ein unabhängiges Irland, zumal im Bunde mit einer englandfeindlichen Macht, eine dauernde Bedrohung der britischen Seewege dargestellt hätte. Irlands politische Selbständigkeit mußte fallen, damit Britanniens weltumspannende Pläne in Sicherheit verwirklicht werden konnten. 1542 erhob sich Heinrich VIII. zum irischen König. Allerdings dauerte es noch ein volles Jahrhundert, bis die Grüne Insel der englischen Herrschaft wiedergewonnen war.

Aber auch danach blieb Irland den Briten ein Problem. Die „Insel der Heiligen“ ward zur Insel der Rebellen. Die Aufstände im 17. und 18. Jahrhundert, die revolutionären Spannungen nach dem Vollzug der Union mit Großbritannien, die Aufstandsversuche der Fenier nach der unzulänglichen Katholikenbefreiung, die Agrarrevolten um die Jahrhundertwende, der Kampf der Iren um Home Rule bis zum Weltkriege, der Osteraufstand im dritten Kriegsjahre und endlich der mörderische Kleinkrieg der Sinnfeiner-Bewegung in den ersten Nachkriegsjahren kennzeichnen die Fieberkurve der britischen Irlandpolitik durch drei Jahrhunderte.

Heinrich VIII. hatte die Wiedergewinnung Irlands eingeleitet; Oliver Cromwell vollendete sie. Militärisch hatte England den Sieg davongetragen, doch gelang es ihm nicht, den Selbstbehauptungswillen der Iren zu brechen und seine Herrschaft in Irland auf eine verlässliche Volksgrundlage zu stellen. An Versuchen hat es zwar nicht gefehlt, durch Ansiedlung britischer Untertanen das Irentum zurückzudrängen. Erfolgreich waren die englischen Kolonisationspläne jedoch nur in der Nordostecke der Ulsterprovinz, wo zuerst die Königin Elisabeth und nach ihr

Jakob I. die Ansiedlung englischer und schottischer Bauern betrieb. Ulster sollte durch Verdrängung der Iren zu einer rein britischen Provinz gemacht werden. Der Plan ließ sich jedoch nur zum Teil verwirklichen, da die englisch-schottischen Einwanderer nicht zahlreich genug waren, um die irischen Arbeitskräfte ersetzen zu können. Von den neun Grafschaften der Ulsterprovinz wurden lediglich die England nächstliegenden Grafschaften Down, Antrim und Armagh britisch, während die drei



[Hatched Box] *Ulster* [Solid Black Box] *Irische Neigungen*
 x *Geschichtliche Belastungen*
 --- *Grenze der Provinz Ulster vor der Teilung*

Die Grafschaften Donegal, Cavan und Monaghan gehören zum Freistaat

mittleren Grafschaften annähernd zu gleichen Teilen irisch und britisch besiedelt wurden. In die Grafschaften Donegal, Cavan und Monaghan aber drangen die britischen Siedler überhaupt nicht vor. Ulster wurde eine völkisch und konfessionell gemischte Provinz. Damit war die Grundlage einer Streitfrage geschaffen, die heute vor allen anderen Fragen die Beziehungen zwischen Irland und Großbritannien vergiftet.

Hätten die Iren nach ihrer Unterwerfung die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten erhalten, welche die landfremden Kolonisten und ihre Nachkommen genossen, so wäre der Gegensatz zwischen den Iren und dem britischen Bevölkerungsteil wohl schon nach wenigen Generationen überwunden worden und Englands irische Frage würde wahrscheinlich längst der Geschichte angehören. Dann nämlich

wäre es unwahrscheinlich, daß es noch ein irisches Volk gäbe. Wie Schottland mit England willensmäßig zu staatlicher und damit nach seiner sprachlichen Angleichung auch zu nationaler Einheit zusammenwachsen konnte, nachdem den Schotten klargeworden war, daß sie als britische Untertanen gleichberechtigt neben den Engländern standen und die Union mit England von Vorteil für sie war, so hätten wohl auch die Iren den Weg zum britischen Volkstum gefunden, wenn sie durch die britische Gesetzgebung nicht außerhalb der englischen Volksgemeinschaft gestellt worden wären. Durch die Testakte, die von 1673 bis 1829 das Recht zur Teilnahme am öffentlichen und staatlichen Leben des Britischen Reiches, die Ausübung des Wahlrechtes und die Bekleidung staatlicher Ämter von der Anerkennung des englischen Königs als obersten Herrn der Kirche und von der Abschwörung des Meßopfers, der Heiligenverehrung und der Transsubstantiation abhängig machte, waren die Iren, die auch unter dem stärksten Druck dem katholischen Glauben treu blieben, über 150 Jahre lang politisch und gesellschaftlich rechtlos gemacht. Obwohl sie in dieser Zeit in wachsendem Maße Sprache und Lebensführung der Engländer annahmen, legten sie mit der gälischen Sprache und ihren überkommenen eigenwüchsigen Gewohnheiten nicht auch ihr Irentum ab¹⁾. Sie blieben Zwangsbürger des Britischen Reiches. Bis die Katholikengesetze endlich fielen, waren die Iren durch ihr schmerzvolles politisches und gesellschaftliches Schicksal zu einer geschichtlich-geistigen Gemeinschaft zusammengeschweißt worden, der die Ursache ihres gemeinsamen Leids, das Glaubensbekenntnis, zum nationalen Band und Symbol geworden war und die für alles, was von England kam, nur Haß empfand.

Aber noch war die Tragödie dieser Nation nach der Katholikenbefreiung nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt. In den vierziger Jahren wurde Irland von schweren Mißernten heimgesucht. Dennoch ließen die Besitzer des irischen Bodens, die britischen Landlords, die Pachtzinsen rücksichtslos eintreiben und ihren vollen Anteil an der kümmerlichen Ernte nach England verfrachten.

Nach den Jahren des Hungers war die Grüne Insel menschenleer geworden. Hunderttausende ihrer Bewohner waren dem Hunger zum Opfer gefallen, noch höher war die Zahl der Iren, die in der Fremde eine neue Heimat gesucht haben. Auch in den folgenden Jahrzehnten kam der irische Auswandererstrom nicht mehr zum Stillstand. Wie bei allen Wanderbewegungen, verließen auch bei der irischen die Jüngsten und Lebenskräftigsten die Heimat. Die englischen Kolonien und die Vereinigten Staaten nahmen sie auf. Die Iren kamen als Englischsprechende zu Englischsprechenden. Dennoch blieb an ihnen die assimilierende Kraft der überseeischen Länder wirkungslos. Selbst in den Vereinigten Staaten, die ihre Assimilierungsfähigkeit an allen Nationalitäten Europas bewährten, erhielten sich die Iren

1) Vgl. zu dieser einzigartigen Erscheinung meinen Aufsatz: „Ein Volk ohne Sprache — die Iren“ in „Nation und Staat“, X. Jg., 1937, Heft 8, S. 506—513.

das Bewußtsein ihrer völkischen Herkunft. Besonders in der Union, wo sie nach Millionen zählen, trat der Wille der Iren, den Daheimgebliebenen in ihrem Kampfe gegen den englischen Unterdrücker zu helfen, kraftvoll in Erscheinung und wurde auch politisch wirksam, als der Kampf der Iren um ihren Staat nach dem Weltkriege in seinen entscheidenden Abschnitt eingetreten war.

Zweifellos hätte Englands militärische Kraft ausgereicht, die Erhebung der Sinnfeiner in den ersten Nachkriegsjahren niederzuwerfen, wenn sie zum vollen Einsatz gekommen wäre. Aber die britische Regierung war in ihren Entscheidungen nicht frei, als sie den Krieg gegen das aufständische Irentum aufgab. Die englische Diplomatie wurde in ihrem Streit mit Irland ein Opfer des auch von ihr, freilich nur zur Zertrümmerung der Mittelmächte verkündeten Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker. Während die Sinnfeiner mit der Waffe gegen die englischen Besatzungstruppen kämpften, setzten die Iro-Amerikaner im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gegen Englands Irlandpolitik in Bewegung. Unter dem moralischen Druck aus USA., dann wohl auch aus der Überlegung heraus, daß ein versöhnter, freiwillig mit dem Empire verbundener Reichsteil wertvoller sein könne, als ein feindliches, stets zur Rebellion geneigtes Irland, schloß England im Dezember 1921 mit den Iren seinen Frieden.

Daß die Begründung des Irischen Freistaates nicht die Versöhnung zwischen dem neuen Dominion und dem Britischen Reich brachte, daß England der Frucht seiner beträchtlichen Zugeständnisse an die Iren beraubt wurde, war wesentlich die Folge der staatlichen Zerreißung Irlands. Indem der Londoner Vertrag sechs Grafschaften der Provinz Ulster der Gewalt der Freistaatregierung entzog, wurde in den Reihen des radikalen Flügels der Sinnfeiner-Bewegung die Glut der nationalen Leidenschaft erneut zu heller Flamme entfacht. Die Signaturen waren unter den Londoner Abmachungen kaum trocken geworden, als der Freistaat in einen mörderischen Bürgerkrieg versank, in dem die Gegner des anglo-irischen Vertrages, die Radikalen um de Valera, gegen die erste irische Regierung kämpften, die den Londoner Vertrag ratifiziert hatte, nachdem sie von einer schwachen Parlamentsmehrheit dazu beauftragt worden war.

Der irische Bruderkrieg bewies, daß der Londoner Vertrag nicht geeignet war, Irland mit dem Empire zu versöhnen. Statt die irische Frage zu lösen, ließ er sie fort dauern, nachdem die Stellung Irlands durch ihn gestärkt worden war. Die Partei de Valeras hatte zehn Jahre nötig, um sich von ihrer Niederlage im Bürgerkrieg zu erholen. Aus drei Wahlgängen war die Cosgrave-Partei siegreich hervorgegangen, bis sie in den Wahlen im Jahre 1932 von der Fianna-Fail-Partei überflügelt wurde, die dann im folgenden Jahr, bei Neuwahlen, die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen errang. Es ist fraglich, ob in einem geeinten Irland der plötzliche parlamentarische Aufstieg de Valeras möglich gewesen wäre, wenn im Freistaatparlament die gemäßigten Parteien durch die Ulsterunionisten gestärkt

würden. Nun allerdings, da die Fianna-Fail-Partei den Freistaat führt, sind die Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Nord- und Südirland noch geringer geworden, als vor ihrem Machtantritt. Ohne die Lösung der irischen Anschlußfrage wird es aber keinen echten Frieden zwischen Irland und dem Empire geben können. Denn in der Forderung nach Beseitigung der irischen Binnengrenze sind die Parteien des Freistaates alle einig, wie überhaupt die parteipolitischen Richtungskämpfe im Irischen Freistaat nicht so sehr auf grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten beruhen, wie auf Gradunterschieden des leicht erregbaren keltischen Temperaments.

II

Das Bekenntnis zum Katholizismus ist in Irland gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zum Irentum, während die irischen Protestanten, die Iren der englisch-schottischen Einwanderung, mit geringen Ausnahmen, englandfreundlich und unionistisch gesinnt sind. Dies erklärt, daß in Nordirland der Gegensatz im Glauben zum Ausdruck der nationalpolitischen Spannungen werden konnte.

So erfährt fast alljährlich um die Jahresmitte eine erstaunte Welt von irischen Religionsunruhen, wenn der Orange-Orden, „die militante Kirche des Ulster-Unionismus“, feierlich der Schlacht am Boynefluß gedenkt, des Tages, an dem im Juli 1690 Wilhelm von Oranien durch seinen Sieg über die irischen Truppen Jakobs II. die englisch-schottische Ulstersiedlung vor der Vernichtung bewahrte. Die traurige Bilanz dieses Gedenktages belief sich 1935 auf acht Tote, 75 Verwundete und 50 ausgebrannte oder auf andere Weise zu Schaden gekommene Gebäude. Nachdem die Unruhen ihren Abschluß gefunden hatten, waren in Belfast mehr als 1600 Katholiken ohne Obdach, und Tausende katholischer Arbeitnehmer waren gezwungen worden, ihre Arbeitsplätze zu verlassen.

Jedoch erwächst der abgrundtiefe Haß der Ulsterprotestanten gegen die Freistaat-Iren nicht nur aus religiöser Wurzel. Die Ulsterunionisten, die adligen Grundbesitzer, die Belfaster Industriellen und Kaufleute verteidigen in der Eigenstaatlichkeit ihrer sechs Grafschaften gegen die Ansprüche des Freistaates zugleich ihre wirtschaftliche, soziale und religiöse Sicherheit. Mit den Freistaat-Iren verbindet sie nichts als der gemeinsame Boden, während sie durch das Glaubensbekenntnis, durch eine jahrhundertelange Vergangenheit mit vielfältigen geschichtlichen Belastungen und durch das Bewußtsein ihres Angelsachsentums von ihnen getrennt sind. Für die Protestanten war die Lösung Nordirlands vom Freistaat die einzige Möglichkeit, der Majorisierung durch den katholischen Süden zu entgehen und damit ihre soziale Vormachtstellung, ihren politisch beherrschenden Einfluß im Staatsleben, den der protestantische Bevölkerungsteil Irlands bis zur Bildung des Freistaates auf der ganzen Insel genoß, wenigstens im Norden zu behaupten, wo sie zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, gegen nur acht Prozent im Freistaat.

Daß die Freistaat-Iren nach einer Vereinigung von Nord und Süd die presbyterianische und anglikanische Kirche Ulsters schädigen würden, ist durchaus unwahrscheinlich. Auch als nationale Minderheit hätte das Anglo-Irentum Nordirlands kaum etwas zu befürchten. Das Schlimmste, was ihnen in dieser Hinsicht geschehen könnte, wäre vielleicht, daß der Nachwuchs künftig neben dem gewohnten Englisch auch in gälischer Sprache unterrichtet würde. Die Bedeutung des gälischen Idioms gegenüber der englischen Hochsprache ist jedoch derart gering, daß die Kinder der Anglo-Iren damit jedenfalls nicht dem Angelsachsentum verlorengingen. Aber als Bürger eines geeinten Irland wären die Ulsterunionisten nicht mehr das staatsführende Volk; auch wären sie nicht mehr Bürger des Vereinigten Königreiches. Daraus ergäbe sich für sie die Gefahr, daß ihnen die Laufbahn im britischen Heer und Staatsdienst, in der Diplomatie und Verwaltung des Empire verschlossen bliebe, daß sie also all die vielfältigen Aufstiegsmöglichkeiten des Britischen Reiches einbüßten, ohne daß ihnen der Irische Freistaat bei seiner räumlichen und politischen Enge einen Ersatz bieten könnte. Zu all dem sind die Ulsterprotestanten auch noch überzeugt, von einem geeinten Irland nur wirtschaftliche Nachteile erwarten zu müssen. Aus all diesen Gründen fühlen sie sich in ihrer staatlichen Autonomie und im Schutze der britischen Krone sicherer, als unter der Herrschaft einer Mehrheit gesellschaftlicher, völkischer und konfessioneller Widersacher, deren möglichen Steuerpolitik sie ihren Wohlstand nicht ausgesetzt wissen möchten.

Auf der andern Seite der Ulstergrenze traf jedoch die staatliche Verselbständigung Nordirlands das nationale Gefühl der Iren überaus empfindlich. Der Verlust wurde im Freistaat um so schmerzhafter empfunden, als ihm mit Belfast die industrielle Ergänzung seiner Agrarwirtschaft genommen war. Natürlich hatte die Zerreißung Irlands in eine agrarische und industrielle Hälfte auch für Ulster unangenehme wirtschaftliche Folgen. Die Belfaster Industrie verlor ihr natürliches Hinterland, nachdem der Freistaat in Dublin ein zweites irisches Industriezentrum entwickelt hatte. Aber Südirland wurde durch die Verstümmelung seines Wirtschaftsgebietes doch weitaus schwerer getroffen als der Norden, der für seine Verluste im Freistaat vollauf dadurch entschädigt wurde, daß seiner Ausfuhrwirtschaft der aufnahmefähige britische Markt offen blieb, wo sie, im Gegensatz zu der des Freistaates, durch keinerlei zoll- oder handelspolitische Beschränkungen behindert wird, und daß sie außerdem die Vorteile der englischen Handelsverträge mit den Empirestaaten und dem Auslande genießt. Auf diese Ausfuhrmöglichkeiten ist die nordirische Industrieerzeugung angewiesen, wenn sie lebensfähig bleiben soll. Der Wirtschaftsnationalismus, den die de Valera-Regierung verfolgt, um den Freistaat gegenüber Großbritannien auch wirtschaftlich unabhängiger zu machen, ist daher für die Ulsterunionisten ein gewichtiger Grund mehr, auf ihrem unversöhnlichen Standpunkt gegenüber dem Irischen Freistaat zu beharren.

III

Die Wegrichtung, die de Valera 1921 als Führer der Sinnfeiner-Bewegung den irischen Unterhändlern zu den Londoner Verhandlungen vorgezeichnet hatte, war auf die unabhängige, die ganze Insel umfassende irische Republik gerichtet, die außerhalb des Britischen Reiches stehen sollte. Die britischen Interessen wollten die Sinnfeiner allenfalls durch ein englisch-irisches Bündnis berücksichtigen. Mit diesen Forderungen hatten die Iren offensichtlich weit über die Grenze des für sie erreichbaren hinausgegriffen. Der Dominionstatus war das Äußerste, was die Regierung Lloyd Georges der Sinnfeiner-Delegation — unter Androhung der unverzüglichen Wiederaufnahme der Kampfhandlungen bei Ablehnung — zugestand. Die Iren erhielten endlich ihren Staat, der sich freilich nicht über die ganze Insel erstreckt und der ein Teil des Britischen Reichs geblieben ist. Neben der Freistaatsregierung und dem irischen Parlament stand der Generalgouverneur als Statthalter des englischen Königs, dem die Abgeordneten des Dáil Treue zu schwören hatten. Vom ersten Tage ihrer Herrschaft an richtete die Regierung de Valeras ihre Außenpolitik gegen diese verfassungsmäßigen Bindungen des Freistaates an die britische Krone und das Empire. Ohne auch nur eine Verständigung mit der Londoner Regierung zu suchen, beseitigte sie durch einseitigen Willensentscheid den Treueid und arbeitete danach in wenig freundlicher Weise auf die Beseitigung des Generalgouverneurs hin.

Die Urteile der englischen Presse, die Erklärungen des britischen Dominionministers, ja selbst die Äußerungen der irischen Oppositionsparteien stimmten darin überein, daß das Kabinett de Valera Vertragsbruch begehe, indem es Artikel um Artikel des anglo-irischen Vertrages aufhob, bis sie der Kronrat eines andern belehrte. Als die Freistaatsregierung ein Gesetz durchgebracht hatte, das Irlands Oberstem Gerichtshof die Anrufung des britischen Kronrates in Rechtsstreitigkeiten untersagte, appelierte die höchste Rechtsinstanz des Irischen Freistaates, die in dem Gesetz eine Verletzung der irischen Verfassung erblickte, an die höchste Rechtsinstanz des Empire. In seinem Urteil, das weit über den eigentlichen Streitgegenstand hinaus für die Entwicklung der Dominionverfassung überhaupt von geschichtlicher Bedeutung werden dürfte, erklärte der Rechtsausschuß der britischen Krone die Gesetzgebung des Freistaates für rechtswirksam und gültig, da auf Grund des Statuts von Westminster die Freistaatsregierung Gesetze erlassen könne, die dem britischen Reichsgesetz widersprechen. „Der einfachste Weg, die Lage zu klären“, heißt es in dem Urteil, „bestehe darin, zu sagen, daß das Statut von Westminster dem Irischen Freistaat das Recht gibt, den Londoner Vertrag aufzuheben und daß er von diesem Recht Gebrauch gemacht hat¹⁾.“

Nach diesem Kronraturteil wird Großbritannien die irische Regierung nicht

1) Vgl. den Wortlaut des Urteils im „Low Report“ der „Times“ vom 7. Juni 1935, Seite 4.

hindern können, durch die Ausschaltung des englischen Königs aus der Freistaatsverfassung und durch die Wahl eines Staatspräsidenten das irische Dominion in eine Republik umzuwandeln. Ein wesentlicher Teil der anglo-irischen Streitfragen wäre damit aus dem Wege geräumt. Aber noch wird mit der verfassungsmäßigen Verselbständigung des Freistaates die Stellung Irlands zum Empire nicht in der Weise geregelt sein, wie sie die irische Regierungspartei erstrebt.

Die Ausschaltung der britischen Krone aus dem innenpolitischen Leben des Freistaates wird das nationale Gefühl der Iren befriedigen. Einer Lösung des Ulsterproblems wird diese Maßnahme jedoch nicht nützlich sein, während der Freistaat auch als Republik ein Gliedstaat des Empire bleibt. Daß de Valera auch noch heute, genau wie vor 15 Jahren, die völlige Lösung Irlands vom Britischen Reich erstrebt, hat er oft genug zu erkennen gegeben. Ein geeintes, vollsouveränes Irland als Mitglied einer Art britischen Völkerbundes mit den Staaten des Commonwealth frei verbunden, scheint ihm die einzige Möglichkeit, ein gutnachbarliches Verhältnis zwischen dem Freistaat und Großbritannien zu verwirklichen.

Mit diesem Ziele im Auge, hat die Dubliner Regierung den Freistaat einem Zustand größtmöglicher verfassungsmäßiger Unabhängigkeit entgegengeführt. Sie hat den anglo-irischen Vertrag bis auf zwei Bestimmungen außer Wirksamkeit gesetzt, in denen sie allerdings zwei Schranken ihres Unabhängigkeitsstrebens findet. Keinen der noch geltenden Artikel des Londoner Vertrages wird der Freistaat von sich aus zu beseitigen vermögen. Der eine Artikel spricht die Trennung Nordirlands vom Freistaat aus; der zweite überträgt der britischen Flotte die Verteidigung der irischen Küstengewässer, und zwar solange, bis Irland selbst in der Lage sein wird, seinen maritimen Schutz zu übernehmen. Die Iren sind also grundsätzlich berechtigt, sich eine eigene Flotte zu schaffen, daß sie auch die Mittel zu einer solch kostspieligen Einrichtung werden aufbringen können, ist indes wenig wahrscheinlich. Ansprüche auf eine eigene Flotte hat der Vertreter der irischen Regierung bei der letzten Flottenkonferenz angemeldet. Aber werden die Iren, auch nach Aufwendung noch so erheblicher Geldmittel, die englische Regierung einmal davon überzeugen können, daß die Anwesenheit ihrer Seestreitkräfte in den irischen Gewässern überflüssig geworden ist? Würde die Freistaatsregierung den englisch-irischen Vertrag jedoch auch in diesem für Großbritannien lebenswichtigen Punkte von sich aus aufheben, so wäre nicht abzusehen, wie sie die englischen Marine-truppen aus ihren irischen Vertragshäfen Cork Harbour, Berehaven und Lough Swilly herausbringen könnte, wenn diese nicht freiwillig ihre Stellungen räumten.

Nach den Londoner Abmachungen steht England aber nicht nur das Recht zu, die genannten irischen Häfen als Flottenstützpunkte zu benutzen. Die Briten können darüber hinaus in Kriegszeiten oder in Zeiten gespannter politischer Verhältnisse vom Freistaat verlangen, daß ihren Schlachtschiffen noch andere Häfen geöffnet und weitere für die Verteidigung Irlands notwendige militärische Ver-

günstigungen gewährt werden. Auf die Respektierung dieser Vertragsrechte durch die Dubliner Regierung wird London heute wohl noch weniger verzichten wollen als im Jahre 1921, nachdem die Vervollkommnung des Flugwesens, der U-Boot-Waffe und der am Gegenufer der englischen Küste armierten weittragenden Geschütze für die britische Regierung und ihre Admiralität die irische Frage noch eindringlicher als in der Vergangenheit zu einer strategischen Aufgabe und damit zu einer Frage der Reichssicherheit werden ließ.

England hat in der Vergangenheit auf irischem Boden dreimal gegen feindliche Festlandtruppen kämpfen müssen: zur Zeit der Königin Elisabeth (1600) haben die Spanier auf der irischen Insel Truppen gelandet, das zweitemal waren es Franzosen, die Ludwig XIV. herübergeschickt hatte, um Jakob II. in seinem Kampfe gegen Wilhelm von Oranien zu unterstützen (1690), und noch einmal versuchten die Franzosen England von Irland aus zu treffen, indem sie 1798, zur Unterstützung des Aufstandes Wolf Tones, in der Bandry Bai Hilfstruppen landeten. Wohl sind die Franzosen heute mit England eng befreundet; aber diese Freundschaft hindert Frankreich, den einzig möglichen Widersacher Englands im Atlantischen Ozean, nicht, seine Angriffsfront am Kanal und an der bretonischen Küste, also an der verwundbarsten Stelle des Empire, auszubauen und die Briten fühlen zu lassen, was ihre Freundschaft wert ist. Nachdem durch die neuzeitliche Kriegstechnik die alten Flottenstützpunkte an der Südküste Englands ihren militärischen Wert eingebüßt haben, ist die britische Admiralität genötigt, ihre Basishäfen weiter von der drohenden Küste wegzulegen. Der Admiral Sir Barry Domville nannte Milford Haven und die an der Südküste Irlands gelegene Bandry Bai als künftige Kriegshäfen in den südwestlichen Gewässern Großbritanniens¹⁾. Jedenfalls wird England auf die engere Einbeziehung des Freistaatgebietes in das britische Wehrbereich nicht verzichten können, wenn seine lebenswichtigen Verbindungslinien nach den überseeischen Nahrungs- und Rohstoffquellen vor feindlichen Zugriffen geschützt werden sollen. Allerdings wird die Londoner Regierung die Einhaltung ihrer Vertragsrechte im Freistaat nicht erzwingen dürfen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, ihren praktischen Wert herabzumindern. So scheint für London gegenwärtig die irische Frage wesentlich darin zu bestehen, eine Erweiterung der militärischen Stellungen auf dem Freistaatgebiet zu erreichen, ohne das empfindliche Nationalgefühl der Iren zu verletzen, das heißt ohne die Gefahr heraufzubeschwören, daß die englischen Seestreitkräfte auf irischem Boden im Ernstfalle ein gärendes Land in ihrem Rücken haben werden.

IV

Dem Gebot des Raumes wird sich Irland nicht entziehen können. Bisher kämpfte die Regierung de Valeras gegen Verfassungsartikel. Nachdem sie sich in den

1) Vgl. Admiral Sir Barry Domville: „Defence and Sea Power“, im „Observer“, vom 19. Januar 1936.

Verfassungsfragen durchgesetzt hat, steht sie vor der harten Wirklichkeit. Wirklichkeit ist die geopolitische Zusammengehörigkeit der anglo-irischen Inseln. Wirklichkeit ist ferner, daß die 800 000 Ulsterprotestanten allenfalls dann für den Anschlußgedanken gewonnen werden könnten, wenn ihnen die Gewißheit gegeben würde, daß sie auch nach einer Vereinigung von Nord und Süd den Schutz der britischen Krone nicht verlieren werden. Es ist daher schwer vorstellbar, wie — nach den Worten de Valeras — die neue Freistaatverfassung es ermöglichen soll, „eine Lage herbeizuführen, in der es für die im Norden Lebenden möglich sein wird, ... sich mit dem Freistaat zu verbinden“, wo sie tatsächlich so gehalten ist, „als gäbe es keine Beziehungen zwischen den Staaten des British Commonwealth“ und eine Form erhalten wird, „wie sie das irische Volk gewählt hätte, wenn Großbritannien Millionen Meilen von Irland entfernt läge.“ Schließlich wird mit solchen Maßnahmen, deren praktischer Wert immerhin recht fragwürdig ist, den umworbenen Ulsterleuten erneut recht deutlich gemacht, wie beträchtlich das Wollen der Freistaat-Iren von ihren eigenen Wünschen abweicht. Unerbittliche Wirklichkeit ist schließlich die hohe wirtschaftliche Abhängigkeit des Irischen Freistaates von Großbritannien. 1924, zwei Jahre nach der Bildung des Freistaates, gingen 98 v. H. seiner Ausfuhr nach Großbritannien und Nordirland. England brauchte also nur die irische Einfuhrquote herabzusetzen, wenn es die Iren seinen Wünschen gefügig machen wollte. Dieser Gefahr suchte bereits die Cosgrave-Regierung durch Beseitigung ihrer Ursachen: der beherrschenden Stellung der Viehzucht in der Wirtschaft des Freistaates, zu begegnen. Die riesigen Weideflächen des Freistaates, die neun Zehntel seines anbaufähigen Bodens einnehmen, sollten mit ackerbautreibenden Kleinbauern besiedelt und so der eigenartige Zustand beseitigt werden, daß Südirland, trotz des ausgesprochenen agrarischen Charakters seiner Wirtschaft, eine höhere Lebensmittel-Einfuhr als -Ausfuhr aufweist, während als Abnehmer der Überproduktion seiner Viehzucht und Molkereiwirtschaft nur England in Frage kommt. Durch die Regierung de Valeras wurde das landwirtschaftliche Reformwerk Cosgraves tatkräftig weitergeführt. Die Pläne scheiterten offenbar an dem ausgesprochenen Seeklima der irischen Insel (Juli-Wärme + 15° bis + 16°), das zwar gute Kartoffel-, Hafer- und Grasernten gewährleistet, aber anspruchsvolle Pflanzen nicht überall ausreifen läßt. So erntete der Freistaat 1933 4,7 Millionen Tonnen Heu gegen 4,2 Millionen Tonnen im Jahre 1922, aber nur 54 000 Tonnen Weizen gegen 35 700 Tonnen im Jahresdurchschnitt 1909—1913. Diesen Ernteergebnissen entsprach der Bestand an Rindvieh, der sich von 3,9 Millionen Stück im Jahre 1911 bis 1933 auf 4,1 Millionen Stück erhöhte¹⁾.

Durch die landwirtschaftlichen Reformversuche hat sich denn auch an der wirtschaftlichen Abhängigkeit Südirlands vom britischen Markt kaum etwas geändert. 1933 machte die Ausfuhr des Freistaates nach Großbritannien und Nordirland

1) Vgl. „Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft“, Berlin 1936, S. 138.

immer noch 94 v. H. seiner Gesamtausfuhr aus. So lange aber die Freistaatbevölkerung von Großbritannien lebt und sich den Iren keine Möglichkeit bietet, für ihre Agrarerzeugnisse andere Abnehmer zu finden, wird ihr Unabhängigkeitsprogramm allein schon in der Abhängigkeit ihrer Wirtschaft vom britischen Kunden eine unüberwindbare Schranke finden. Allerdings werden sich die Briten hüten, Irlands wirtschaftliches Dilemma allzu kraftvoll als Druckmittel zu benutzen, um die Iren ihren Wünschen gefügig zu machen, da sie es sich nicht leisten können, die irische Agrarwirtschaft zu gefährden. Auf ihre Erzeugnisse könnte Großbritannien wohl heute weitgehend verzichten, wenn es sein müßte, nicht aber im Falle eines, seine überseeischen Zufahrtswege bedrohenden kriegesischen Konfliktes. So können die Iren auf manchen gewichtigen Trumpf der Engländer einen Gegentrumpf ausspielen. Doch in wessen Hand im Ernstfall die stärkeren Trümpfe liegen würden, darüber kann kein Zweifel bestehen.

RUDOLF GOLTZ:

Kampf um Palästina

Obwohl der arabische Aufstand in Palästina örtlich bedingt war, sind seine Hintergründe doch mit vielen und weitschichtigen Problemen verknüpft, die ihm ein anderes Gesicht verleihen, als es eine Revolte von nur lokalem Interesse haben könnte. Das Palästina-Problem wird zumeist in der Form eines Dreiecks empfunden, das durch die Kräfte-Dreieit: England, Araber und Juden gebildet wird. Aber diese Dreiteilung ist alles andere als erschöpfend. Denn in Wirklichkeit wird das politische Bild Palästinas noch durch eine Reihe anderer Faktoren geformt und kompliziert: die französische und russische Orientpolitik, die italienischen Interessen in der Levante, die Mittelmeerfrage in ihrer Gesamtheit, die verschiedenen Erdölinteressen, die sich in der IPC. überschneiden, Völkerbund, Vatikan usw. Es ist ferner die geographisch bedingte Janusköpfigkeit Palästinas, die es durch das Mittelmeer ebenso mit der gesamten europäischen Problematik verbindet wie es mit der gesamten asiatischen verbunden ist. So ist heute Palästina mit einer Problemsäule belastet, die in dieser Wucht und Vielgestalt wohl kaum jemals auf einem so kleinen Teil der Erdoberfläche — Westpalästina umfaßt 26 330 qkm! — geruht hat. Eine Behandlung der Palästinafrage auf so engem Raum wie hier wird sich gleichwohl auf jene Dreiteilung beschränken müssen. Daß man aus der Vielgestalt der Kräfte gerade jene drei bevorzugt, ist dadurch gerechtfertigt, daß sie in der Tat die für das politische Bild Palästinas typischen und wohl auch die unmittelbar bestimmenden sind. Jene Dreieit ist zudem auch von dem palästinischen Staatsrecht, dessen Quellen zu einem großen Teil aus völkerrechtlichen Verträgen fließen, in vieler Hinsicht anerkannt, nicht zuletzt durch die Gleichstellung der englischen, arabischen und hebräischen Sprache für das öffentliche Leben. „Here is Jerusalem

calling“ — „Assalam aleikum kullkum. Mahattat idha'at el Kuds“ — „Asinu qol Jeruschalajim“ — so lautet beispielhaft die Ansage im Sender Jerusalem.

Die strategischen Interessen Englands an Palästina läßt ein Blick auf die Landkarte erkennen. Palästina eröffnet den Länderkomplex, der vom Mittelmeer über den Persischen Golf nach Indien führt und somit innerhalb des Empire eine außerordentlich wichtige Brückenfunktion erfüllt. Aber nicht nur als Pforte des Land- und Luftweges nach Indien ist Palästina für Großbritannien wertvoll. Der Besitz von Akaba, an der Grenze von Westpalästina, Transjordanien und Saudi-Arabien, gibt außerdem die Möglichkeit, den Suezkanal zu umgehen, da von hier aus ein direkter Zugang zum Roten Meer — gewissermaßen aus dem Hinterhalt — besteht. Freilich hat diese Möglichkeit einstweilen in der Hauptsache nur theoretischen Wert. Um sie voll ausschöpfen zu können, müßte ein Kanal gebaut werden, der das Mittelmeer von Ghaza aus mit Akaba verbindet. Ohne daß über dieses schon bestehende Projekt bereits endgültig entschieden wäre, werden doch schon heute in dem in Frage kommenden Beersheba-Distrikt (Südpalästina) entsprechende Vermessungen vorgenommen, und die Tatsache, daß in absehbarer Zeit (1968) die Konzession der Compagnie Universelle du Canal de Suez, an deren Aktienmasse England mit dem größten Block beteiligt ist, in die Hände des souveränen Ägyptens zurückfällt, dürfte das Mittellandkanal-Projekt aktualisieren. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die Suezkonzession anzunehmen, sondern auch deshalb, weil die unmittelbare, militärische Macht Englands in Ägypten auf Grund des neuen Vertrages später der mittelbaren, nur auf dem Bündnisvertrage beruhenden weichen muß. Niemand weiß, ob im Falle einer Änderung der europäischen Mächtekonstellation Ägypten noch ein so starkes Interesse an einer englischen Orientierung haben wird wie in der Gegenwart, in der es sich dadurch vor dem italienischen Expansionsdrang zu schützen sucht. Der britische Einfluß auf den Suezkanal ist daher aus mehreren Gründen nicht mehr so fraglos, wie noch vor einigen Jahren. Um so wichtiger wurde und wird der Besitz Akabas und Palästinas überhaupt. Schon kommen aus England Meldungen, die von einer zukünftigen Verlegung der britischen Oberkommandos von Kairo und Alexandrien nach Jerusalem und Haifa zu berichten wissen.

Aber nicht nur in strategischer Beziehung und im Hinblick auf Indien spielt Palästina für Großbritannien eine hervorragende Rolle. Im Kampf um die irakischen Erdölfelder, der in der internationalen Politik große Wellen geschlagen hat (er war ebenso mit dem griechisch-türkischen Krieg wie mit der Ruhrbesetzung verflochten), ist Palästina gleichfalls eine große Bedeutung zugefallen. Nach einem heftigen Konflikt mit Frankreich, das einen verbrieften Anspruch auf die Leitung des bei Kerkuk gewonnenen Öls nach einem syrischen Mittelmeerhafen hatte, gelang es Großbritannien, die Erlaubnis zum Bau eines pipe-line-Zweiges nach Haifa durchzusetzen, so daß dieser Hafen heute zur Tankstelle der britischen

Mittelmeerflotte geworden ist. Grund genug, in Palästina starke Truppenmassen zu konzentrieren! Nicht vergessen darf man ferner das große Interesse Englands an der Kaliindustrie am Toten Meer, hofft es doch, mit ihrer Hilfe von den anderen Kali-Ländern (vor allem Deutschland, Frankreich und USA.) sich wenigstens z. T. emanzipieren zu können. Im übrigen wird schon heute der britische Bedarf an Brom, das bekanntlich für die Kriegsindustrie von Bedeutung ist, zu 75 % aus dem Toten Meer gedeckt.

Eine der wichtigsten Kräfte, die das politische Bild des Orients heute bestimmen und mit der sich Großbritannien ständig auseinandersetzen muß, ist der aufstrebende Nationalismus der orientalischen Völker. An seiner Entstehung ist England selbst erheblich beteiligt; einmal dadurch, daß sein Imperialismus die Orientalen zwangsläufig mit den das Abendland beherrschenden Ideen, also auch mit der Idee des Nationalismus, bekannt machte, dann vor allem, im Falle des arabischen Nationalismus, dadurch, daß England im Kriege bewußt die pan-arabische Bewegung hochtrieb und ihr zum erstenmal entsprechende Ideen in den Bereich der politischen Möglichkeit rückte, um die vom türkischen Khalifat ausgehende panislamische Parole wirksam zu paralisieren. Es ist eine der bewundernswerten Leistungen und Fähigkeiten der britischen Politik, die sich auch gerade jetzt wieder in Ägypten bewährt hat: Die nationale Kraft der von England beherrschten Völker abzuschätzen und im gegebenen Augenblick durch ihre völkerrechtliche Anerkennung in seinen Dienst zu stellen. So konnte England den gesamten arabischen Länderkomplex, der vom Mittelmeer an den Land- und Luftweg nach Indien und den Weg des Erdöls vom Irak nach Haifa trägt, auf dem Wege solider Bündnisverträge, die sich sowohl auf arabische Interessen wie anglophile Sympathien stützen, für das Empire gewinnen — außer Palästina!

In Palästina besteht durch die Schaffung, oder besser: durch die Bestimmungen zur Schaffung eines Jüdischen Nationalheims eine eigene Situation, die in der allgemeinen Geschichte und also auch in der Geschichte des Empires ohne Vorgang ist, die daher auch eine völlig individuelle Behandlung in Theorie und Praxis verlangt. Vorweg ist zu bemerken, daß die populäre Vorstellung, daß Großbritannien Palästina gleichzeitig den Arabern und Juden versprochen habe und hieraus alle Konflikte zu erklären seien, mindestens zu oberflächlich ist. Die Versprechungen den Arabern gegenüber beruhen auf dem Briefwechsel, der 1915/16 zwischen dem damaligen britischen Oberkommissar von Ägypten, MacMahon, und dem damaligen Großscherifen von Mekka, Hussein, stattgefunden hat. Es ist eine Auslegungsfrage, ob man diesen Briefen die Einbeziehung des heutigen Palästina in das versprochene großarabische Reich entnimmt oder nicht. Die Araber und viele britische Politiker bejahen die Frage und haben viele und gute Gründe für sich. Ist die Frage der Versprechungen an die Araber noch umstritten, so ist sie nach der jüdischen Seite hin wesentlich klarer: England hat den Juden niemals

Palästina in dem Sinne zugesagt, der der zionistischen Bewegung ausgesprochen oder unausgesprochen immer vorgeschwebt hat, wenn freilich auch einigen beteiligten britischen Politikern mindestens eine Zeitlang die Schaffung eines souveränen Judenstaates vorgeschwebt hat.

Die bekannte „Balfourdeklaration“ von 1917, die zum integrierenden Bestandteil des Palästina-Mandats von 1922 geworden ist, verspricht den Zionisten nur „the Establishment in Palestine of a National Home“. Diese Formulierung, die also den Juden Palästina keineswegs als Nationalheim verspricht, sondern nur ein Nationalheim in Palästina, entspricht zwar der Formel, die die zionistische Bewegung auf dem 1. Kongreß in Basel (1897) als ihr Ziel aufgestellt hatte: „Die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“. Wenn man aber bedenkt, daß sie lediglich aus taktischen Gründen gewählt wurde — um den Sultan zu beschwichtigen — und die zionistische Bewegung bis auf kleinere intellektuelle Kreise (die sog. „Kulturzionisten“) und kürzere depressive Perioden niemals das größere Ziel aus dem Auge verloren hatte, so ist die Balfourdeklaration eine zionistische Enttäuschung gewesen, wenn das freilich im ersten Rausch auch nicht bemerkt wurde. Wichtiger noch als die positiv gewählte Formulierung ist die Ablehnung des noch im Frühjahr 1917 gemachten zionistischen Vorschlags der Formel „the reconstitution of Palestine as a Jewish National Home“. Die rein logische Auslegung der Balfourdeklaration in diesem Sinne wurde bestätigt durch das Weißbuch der britischen Regierung von 1922, das die Interpretation des Zionistenführers Weizmann, daß „Palästina so jüdisch werden solle wie England englisch“ ausdrücklich ablehnte. Läßt sich aus diesen Tatsachen auch entnehmen, daß den Juden Palästina als Herrschaftsgebiet nicht versprochen wurde, so ist andererseits freilich zu bedenken, daß auch über die Ausdehnung dieses „Nationalheims“ nichts gesagt ist. Dessen Wachstum ist formell lediglich durch die Floskel begrenzt worden, daß „nichts getan werden solle, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte“. Die Umschreibung der nichtjüdischen Rechte, also vor allem der Araber, ist in concreto nicht so einfach, so daß also vorderhand aus den Bestimmungen allein keine deutliche Grenze für das jüdische Wachstum zu erblicken ist und ihre vorläufige Festsetzung sich aus den wirtschaftlichen und politischen Umständen von Fall zu Fall ergeben muß. Die Frage, ob England den Juden Palästina versprochen hat, ist also formell unbedingt zu verneinen. Dagegen ist festzustellen, daß der Begriff des „Jüdischen Nationalheims“ nirgendwo hinsichtlich seiner Ausdehnung definiert ist, so daß auf diese Weise praktisch dem Zionismus eine große Chance gegeben ist, mehr zu verwirklichen, als die dürre Formel „eine Heimstätte in Palästina“ zunächst vermuten läßt. Charakteristisch hierfür sind die Worte Lloyd Georges zu Weizmann (1917): „Wir haben euch eine Chance gegeben; seht zu, was ihr aus ihr machen werdet“.

Wie auch immer die keineswegs einfache Frage der doppelten Versprechungen liegen mag: Wenn die Araber auf Grund der Briefe MacMahons einen Anspruch auf Palästina England gegenüber haben, so haben die Juden ihrerseits gleichfalls ihren Anspruch aus der Balfourdeklaration. Daß dieser Anspruch später entstanden ist, berührt nach allgemeinen juristischen Grundsätzen seine Gültigkeit nicht im geringsten und belastet nur den Doppelkontrahenten England. Dieses wiederum kann sich darauf berufen, daß für die jetzige rechtliche Form Palästinas nicht es selbst, sondern der Völkerbund verantwortlich zeichne, dem allein das letzte Verfügungsrecht darüber zustehe, und in dessen Auftrag es lediglich handle. Eine formalrechtlich schwer angreifbare Konstruktion! Letzten Endes aber muß man sich darüber klar sein, daß diese Fragen wohl die Juristen und die moralischen Grundlagen der arabischen und zionistischen Propaganda berühren, nicht aber das gegenwärtige Problem, dessen Grundlage heute nicht mehr juristische sondern körperliche Wirklichkeit ist. Gerade dies aber wird vielfach heute übersehen.

Der arabische Widerstand gegen die Balfourdeklaration setzte nicht sofort ein. Im Gegenteil: Der Sohn Husseins, Emir Feisal (der spätere König des Irak) hatte 1919 Dr. Weizmann und Prof. Felix Frankfurter gegenüber in fast überschwenglichen Worten die zionistische Bewegung anerkannt und mit Weizmann einen sog. „Freundschaftsvertrag“ geschlossen. Aber zweifellos ging Feisal, ein echter Nationalist, von der Vorstellung eines großen panarabischen Reiches aus, in dem freilich ein noch so großes jüdisch-autonomes Gemeinwesen in Palästina keine arabische Lebens- oder Prestigefrage dargestellt hätte. Nachdem aber der großarabische Traum nicht erfüllt und Ost- und Westpalästina den arabischen Aspirationen entzogen wurde, entstand in Palästina eine lokale arabische Bewegung, die sich nunmehr gegen die Juden richtete. Dadurch, daß Transjordanien von den das Jüdische Nationalheim betreffenden Mandatsbestimmungen ausgenommen wurde, wurde der Raum, in dem sich Araber und Juden stoßen, noch kleiner und die Gegensätze mußten sich verschärfen: Man kann nicht zwei Dolche in eine Scheide stecken, sagt ein arabisches Sprichwort. Außer gegen die jüdische Einwanderung richtet sich der arabische Kampf vor allem gegen den Bodenverkauf an Juden. Es gehört zu den zentralen Ideen des Zionismus, daß die bloße Konzentration jüdischer Massen die ewige Wanderung Ahasvers noch nicht beendet: dann könne z. B. NewYork mit seinen 2 Millionen Juden eher als „Nationalheim“ gelten als Palästina mit seinen Vierhunderttausend. Erst die Berührung mit der Urproduktion, die Umwandlung der sozialen Struktur des jüdischen Volkes, die jetzt parasitär-zwischenschichtlerisch ist, soll danach die endgültige Bindung und damit die Befreiung vom Wanderzwang bringen. So mußte der Bewegung vor allem am Bodenbesitz und an der „Eroberung der Arbeit“ liegen. (Daß durch die überstürzte Masseneinwanderung von für die gegenwärtige Entwicklung noch ungeeigneten Elementen sich in den letzten Jahren die soziale Struktur der palästinischen Judenschaft sehr zu ungunsten

des landwirtschaftlichen Sektors verschoben hat, bedroht das zionistische Experiment weitaus ernster als der arabische Widerstand!) Wenn auch im Augenblick noch keine akute Gefahr für die Araber besteht — erst 11 % der gesamten anbaufähigen Fläche Palästinas befindet sich in jüdischem Besitz! — so wirkt doch die Vorstellung, allmählich zwar nicht aus dem Lande wohl aber vom Lande verdrängt zu werden, bereits heute schon als nationaler Alpdruck. Der jüdischerseits beliebte Hinweis auf die an sich unbestreitbare Tatsache, daß die verkaufenden Araber an dem Geschäft erheblich profitieren, kann natürlich die Besorgnisse des echten Nationalismus ebensowenig widerlegen wie der auf die jüdischen Verdienste um die Einführung intensiver landwirtschaftlicher Methoden, die auch den Arabern die Möglichkeit gibt, auf kleineren Flächen größere Massen zu ernähren und so auch eine erhöhte arabische Einwanderung aufzunehmen. Denn die Araber wissen, daß die „Erlösung des Bodens“ gewissermaßen die „Raison“ der zionistischen Bewegung ist und daß die Grenzen der inneren Dynamik dieses Prinzips im Grunde mit den Grenzen Palästinas identisch sind. Zudem fühlen sich die Araber durch die Entwicklung der jüdischen Wirtschaft bedroht. Zwar kommt auch sie in unzähligen Einzelfällen den Arabern zugute, und im ganzen hat sie ihnen neue Welten geöffnet, zweifellos zu ihrem wirtschaftlichen Nutzen. Aber auf der anderen Seite fürchten die Araber, durch den großen wirtschaftlichen Vorsprung der Juden auch politisch „übereundet“ zu werden, und schließlich läßt sich ein Nationalismus durch wirtschaftliche Vorteile nicht beschwichtigen, so zeigt er damit nur, daß er echt ist!

Solange Westpalästina die engen Grenzen der Gegenwart hat, ist an eine „Lösung“ der arabisch-jüdischen Frage im Sinne freiwilliger Übereinkunft nicht zu denken. Beide Gruppen werden durch objektive Momente mit unausweichlicher Gewalt aufeinander zugetrieben: Die Araber treibt die nationale Lebensangst, sie sehen ihre politische Stellung durch Verringerung ihres Bodenbesitzes und durch den wirtschaftlichen Vorsprung der Juden wenn nicht in der Gegenwart so doch in einer absehbaren Zukunft bedroht. Die Juden werden vor allem durch eine fortschreitende Verengung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz in den Ländern der Zerstreuung (Polen!) zwangsläufig nach Palästina getrieben. Nach Palästina: nicht nur wegen einer vererbten inneren Beziehung zu diesem Lande, die auch bei areligiösen Juden sehr häufig durchbricht, sondern heute vor allem, weil in der Zeit der Weltwirtschaftskrise alle anderen Länder sich den Bedürfnissen der jüdischen Massenwanderung verschließen und nur noch individuelle Wanderungen hier und da glücken. Mit allen Mitteln suchen die Araber die jüdische Kolonisation zu zerstören, durch Diplomatie und Terror. Die Juden bemühen sich, eine Position nach der anderen zu gewinnen, um so die Araber eines Tages zu zwingen, geschaffene Tatsachen als solche anzuerkennen und sich irgendwie mit ihnen abzufinden. Beide Parteien wissen, daß das kleine Land zu kostbar ist, als daß man sich über es „verständigen“ könnte.

Vielleicht würde in der Zukunft einmal die Annäherung zwischen Zionisten und außerpalästinischen Arabern eine gewisse Aussicht haben, in dem Sinne, daß die Juden sich an dem Versuch beteiligen, ein größeres arabisches Reich — etwa Syrien, Palästina und Transjordanien umfassend — zu schaffen. Es wäre denkbar, daß eine Erweiterung des jüdisch-arabischen Raums die explosiven Spannungen mildern könnte, denn die Drohung der Majorisierung durch die Juden, die die lokalarabische Bewegung Westpalästinas jetzt mit Recht fürchtet, würde dann gegenstandslos sein. Welche Taktik eine solche Politik England und Frankreich gegenüber einzuschlagen hätte, ist natürlich eine andere Frage. Auf alle Fälle stehen dieser Konzeption heute schon sehr große Schwierigkeiten entgegen, vor allem der sich täglich steigernde gegenseitige Haß (der auch außerhalb Palästinas Wellen schlägt!) und der Wille Englands, Palästina nicht aus seiner Macht zu entlassen, den es gerade jetzt deutlich bekundet hat. Immerhin ist festzustellen, daß sich bereits heute innerhalb der zionistischen Bewegung in diesem Sinne deutliche Stimmen erheben.

Der arabische Aufstand hat England vor wichtige Entscheidungen gestellt. Die Frage, was England tun wird, hält das ganze Land in Spannung. Es ist in dieser Hinsicht eine solide Voraussicht noch nicht möglich. Allgemein läßt sich sagen: für ein Nachgeben gegenüber den arabischen Forderungen sprechen wichtige Gründe, vor allem das Bestreben, sich durch die Sympathien der arabischen und mohammedanischen Welt den orientalischen Teil des Empires zu sichern. Es ist natürlich bei der geringen Reife und unentwickelten Wirklichkeit der panarabischen Idee denkbar, daß England sich bei Ibn Saud, König Ghazi und Emir Abdallah, mit denen es freundschaftlich verbunden ist, zu einer reservierten Haltung gegenüber den palästinischen Arabern den Rücken deckt. Wieweit jedoch diese Haltung auf die Dauer erfolgreich ist, ist noch nicht abzusehen. Einem Nachgeben gegenüber den arabischen Forderungen stehen anderseits große Bedenken entgegen. Ein Verbot des Bodenverkaufs an Juden und eine endgültige Einwanderungssperre ist mit dem Mandat kaum vereinbar und würde England in der abendländischen Politik jüdische Unterstützungen und Verbindungen kosten, auf die es offenbar Wert legt. Die klassische Kolonialpolitik des „divide et impera“, die bisher auch in Palästina angewandt wurde, wird mit dem Wachsen des jüdischen Sektors immer schwieriger. Denn diese Politik setzt voraus, daß die Parteien, die gegeneinander ausgespielt werden, mehr oder minder konstant bleiben. Das Neuartige an der Situation der Quasikolonie Palästina besteht aber darin, daß der eine Teil kraft der Mandatsbestimmungen wächst und daß das Mandat sich nicht nur auf die Juden in Palästina, sondern auch auf die Juden der ganzen Welt bezieht.

Das Gutachten der unter Führung Lord Peels stehenden Kgl. Kommission ist zur Zeit der Niederschrift zwar schon fertig aber noch nicht veröffentlicht. Ohne daß der Verf. daher im Augenblick irgendeine authentische Äußerung über

seinen Inhalt zur Verfügung hätte, kann nur auf die bekannten und z. T. seriösen Pressemeldungen verwiesen werden, wonach die Kommission der Regierung auch einen oder verschiedene Teilungspläne unterbreiten werde. Die Pläne bewegen sich offenbar in zwei verschiedenen Richtungen: 1. Kantonisierung Palästinas. Eine keineswegs neue Idee, die in zionistischen und vor allem britischen Kreisen schon mehrfach Liebhaber hatte. Auch in arabischen Kreisen fand sie hin und wieder Anhänger; so z. B. gilt schon seit Jahren der gegenwärtige arabische Oberbürgermeister von Jerusalem, Dr. Khalidi, als ihr Verfechter. 2. Eine Aufteilung Palästinas in einen arabischen und jüdischen Teil, wobei die Idee offenbar mehrere Variationen hat. Die Juden würden hierbei vor allem die Küstenebene zwischen Haifa und Tel-Aviv, ferner das berühmte, von Haifa bis an den Jordan verlaufende Quertal, die Ebene Jesreel sowie einen großen Teil Galiläas, erhalten. Der jüdische Teil solle dann unter Wahrung weitgehender Souveränität vielleicht die Stellung eines jüdischen Dominions erhalten (der betont zionistenfreundliche Colonel Wedgwood hatte vor Jahren bereits ein Palästinabuch „The seventh Dominion“ veröffentlicht, wobei er freilich an das gesamte Palästina dachte, und auch jetzt liegt wieder eine britische Pressemeldung vor, wonach die Kommission auch die Umwandlung Palästinas in seiner Gesamtheit in ein Dominion mit weitgehender Lokalautonomie der jüdischen und arabischen Teile vorschlagen werde). Bezüglich des arabischen Teils denkt man u. a. auch an die Zusammenziehung mit Transjordanien unter Ausrufung des Emir Abdallah von Transjordanien zum König beider Gebiete. Auch in dieser Beziehung ist die Idee nicht ganz neu: Die britische Politik hat es stets verstanden, den Emir mit der nie fest zugesagten aber stets wachgehaltenen Aussicht auf den palästinischen Königsthron in Atem zu halten und ihn so als befriedendes Element zwischen den palästinischen Arabern zu verwenden. Die einflußreiche palästinische Partei Ragheb Bey Nashashibis beruht vor allem auf diesem dynastischen Gedanken. — Wohl für beide Fälle ist an eine britische Oberhoheit in Haifa und Jerusalem, bzw. für Jerusalem an einen internationalen status gedacht, was zweifellos auf starke christliche Sympathien rechnen kann. — Wenn auch arabischerseits trotz gelegentlicher lauter Proteste die Stellungnahme zu den Projekten problematisch erscheint, ist die zionistische Haltung eindeutig und offiziell durch das zionistische „Aktions-Comité“ am 27. 4. 1937 in Jerusalem bekanntgegeben. Danach werden Kantonisierungs- und Teilungsideen bedingungslos abgelehnt; interessanterweise werden in der gleichen Erklärung die jüdischen Ansprüche auf Transjordanien nochmals betont. Bei der Ablehnung spielt offenbar der Gedanke eine Rolle, daß in der gegenwärtigen kritischen Lage des europäischen Judentums die palästinischen Aussichten territorial nicht noch geringfügiger werden dürfen, als sie es in dem verzweifelt kleinen Lande ohnehin schon sind. (Auf der anderen Seite dürfte freilich die Aussicht auf einen kleinen, aber souveränen jüdischen Staat besonders auf die

„Revisionisten“ — eine zionistische Richtung mit faszistischer Ideologie —, die aber von der offiziellen zionistischen Weltorganisation in der „Neue Zionistische Organisation“ unabhängig organisiert sind, gewisse Reize ausüben.) Ferner fürchten die Zionisten durch den formellen und tatsächlichen Verlust Jerusalems, wo sich symbolhaft die hebräische Universität und die zionistische Zentrale befinden, eine Abschwächung der zionistischen Parole und ihrer moralischen Propagandawirkung: denn die zionistische Propaganda spekuliert stark auf irrationale Momente und für das Judentum ist seit alten Zeiten Palästina doch nur ein Vorhof Jerusalems. Jerusalem und Palästina erscheinen im jüdischen Gefühl oft als Synonyma, wobei freilich Jerusalem den stärkeren Akzent trägt. Die Herausnahme Jerusalems würde einen Zionismus ohne Zion schaffen, vom zionistischen Standpunkt aus offenbar eine Absurdität. Wie daher auch die arabische Stellung ausfallen würde: Allein die Tatsache des grundsätzlichen und durch nichts zu beschwichtigenden Widerstandes der Juden würde die explosive Problematik Palästinas bei Ausführung derartiger Pläne zwar verlagern aber nicht abschwächen können.

Das Gutachten der Kommission, das gewiß auch eine Verringerung oder gar — als Alternative gegenüber einer territorialen Teilung — Aufhebung der jüdischen Einwanderung empfehlen dürfte, ist jedenfalls für die britische Regierung nicht bindend. So wird das Rätselraten um die zukünftige britische Politik auch nach der Veröffentlichung weitergehen. — Vielleicht versucht England weiterhin Kompromisse zu machen und die grundsätzliche Entscheidung hinauszuschieben. Es ist möglich, daß England gegenwärtig, wo der gesamte Mittelmeerraum politisch sich in einem Zustand gefährlicher Schwebelage befindet, nicht eine so schwerwiegende Operation, wie es die grundsätzliche Entscheidung zwischen beiden Parteien wäre, wagen wird. Welchen Weg England gehen wird, hängt auch davon ab, welche Richtung sich in England durchsetzen wird: die britische Verwaltung in Palästina ist betont antijüdisch, ebenso das Colonial und das India Office und nicht wenige Politiker von Gewicht. Die Juden, besonders Professor Dr. Chajim Weizmann, haben in London gleichfalls einen beachtlichen Freundeskreis, aus dem vor allem der jetzige Kolonienminister Ormsby-Gore zu nennen wäre, dessen frühere Tätigkeit eng mit den Anfängen des „Nationalheims“ verknüpft ist.

Vielleicht ist man sich über die Details der palästinischen Politik noch nicht schlüssig. Schlüssig dagegen ist man sich in einem: Palästina unter allen Umständen zu halten. Dafür spricht die Konzentration der bedeutenden Truppenmassen, die in gar keinem Verhältnis zum Umfang des arabischen Aufstandes standen. Was auch immer in der nächsten Zeit geschehen wird: Palästina ist heute bereits auf vielen Wegen mit der Weltpolitik auf das engste verknüpft, die die Unruhe der Zeit in ihm wie in einem Brennpunkt konzentriert. Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Idylle des Heiligen Landes der Vergangenheit angehört und daß ihre Zukunft nur auf den Trümmern einer Weltkatastrophe wieder möglich wäre.

FRIEDRICH-WILHELM FERNAU:**Wehrgeopolitische Betrachtungen über Indien****Allgemeine Lage**

Als sich seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts die nicht-englischen Großmächte an der Erschließung Asiens zu beteiligen begannen, sah sich Großbritannien zum erstenmal vor eine große Wehraufgabe zu Lande gestellt: die ungeheuerere Grenze Indiens von Belutschistan bis nach Hinterindien galt es zu schützen vor dem Andringen der rivalisierenden europäischen Mächte. Bis dahin hatte die politische Ohnmacht und die wirtschaftliche Unerschlossenheit der Indien umgebenden Landgebiete eine Bedrohung von der Landseite her als eine Unmöglichkeit erscheinen lassen, aber seit Rußland seine mittelasiatischen Eroberungen bis an den Hindukusch und den Pamir vorschob, Frankreich von seinen hinterindischen Besitzungen aus weitere Erwerbungen ins Auge faßte und schließlich Deutschland versuchte, an eine Erschließung der Türkei durch eine Verbindung mit dem mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet zu gehen, ist das Problem der Landesverteidigung Indiens nicht mehr verschwunden, im Gegenteil es hat die britischen Staatsmänner und Soldaten vor immer schwierigere Aufgaben gestellt.

Den Ausgangspunkt aller Wehrbetrachtungen über Indien hat Lord Curzon als Vizekönig 1909 in seiner berühmten Glacis-theorie festgelegt, in der er Indien mit einer gewaltigen Festung verglich, für deren Sicherung die Beherrschung des Glacis von ausschlaggebender Bedeutung ist. In der Tat gleicht Indien — der Subkontinent Indien, wie die Engländer sagen — einer riesigen Festung: auf zwei Seiten vom Meer umgeben, wird es im Norden durch die Kette des Himalaya von der großen Kontinentalmasse abgetrennt, die sich vom Pazifischen bis zum Atlantischen Ozean erstreckt und in ihrem äußersten Westen und äußersten Osten alte Kulturzentren beherbergt. Der Himalaya bildet nur das Kernstück in der Gebirgskette, die sich nach Südosten in den von den Flußläufen des Irawaddy, Salwen und Mekong durchzogenen Gebirgen, nach Westen in dem iranischen Bergland und dem Hochland von Anatolien fortsetzt. Durch diese Sperrmauer führen nur an ganz wenigen Stellen Straßen nach Süden, nach Indien und dem Indischen Ozean, Völkertore, die auch einer modernen großen Armee die Annäherung an die Festung Indien ermöglichen würden. Der wichtigste Weg führt über den Durchlaß zwischen Hindukusch und Elburzgebirge auf der Linie Merw—Herat über die afghanischen Pässe nach Indien. Es ist die Straße, auf der die großen Landeroberer Indiens gezogen sind. Die anderen großen Straßen berühren Indiens Sicherung nur mittelbar, aber sie sind wichtig als Zugänge zum Indischen Ozean und als Verbindungen zu den großen Wirtschaftszentren Europas und Ostasiens. Es sind das zunächst Mesopotamien und Syrien—Palästina: sie bieten den einzigen

Landweg von Nordwesteuropa über Balkan und Anatolien nach Suez und dem Golf von Iran, zugleich die kürzeste Verbindung vom Mittelmeer nach dem Indischen Ozean; schließlich als der Verkehrsweg zwischen Indien und Ostasien die Straße von Singapore, die einzige Anmarschstraße für einen von Osten kommenden Gegner, solange die indische Nordostgrenze durch die Natur der Gebirgskzüge und den Mangel an Verkehrslinien von Operationen größeren Stiles nicht bedroht ist. So kann Indien bei seiner Verkehrslage zwischen den großen Mittelpunkten von Bevölkerung und Wirtschaft im Westen und Osten von Natur aus selbst im Zeitalter der technischen Waffen als sehr gut geschützt gelten.

Die Nordwestgrenze

Solange Indien die Seeherrschaft im Indischen Ozean innehat und die großen Sperrforts von Suez, Irak und Singapore nicht in Händen einer feindlichen Großmacht sich befinden, ist es die Hauptaufgabe der indischen Wehrpolitik, das „gateway of India“, die Nordwestgrenze, zu sichern. Indiens Grenze im NW (s. Skizze) wird von einer Reihe von Höhenzügen gebildet, die ihren Ausgang vom Pamir nehmen. Vom Pamir, dem Dach der Welt, ziehen sich nach Westen und Südwesten mehrere Gebirgskzüge, deren wichtigste in diesem Zusammenhang der Hindukusch und die afghanisch-indischen Grenzgebirge sind. Der Hindukusch erstreckt sich in westlicher bis südwestlicher Richtung bis in die Gegend von Herat, wo sich zwischen Hindukusch und Elburzgebirge in Nordiran eine Senke einschneidet. Die afghanisch-indischen Grenzgebirge reichen vom Pamir nach SSW bis zum Indischen Ozean, ihre bedeutendsten Teilgebirge sind von Norden nach Süden: der Säfid-Kuh, das Sulaimangebirge und das Kirthargebirge. In etwa 150 Meilen Entfernung von diesen Bergen fließt in der Ebene der Indus, der seine rechten Nebenflüsse vom Hochland von Afghanistan empfängt. An den Durchbruchstellen dieser Nebenflüsse des Indus durch die Grenzgebirge liegen die afghanischen Pässe, denen das ganze britisch-indische Wehrsystem im NW gilt. Es sind im ganzen die folgenden fünf Pässe, entsprechend den Nebenflüssen des Indus: der Khyberpaß am Kabulfluß, der historische Weg für Handel und Heere; der Kurram; der Tochi; der Gomal und schließlich der Bolanpaß, der zweitwichtigste nach dem Khyber, über den die große Straße Herat—Kandahar—Indus führen muß. Diesen Pässen entsprechend ist die britische Wehrstellung aufgebaut: die Verteidigung ist konzentriert in Peshawar am Khyber und Quetta am Bolan. Das Verteidigungssystem der nördlichen Pässe gruppiert sich um die Orte Attock (Ölfeld), Peshawar und Dera Ismail Khan. Dieses ganze nördliche Wehrsystem ist durch Eisenbahn mit dem Punjab und weiter mit dem unteren Gangestal verbunden. Quetta, der Hauptort der Verteidigung von Belutschistan, hat Eisenbahnverbindung nach dem Hafen Karachi und dem an die Grenze vorgeschobenen Fort New Chaman; ferner führt von Quetta die Bahn längs der afghanischen Grenze

nach Duzdab in Südiran. Eine unmittelbare Bahnverbindung zwischen Quetta und Peshawar fehlt dagegen noch.

Die Aufgabe der britisch-indischen Wehrpolitik an der NW-Grenze ist zweifach. Sie muß erstens Indien vor den Einfällen der kriegerischen Grenzstämme schützen und zweitens die Sicherheit Indiens vor einer großen, modern ausgerüsteten Landarmee gewährleisten. Die erste Aufgabe ergibt sich aus den Verhältnissen im Grenzgebiet. Zwischen Afghanistan und Britisch-Indien gibt es eigentlich zwei Grenzen: die sog. Durand-Linie, die 1895 vertraglich festgelegte Grenze zwischen afghanischem und indischem Hoheitsgebiet, und zweitens die Grenze des von Britisch-Indien verwalteten Gebiets. Zwischen beiden liegt das Territory of the Independent Tribes, welches von den kriegerischen Pathanstämmen bewohnt wird; diese fristeten ihr Dasein früher durch zahlreiche Einfälle und Plünderungen in der reichen Ebene Nordwestindiens. Zur Befriedung dieser Stämme und Beherrschung des Grenzgebiets ist die indische Verwaltung im Laufe der Jahre verschiedene Wege gegangen. Sie hat auf dem Wege der sog. Close-Border-Policy versucht, die Stämme sich selbst zu überlassen und die Truppen bis an die Verwaltungsgrenze zurückzuziehen. Dadurch wird jedoch das Grenzgebiet zu einem dauernden Unruheherd; daher ist in Belutschistan von Sir Robert Sandeman

das Gegenteil, die Forward-Policy, angewandt worden, d. h. die Vorschiebung der Truppen bis an die Durandlinie und Entwaffnung und Ansiedelung der Stämme. Im großen und ganzen aber ist man einen Mittelweg gegangen; es werden einzelne Posten in das Gebiet der Stämme vorgeschoben, die Aufrechterhaltung der Ordnung aber einer irregulären eingeborenen Polizei überlassen (Half Forward Policy, angewandt). Daß jedoch die Befriedung der NW-Grenze noch keineswegs vollständig ist, kann man aus den häufigen Nachrichten von heftigen Kämpfen in diesem Gebiet entnehmen.

Die Aufgabe der Sicherung vor einer Invasion hat im wesentlichen den Schutz vor Rußland zum Ziel. Rußland ist durch die Erschließung Mittelasiens ganz dicht an Indien herangerückt. Die Verbindung der zentralasiatischen Bahnen durch



Afghanistan und die indische NW-Grenze

1 = Khyber-Paß, 2 = Kurram-Paß, 3 = Tochy-Paß,
4 = Comal-Paß, 5 = Bolan-Paß

die Tashkent—Orenburg-Bahn mit dem europäischen Rußland hat diese Annäherung gewaltig verstärkt. Drei Wege sind es hauptsächlich, die von den Endpunkten des russischen mittelasiatischen Bahnsystems durch Afghanistan bzw. Iran nach Indien führen:

1. Merw—Kushk Post—Herat—Kabul bzw. Kandahar.
2. Termez—Hindukusch (Walianpaß)—Kabul.
3. Askabad—Meshed—Südostiran—Belutschistan.

Die Sicherung vor einer Invasion ist zunächst eine politische Aufgabe, die als solche der Außenpolitik Indiens obliegt. Britisch-Indien treibt in dieser Frage eine selbständige Außenpolitik, ausgeführt vom Political Department, das dem Vizekönig unmittelbar untersteht, und es ist dabei nicht selten auch in Gegensatz zu London geraten (so im Weltkrieg in der arabischen Frage). Das Political Department bestimmt die Beamten in der NW-Provinz, dem Gebiet der Stämme und Belutschistan, ferner die politischen Agenten im Golf von Iran, einen Teil der Konsuln in Iran, die Gesandtschaften in Afghanistan und Nepal, sowie den Generalkonsul in Kashgar. Daraus läßt sich die Abgrenzung der indischen Außenpolitik ersehen. Es kann nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, die einzelnen Phasen dieser Politik aufzuzeigen. Es genüge zu sagen, daß es immer das Ziel der indischen Politik gewesen ist, Iran und Afghanistan als Glacisländer unter ihren Einfluß zu bringen, daß aber seit dem Scheitern des englisch-iranischen Vertrages von 1919 und des Friedens von Rawalpindi mit Afghanistan im gleichen Jahre das protektoratähnliche Verhältnis zwischen Britisch-Indien und diesen Ländern sein Ende gefunden hat. Das Bestreben der britisch-indischen Außenpolitik aber wird es immer sein müssen, Iran und Afghanistan gegenüber russischen Durchdringungswünschen zu stärken. — — Was den militärischen Schutz gegen eine Invasion anlangt, so ist dafür die indische Wehrmacht in drei Gruppen eingeteilt: 1. internal security force, die die Sicherheit der Operationsbasis Indien gewährleisten soll. 2. die covering force zur Bewachung der Pässe und wichtigen Verkehrslinien. 3. die field army, die die eigentlichen militärischen Operationen durchführen soll.

So stellen die geopolitischen Gegebenheiten der indischen NW-Grenze die britisch-indische und weiter auch die britische Reichsregierung vor Aufgaben, die weit in das Gebiet der Weltpolitik hineinreichen, ja man kann sagen, daß die Ecke zwischen Quetta und Peshawar die britische Orientpolitik in ihren wesentlichen Zügen bestimmt hat.

Die Nordostgrenze

Während die indische Nordgrenze durch die selbständigen, aber verbündeten Staaten Nepal, Sikkim und Bhutan, die Himalayaketten und das tibetische Glacis hinreichend geschützt ist, hat Großbritannien im NO erst durch die Annexion Birmas eine einigermaßen sichere Grenze geschaffen. Als der König Thibaw von

Birma Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts mit Frankreich in Verhandlungen trat, drohte die Gefahr, daß in Indiens Osten eine zweite von einer starken Militärmacht bedrohte Landgrenze entstand. Kurz entschlossen setzte England den König daraufhin ab und annektierte 1886 Birma. So ist es im NO



Birma und die indische NO-Grenze

--- Wege

gelingen, die Landgrenze bis auf das Glacis hinaus vorzuschieben, was im Westen nicht geglückt ist, und auch die Abtrennung Birmas von Indien auf Grund der neuen Verfassung kann vom britischen Reichsstandpunkt an der indischen Wehr- lage im NO nichts ändern. Obwohl Indien hier im Osten an China, Französisch- Indochina und Siam grenzt, so läßt doch die Natur des Landes wie auch die poli- tische Lage der Nachbarn eine ständig akute Grenzgefahr wie im NW nicht entstehen.

Die Ausläufer des Himalaya durchziehen in südöstlicher Richtung die hinterindische Halbinsel, durchquert in der gleichen Richtung von den großen Strömen des Irawaddy, Salwen und Mekong. Flüsse und Gebirge gehen also parallel der Grenzlinie, und irgendwelche großen Paßstraßen gibt es hier nicht. Militärisch ist Indien nie von dieser Seite bedroht worden, und auch der Kulturaustausch zwischen Indien und Ostasien hat sich zu einem großen Teil auf dem Wasserwege vollzogen. Abgesehen von der natürlichen Beschaffenheit des Landes ist aber heute weder China noch Siam in der Lage, Indien zu bedrohen, und die französische Operationsbasis wäre für den Ernstfall wohl doch zu klein und von der Heimat abgeschnitten. Es genügt daher für den außenpolitischen Schutz der Grenze, den Status quo zu halten und einem Festsetzen Japans nach Kräften entgegenzuwirken (Siam, indochinesische Pläne).

Die Verwaltung des Grenzgebietes ist ähnlich wie im NW. Eine Reihe von halb unabhängigen Stämmen und Staaten schiebt sich zwischen das eigentliche Verwaltungsgebiet und die Grenze, im Norden die Kachins, dann die Shan-Staaten und im Süden die Karens sind die bedeutendsten. Die birmanischen Bahnlinien stoßen bis an die Orte Myitkyina und Lashio vor, von wo aus die wichtigsten Wege nach der chinesischen Provinz Yün-nan führen. Die geographischen Bedingtheiten stehen aber einer etwaigen Erschließung Südwestchinas von Birma aus ebenso entgegen, wie sie andererseits eine militärische Bedrohung für absehbare Zeit verhindern (s. Skizze).

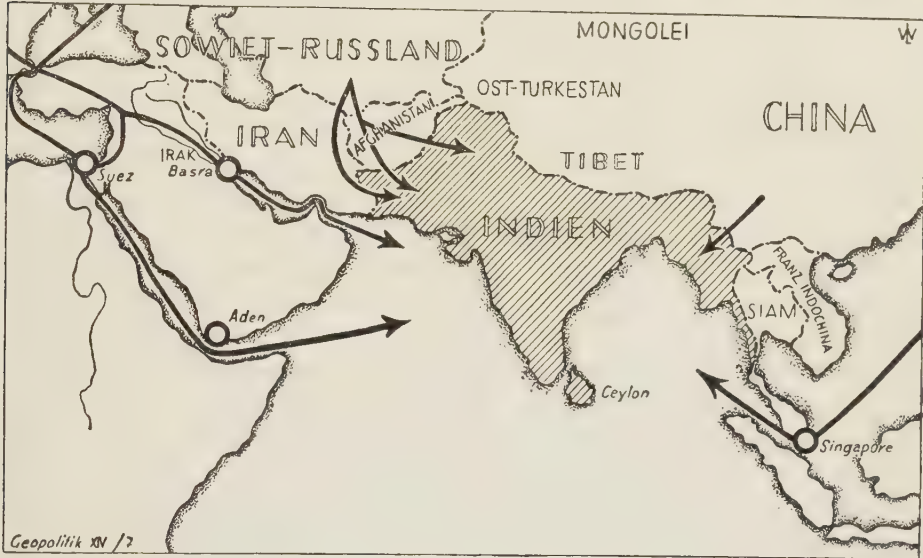
Indiens Wehrsystem

Im Vorhergehenden sind die natürlichen Grundlagen der Verteidigung Indiens aufgezeigt worden; abschließend soll nun ein Überblick über das indische Wehrsystem und seine besonderen Fragen gegeben werden. Die indischen Landstreitkräfte bestehen aus Truppen der britischen regulären Armee, den eigentlichen indischen Truppen sowie den Hilfskorps: Auxiliary Forces (aus den in Indien ansässigen Europäern), Indian Territorial Forces (einer Nachbildung der englischen Territorialarmee) und Indian State Forces, die die Truppenkontingente der Fürstentstaaten darstellen. Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild:

Britische Reguläre Armee . . .	65 000
Anglo-indische Truppen . . .	165 000
Auxiliary Forces	30 000
Indian Territorial Forces . . .	10 000
Indian State Forces	40 000

Von diesen Truppen werden etwa 35 000 Engländer und 30 000 Inder als notwendig für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung erachtet; wegen des Ursprungs der meisten indischen Unruhen aus Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen indischen Gruppen hält man einen größeren Teil unparteiischer englischer Truppen für erforderlich. Die Einteilung der Truppen in Feldarmee, Be-

deckungstruppen und solche zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ist bereits erwähnt worden. — An der Spitze der indischen Landstreitkräfte steht der Commander-in-Chief of the Army in India. Ihm beratend zur Seite stehen das Hauptquartier (Army Headquarters) und ein military council, während die Verwaltung vom Department of Defence besorgt wird. Nach der neuen Verfassung ruht die Verantwortung für die Wehrpolitik einzig und allein beim Vizekönig, der darin dem Bundesparlament nicht verantwortlich ist (reserved department)¹⁾. Ganz Indien ist eingeteilt in vier Generalkommandos: Nord (Hauptquartier Murree);



○ Sperrfort

→ Zugangstraßen

Die Festung Indien, ihre Zugänge und Sperrforts

Süd (Poona); West (Quetta); Ost (Naini Tal). In Birma soll nach der neuen Verfassung der Gouverneur die Oberleitung der Streitkräfte innehaben²⁾.

Zwei Fragen sind es, die dem indischen Wehrsystem seinen besonderen Charakter verleihen: der Unterschied zwischen kriegerischen und nichtkriegerischen Rassen in Indien und, damit zusammenhängend, die Frage der Indisierung (Indianization) der britisch-indischen Armee. Die Kriegstüchtigkeit der indischen Bevölkerung ist nicht einheitlich, sondern es bestehen Unterschiede, wie sie selbst zwischen den europäischen Völkern kaum zu treffen sind. Andererseits besteht aber auch ein Auseinanderklaffen zwischen Wehrmacht und geistig-politischer Führung, dessen Beachtung der indischen Selbstständigkeitsbewegung eine neue Beleuchtung gibt. Den weitaus größten Teil der indischen Soldaten stellen das Punjab, Kashmir, die

1) Report of the Joint Committee, § 173 ff.

2) Dasselbst § 446.

NW-Grenzprovinz, die nordwestlichen Teile von Rajputana und den Vereinigten Provinzen sowie schließlich das verbündete Nepal (Gurkhas). Diese Gebiete stellten 1929 mehr als 85% der indischen Soldaten, dagegen stellte die dicht bevölkerte untere Gangesebene so gut wie nichts! Allein aus Nepal, Punjab und den Vereinigten Provinzen kamen 121 500 von insgesamt 158 200. Religionsmäßig sind etwa $\frac{2}{3}$ Sikhs und Hindus, $\frac{1}{3}$ Mohammedaner; auch das entspricht nicht dem wirklichen Verhältnis in der Bevölkerung: etwa 80 : 350.

Dieser Unterschied in der Wehrkraft der indischen Rassen ist es, der den Briten das Hauptargument gegen eine Indisierung der Armee liefert. In den Erörterungen über den verfassungsmäßigen Aufstieg Indiens zur Selbstregierung, die seit den Montagu-Chelmsfordreformen 1917 nicht mehr abgerissen sind, hat die Frage der Indianization stets eine große Rolle gespielt; denn als Grundsatz der Wehrpolitik des British Commonwealth of Nations gilt es, daß jedes Dominion für seine eigene Verteidigung selbst verantwortlich ist. Also mußte ein langsames Aufsteigen Indiens zum Dominionstatus auch das Zurückziehen weißer englischer Truppen aus dem indischen Bundesstaat mit sich bringen. Dagegen bringt Großbritannien in der Hauptsache drei Gründe vor. Zunächst: daß der Unterschied in der Kriegstüchtigkeit unter den indischen Völkern beim Fehlen einer unparteiischen dritten Macht leicht zu unhaltbaren Zuständen führen könne. „Die kriegsuntüchtigen, aber geistig und auch zahlenmäßig führenden Inder des Ostens und Südostens (Bengalen, Bihar, Orissa) würden jede politische Versammlung oder Maschinerie beherrschen, während die kriegstüchtigen Rassen des Nordwestens sich nicht sehr bereitwillig ihrer Oberherrschaft beugen würden.“ (General Sir George Barrow.) — Das zweite Argument ist, daß es angesichts der historischen Entwicklung zweifelhaft erscheint, ob Indien ohne englische Truppen auf die Dauer in der Lage wäre, sich der sehr kriegsgewohnten Grenzstämme des Nordwestens und Afghanistans zu erwehren. — Schließlich wird vom Standpunkt der gesamten britischen Reichsverteidigung behauptet, daß die Verteidigung Indiens in Anbetracht der britischen Stellung im Indischen Ozean, durch den die größte Handelsstraße des Empire führt, eine über die indischen Angelegenheiten weit hinausreichende imperiale Angelegenheit sei. Trotz dieser Argumente hat Großbritannien doch den Weg der Indisierung, wenn auch ganz vorsichtig, beschritten. 1918 wurde in Anerkennung der Kriegsverdienste indischen Offizieren grundsätzlich ermöglicht, die King's Commission zu erwerben, bis dahin hatte es nur die Viceroy's Commission für sie gegeben. Ferner wurde 1922 das Dehra Dun College eröffnet, eine Vorbereitungsanstalt für junge Inder, die später in England die King's Commission erwerben wollen. 1926 wurde ein Indian Sandhurst Committee eingesetzt, das die Frage der Errichtung einer königlichen Militärschule in Indien prüfen sollte. 1931 schließlich ist man auch praktisch daran gegangen, eine Kavalleriebrigade und eine Infanteriedivision mit allen Nebewaffen zu indisieren.

So greifen die Fragen der indischen Wehrpolitik bis tief hinein in die Gestaltung des britisch-indischen Verhältnisses überhaupt. Sie weisen gegenüber aller ideenmäßigen Betonung des west-östlichen Gegensatzes einmal auf Tatsachen und Gegebenheiten hin, die in einer Welt sozialer und rassenmäßiger Unruhe die Notwendigkeit einer englisch-indischen Verständigung für die Sicherheit der Welt und auch Indiens erweisen könnten.

Quellen: Modern India, London 1931. — V. Cornish, A Geography of Imperial Defence, London 1924. — D. H. Cole, Imperial Military Geography, London 1928. — R. J. Wilkinson, Imperial Economy, London 1930. — Report of the Joint Committee on Indian Constitutional Reform, London 1934. — General N. Golovin, Die Weltmacht Großbritannien, Berlin 1936. — Helmuth von Glasenapp, Britisch-Indien und Ceylon, Berlin 1929.

WALTHER REINHARDT:

Die USA und der Stille Ozean

I

Die weiße Rasse hat mehr als zweihundertundfünfzig Jahre gebraucht, bis sie den nordamerikanischen Kontinent in seiner ganzen Breite erschloß und unterwarf. 1492 wurde Amerika von Kolumbus wieder entdeckt, aber es dauerte länger als ein halbes Jahrhundert, bis eine systematische Besiedelung des neuen Kontinents einsetzte. 1584 versuchten die ersten Angelsachsen erfolglos eine Niederlassung im heutigen Staat Nord-Karolina, 1607 glückte eine Festsetzung von Dauer in Virginia. Das ist der eigentliche Ausgangspunkt der Erschließung des großen Kontinents durch die weiße Rasse, die von Osten nach Westen vor sich ging.

Die Westküste Nordamerikas wurde schon früh von Portugiesen und Spaniern befahren, denen Russen und Engländer folgten, Niederlassungen von Dauer an der Küste aber datieren erst aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Den Anlaß zur Erschließung des Ostens gaben siedlerischer Eifer, politische und religiöse Bedrückung in der alten Heimat, die Tür zum Westen öffneten Pelze und Gold. Seltsamerweise war es im Westen zuerst Alaska, das zu einer bescheidenen Blüte gelangte, die freilich auf den Küstenbereich beschränkt blieb. Die ersten Russen kamen wahrscheinlich schon 1648 nach Alaska, das sie „Bolschaja Semlja“, „Das große Land“ nannten und seit der Mitte des 18. Jahrhunderts mit ihren Pelzjägerstationen und mit Waffenplätzen gegen die Indianer besetzten. Sitka, die alte Russenhauptstadt Alaskas, war schon um 1800 ein lebhaftes kleines Handelszentrum, als weiter südlich an der ganzen Küste noch keine Siedlungen lagen außer ein paar dürftigen spanischen Missionen und Militärposten im südlichen Kalifornien, und die ersten Glocken an der pazifischen Küste läuteten hoch im Norden in Sitka und Kodiak über kleinen russisch-orthodoxen Holzkirchen. Die russischen Wünsche zielten auf den Erwerb weiter Teile des amerikanischen Kontinents im Anschluß an

Alaska; man plante zunächst British Columbia in die Hand zu bekommen und durch Ansetzung russischer Farmer in Kalifornien, an die noch heute der Name des Russian River erinnert, weiteren Landgewinn in die Wege zu leiten. Jedoch diesen besonders von Alexander dem Ersten gehegten allzu weit gespannten Aspirationen machte der Kongreß von Verona 1822 ein Ende, das zwar vom russischen Selbstgefühl nur als ein Aufschub empfunden wurde, sich aber als endgültig erweisen und ein Vorläufer des russischen Verkaufs von Alaska an die Vereinigten Staaten im Jahre 1867 werden sollte.

Erst einige Jahrzehnte nach Alaska wurde Kalifornien Siedlungsland des weißen Mannes. Schlagartig setzte hier ein großer Aufschwung ein, als 1848 im Sacramento River das erste Gold gefunden wurde. Beide Lockmittel, Pelze und Gold, führten auch zur Besitzergreifung von den zwischen Alaska und Kalifornien liegenden Teilen der Westküste, den heutigen Staaten Washington und Oregon und dem nördlich anschließenden kanadischen Gebiet. 1846 wurde das Territorium Oregon, das vorher 28 Jahre lang einem britisch-amerikanischen Kondominium unterstanden hatte, der Flagge der Sterne und Streifen zugesprochen, während British Columbia an England kam, und Ende 1848 wurde durch einen Vertrag mit Mexiko Kalifornien mit drei angrenzenden Territorien für die Vereinigten Staaten erworben.

So war politisch ein großes Reich vom Atlantik bis zum Pazifik geschaffen; der weite Kontinent zwischen den beiden Ozeanen harnte aber noch auf seine völlige Erschließung, die erst in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts beendet wurde. Damit schließt die Zeitspanne von 250 bis 270 Jahren, die von der weißen Rasse zur vollständigen Besitzergreifung Nordamerikas gebraucht wurde.

Vorher haben, wahrscheinlich nur in spärlicher Zahl aber wohl durch Jahrtausende hindurch, gelbe, braune und rote Urvölker diesen Kontinent besessen, die einst, in der Steinzeit und älteren Bronzezeit und vielleicht noch später, von Asien her über eine Landbrücke im hohen Norden und über Beringsee, Beringstraße und Aleuten nach Amerika kamen. Damals ging die Entwicklung aller Dinge auf dem großen Kontinent, Jahrhunderte und Jahrtausende lang, von Westen nach Osten vor sich. Erst seit dem Auftreten der weißen Rasse, also erst in allerjüngster Zeit, hat sich eine Umkehr der Vorzeichen vollzogen, steht Nordamerika im Bann einer östlich-westlichen Entwicklung.

II

An der pazifischen Küste haben die Vereinigten Staaten ein neues Reich gewonnen. Enthusiasten sprachen früher gern von dem „Western Empire“, das sich die Nation durch ihren Marsch nach Westen errungen habe.

Es ist ein junges, frisches, gesundes, besonders wertvolles Land. Der größte Teil der Westküste ist menschlicher Besiedelung zugänglich; Ausnahmen sind nur die

Hochgebirgsgegenden, einige heiße Wüstenstriche Kaliforniens und weite Teile des inneren Alaska nördlich vom Polarkreis. Die Besiedlung ist in die meisten bewohnbaren Gebiete sehr rasch vorgedrungen; eine Vermehrung der Bevölkerung ist aber noch im großen Umfange möglich, abgesehen von der sehr dicht bevölkerten Gegend unmittelbar um Los Angeles herum. Neben Gold und Pelzen, die heute beide etwas an Bedeutung verloren haben, spielen Holz, Fische, Früchte und in neuerer Zeit besonders das Erdöl als Hauptprodukt der sehr vielgestaltigen fernwestlichen Wirtschaft eine wichtige Rolle.

Bancroft, der große Historiker, sagt, die Amerikaner hätten sich nach der Erreichung des Stillen Ozeans in ihn „hineingestürzt“. Das war ein imperialistischer Wunsch, eine Aufforderung an die Nation, die aber keineswegs befolgt wurde. Es vollzog sich im Gegenteil eine rückläufige Entwicklung, denn nun erst, nachdem zunächst der offene Ozean befahren und beherrscht, dann die Küste gewonnen worden war, ging man daran, den Kontinent wirklich zu erschließen, das neu erbaute große Haus völlig einzurichten. Man betrieb vorläufig eine ausgesprochene Kontinentalpolitik — die „provincial epoch“, die Provinzialepoche, wurde sie von manchen Amerikanern selbst geringschätzig genannt — und unter dem Einfluß von Rückschlägen auf dem internationalen Feld, insbesondere dem großen Aderlaß durch den Bürgerkrieg, dauerte es nach der Erreichung der Westküste fast ein halbes Jahrhundert, bis man ein ernstliches politisches Interesse an den Dingen jenseits des großen Meeres aufzubringen vermochte.

Die Neuerwerbungen im und am Stillen Ozean, die allerdings territorial nur verhältnismäßig kleine Gebiete betrafen, kamen dann in schneller Folge um die Jahrhundertwende herum. Hier müssen die Namen und Zeitangaben genügen:

Juli 1898: Hawaii,
Dezember 1898: Philippinen und Guam,
1899: Samoa,
1903: Panamakanalzone.

Diese letztere liegt zwar auf dem amerikanischen Kontinent, gehört aber, machtpolitisch gesehen, doch in die pazifische und transpazifische Ausdehnungsbewegung der Vereinigten Staaten hinein.

Von diesen Besitzungen wird in neun Jahren die Inselgruppe der Philippinen wieder aufgegeben werden. Seit Ende 1935 bilden die Inseln eine halb selbständige Commonwealth, die nur außenpolitisch, finanziell und militärisch-maritim noch einer Kontrolle durch die Vereinigten Staaten unterliegt. Die Preisgabe des an sich wertvollen Besitzes entspringt der Sorge, daß man ihn im Ernstfall wegen seiner sehr exponierten Lage nicht oder nur unter sehr großen Opfern würde halten können, sie entspricht aber auch einer neuen Haltung in der Außenpolitik der Nation, denn seit dem Weltkrieg ist die Regierung der Vereinigten Staaten ebenso wie das ganze Volk ausgesprochen friedlich, unaggressiv, unimperialistisch,

ja pazifistisch gerichtet. Das große Land hat sich im ruhigen Bewußtsein seiner Stärke von allen Tendenzen solcher Art in einer Weise freigemacht, wie vielleicht kaum je eine Großmacht vorher. Im Jahre 1913 versprach der Präsident in einer Rede, daß die Vereinigten Staaten nie mehr einen Fußbreit fremden Bodens erobern würden. Daran haben sie sich im Weltkrieg und bis heute gehalten, und es sieht nicht danach aus, als stände eine Änderung dieses Prinzips in absehbarer Zeit bevor.

III

Trotz dieser elastischen und nachgiebigen Haltung der Vereinigten Staaten ergeben sich auf dem Pazifik häufig Spannungen, die Gefahrenmomente in sich schließen. Früher waren daran mehrere Nationen beteiligt, heute bestehen mehr oder minder latente Interessengegensätze nur noch zwischen den zwei größten Anliegern am Stillen Ozean, den Vereinigten Staaten und Japan.

Auf der Westseite des Stillen Ozeans ein Volk ohne Raum, auf der Ostseite ein Volk mit sehr viel Raum. Auf der einen Seite 69 Millionen auf dem schmalen japanischen Inselbogen, auf der anderen 132 Millionen auf dem breiten Kontinent. Eine uralte Nation berührt sich mit einer sehr jungen, als Weltmächte aber sind beide jung. Was ergibt sich aus dieser Berührung für die beiden Beteiligten, was für die übrige Welt?

Es sind räumlich drei Gefahrenzonen zu unterscheiden: der asiatische Kontinent, der Ozean, der amerikanische Kontinent.

Zur Erschütterung der seit 1853 bestehenden herzlichen amerikanisch-japanischen Freundschaft kam es zuerst in China, wo das Vordringen von japanischen Händlern, Siedlern und vor allem Soldaten etwa seit der Jahrhundertwende die amerikanische These von der offenen Tür gefährdete. Zweimal, beim Frieden von Portsmouth 1905 und wieder im Jahre 1922, haben die Vereinigten Staaten Japan gezwungen, am 50. Breitengrad haltzumachen, und auch dazwischen und in neuerer Zeit haben die Söhne Nippons wiederholt ihren Weg auf dem asiatischen Kontinent durch die Vereinigten Staaten gesperrt oder wenigstens erschwert gefunden. In allerjüngster Zeit aber ist bei den Amerikanern ein Umschwung der Stimmung zu bemerken: mehr und mehr findet man sich bereit, Japan in China gewähren zu lassen und Gewehr bei Fuß zu stehen, was sich auch im Fernen Osten ereignen mag. Man hat sich mit dem Vasallenstaat Manchukuo abgefunden, man wird sich mit einer japanischen Hegemonie über die innere Mongolei und Teile der chinesischen Kernprovinz Hopei, man wird sich sehr wahrscheinlich auch mit einem völligen Zuschlagen der offenen Tür für weitere Teile Chinas abfinden. Schließlich war die lange Zeit erfolgreich von der amerikanischen Politik vertretene These von der offenen Tür ein letzter Rest von amerikanischem Imperialismus und Auswirkung der Expansionsbewegung von Osten nach Westen; es ist nur folgerichtig, wenn man bei der jetzigen veränderten

Haltung diese These preisgibt. Damit wären ernsthafte Aussichten für eine Beseitigung des Gefahrenherdes auf dem asiatischen Kontinent, soweit die amerikanisch-japanischen Beziehungen in Frage kommen, vorhanden. Damit würde auch die Gefahr, daß etwaige von China oder Sowjet-Rußland ausgehende Erschütterungen eine die Vereinigten Staaten mit ergreifende Ausdehnung annehmen, verringert werden.

Auf dem amerikanischen Kontinent war es das Überhandnehmen der japanischen Einwanderung, einer von Tokio gelenkten Wanderbewegung, die bald nach der Jahrhundertwende, fast gleichzeitig mit den Ereignissen in China, Besorgnisse und Konflikte hervorrief. Mehrere Jahrzehnte lang, gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts und noch bis in dieses hinein, hatte man von Washington aus die japanische Einwanderung in die großen, unbevölkerten Räume des Westens frei zugelassen, ja gefördert, dann aber begann die starke zahlenmäßige Zunahme der Japaner durch Einwanderung und Familienzuwachs den amerikanischen Behörden an der Westküste Verlegenheiten zu bereiten. 1906 kam es zum erstenmal zu einem Konflikt wegen japanischer Schulkinder in Kalifornien, den Präsident Roosevelt beilegte, und zu einem Kampf zwischen japanischen und amerikanischen Robbenschlägern an der Küste von Alaska. 1917 führte Kalifornien Einwanderungsbeschränkungen für die Japaner ein, die großen Unwillen in Tokio hervorriefen. Es folgte ein Notenwechsel, es folgten Verhandlungen, es folgten Lockerungen des Verbots, Amerika gab in einigen Punkten nach, trotz starker Proteste der Bevölkerung im Westen. Neue lokale Erschwerungen führten dann 1924 zu einer sehr ernsten japanischen Vorstellung in Washington, die aber die unerwartete Folge hatte, daß die Vereinigten Staaten mit einem brüskten Schachzug, der Erlassung des „Emigration Restriction Act“, jeden weiteren Zuzug von Angehörigen asiatischer Rasse, mit Ausnahme von Studenten und Professoren, auf den Kontinent verboten. Der Schlag traf Japan ganz unerwartet und in einem Augenblick innerer Schwäche, denn das Land war noch wie betäubt von der Erdbebenkatastrophe von 1923; die in der Protestnote angedrohten „ernsten Folgen“ blieben aus. Vergessen ist aber damit die Angelegenheit bei den Japanern bestimmt nicht; der sehr rassenbewußte, rassenstolze Japaner empfindet die Ausschließung weniger als wirtschaftliche Beeinträchtigung denn als Kränkung seiner Ehre, und viele amerikanische Japankenner besorgen, daß die Rechnung für diese Maßnahme, an die zwar nicht die Diplomatie aber die japanische Presse immer wieder erinnert, eines Tages noch einmal präsentiert werden wird. Denn aus einer Wanderfrage ist hier, wie ein japanischer Vertreter in Genf es einmal ausdrückte, eine Rechts- und Ehrenfrage geworden.

Ein noch schwierigeres Kapitel bilden jedoch die Reibungen und Interessengegensätze auf dem offenen Pazifik. Es gibt eine japanische Ideologie, die im Stillen Ozean das japanische Meer sehen will. Dieser gedanklichen Einstellung läuft es aufs schärfste zuwider, wenn die Vereinigten Staaten ihre gesamte Flottenmacht

häufiger als früher im Pazifik versammeln, Probedurchschleusungen durch den Panamakanal vornehmen, ihre Manöver bis dicht an die japanischen Hoheitsgewässer ausdehnen und ihre Luftverkehrslinien in neuester Zeit über Honolulu, Midway, Wake Island und Guam bis nach den Philippinen erstrecken, wobei der japanische Luftraum über den Mandatsinseln der Karolinen und Marianen gestreift wird. Rednerische Ausfälle wie die periodischen Leistungen des Senators Pittman von Nevada tragen ebensowenig zur Erleichterung der Lage bei wie aggressive Fanfaren japanischer Blätter, die der These des japanischen *mare nostrum* huldigen. Besorgte Amerikaner trauen Japan die Absicht zu, eines Tages Alaska als Faustpfand oder auch als Angriffsbasis gegen den Nordwesten der USA. mit bewaffneter Hand zu nehmen, wozu das Inselreich wahrscheinlich ohne große Anstrengung in der Lage wäre. Solche Invasion würde im Licht der Geschichte als eine Erneuerung der seit Jahrhunderten erloschenen alten westöstlichen Wanderbewegung erscheinen, die einst asiatische Urvölker über Alaska auf den amerikanischen Kontinent gebracht hat. Freilich ist es sehr fraglich, ob die Japaner dieses Faustpfand einem finanziell und zahlenmäßig doch sehr stark überlegenen Feind gegenüber würden halten können. Mit einem Übergehen der unabhängigen Philippinen an Japan würden sich die Vereinigten Staaten wohl abfinden, wenn nicht wider Erwarten eine völlige Abkehr von der zur Zeit betriebenen Politik des Nichtkriegführens wollens für fernöstliche Angelegenheiten eintreten sollte. Ein Angriff auf Hawai oder Alaska aber, gar nicht zu reden von einem solchen auf den Nordwesten oder die Panamakanalzone, würde das Land zu schärfster Abwehr bereit sehen.

Der Stille Ozean trennt zwei gedankliche Welten, die des Orients und die des Okzidents, zwischen denen ein Ausgleich gefunden werden muß. Redliche Geister auf beiden Seiten des großen Meeres sind um diesen Ausgleich bemüht; an Versuchen, die Gegensätze zu überbrücken, fehlt es nicht. Besonders die alljährlichen Konferenzen des von amerikanischer Initiative geschaffenen „Institute of Pacific Relations“ arbeiten mit Ernst und Eifer an diesem Werke, und die Zeitschrift „Pacific Affairs“ macht sich zum beredten Anwalt der Verständigung. Wir, die wir nur noch wirtschaftlich und verkehrstechnisch an dem auf dem großen Schachbrett des Stillen Ozeans gespielten Spiel interessiert sind, haben gleichwohl Grund, allen Bestrebungen der Vernunft und Mäßigung vollsten Erfolg zu wünschen.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Zwei Bomben auf ein in Erfüllung seiner internationalen Pflichten vor Ibiza liegendes deutsches Kriegsschiff, die schnelle, scharfe und notwendige Sühne durch die Beschießung von Almeria, der Austritt und Wiedereintritt Deutschlands und Italiens im Bereich der Nichteinmischung, schließlich der Fall von Bilbao sind die

wichtigsten Ereignisse auf dem südwestlichen Feld der europäischen Politik. Die Hinrichtung der Spitzen der sowjetrussischen Generalität ist bei weitem das Wichtigste auf dem östlichen. Inzwischen ist in London die Reichskonferenz vor sich gegangen, begleitet von unsichtbaren Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten — und darin sehen wir den wichtigsten Vorgang im Bereich der Welt-politik.

Der Zwischenfall von Ibiza und die Todesurteile von Moskau gehören in einen wenn auch nicht äußeren, so doch inneren Zusammenhang: sollten sie doch auch den verbissensten Vertretern einer russischen Orientierung in Paris und in Prag beweisen, wie von Grund auf gefährlich und unberechenbar die Politik der Sowjets ist. Wenn schon von Herriot und Blum keine Änderung ihrer Haltung zu erwarten ist, dann sollte man doch annehmen, daß die Spitzen des französischen Generalstabs sich einige Gedanken darüber machen werden, ob man wirklich mit einer Armee zusammenarbeiten kann, bei der man von heute auf morgen nicht weiß, ob nicht der höchstgestellte Vorgesetzte am nächsten Morgen als Hochverräter und Spion erschossen wird. In allen europäischen Hauptstädten ist nach einer Erklärung der russischen Vorgänge gesucht worden. Es ist ein schlagender Beweis für die völlige Unvereinbarkeit aller europäischen Begriffe mit dem, was sich in Rußland heute vollzieht, daß man in keiner europäischen Hauptstadt eine Erklärung gefunden hat.

Inzwischen ist der von General Mola geplante, in seinem Erfolg nicht mehr erlebte Angriff auf Bilbao ans Ziel gelangt. Der wichtigste Hafen und die wichtigste Industriestadt Nordspaniens sind damit in den Händen der spanischen Nationalisten. Der Widerstand der Basken ist jetzt wohl gebrochen; aber es wäre ein Irrtum zu glauben, daß nun die Frage der Nordküste schon militärisch erledigt wäre. Etwa die Hälfte der Bevölkerung von Bilbao ist nach Santander abgezogen; die asturischen Bergarbeiter sind gleichfalls auf dem Rückmarsch nach Westen. Oviedo ist noch immer von drei Seiten belagert, Gijon noch immer in den Händen der Roten. Es wird noch einer langen und mühsamen militärischen Leistung bedürfen, um den Rücken im Norden völlig freizubekommen.

In England hegt man einigen Optimismus darüber, daß es möglich sein werde, nach der Wiederherstellung des Friedens in der Nichteinmischungskommission zu einer vermittelnden Tätigkeit in Spanien selbst zu gelangen. Das heißt: man möchte aus der Kommission zur Nichteinmischung eine Kommission zur gemeinsamen Einmischung nach englischem Plan machen. Dabei hofft man, eine Zurückziehung der Freiwilligen auf beiden Seiten zu erreichen; um die Freiwilligen aus der Front herauszuziehen, wäre natürlich ein Waffenstillstand unvermeidlich; und wenn einmal der Waffenstillstand erreicht wäre, dann ergäben sich so viele Möglichkeiten, ihn zu verlängern ... Wir zweifeln nicht an der guten Absicht der englischen Politik; aber wir fragen uns doch sehr, ob sie durchführbar ist. Die Freiwilligen auf der Seite der spanischen Nationalregierung würden zweifellos dem

Ruf zur Rückkehr folgen; sie sind Italiener oder Deutsche geblieben und haben nie die Absicht gehabt, sich dauernd in Spanien niederzulassen. Ein großer Teil der Freiwilligen auf der anderen Seite aber ist gekommen, um zu bleiben. Wer soll die vielen Zehntausende aussondern und wieder zurückschicken, die inzwischen von der Regierung Valencias eingebürgert worden sind und spanische Pässe haben? Der Krieg wäre schon im November zu Ende gewesen, wenn diese Freiwilligen nicht eingesetzt worden wären. Wird die englische Regierung imstande sein, mit Geld und guten Worten den spanischen Boden von diesen Freiwilligen zu befreien? Wird Frankreich, nach dem Sturz von Leon Blum, geneigt sein, die Produkte seiner eigenen Volksfront wieder aufzunehmen? Die naturgegebene Bestimmung für diese Freiwilligen aller Länder wäre natürlich Rußland (und es würde bestimmt nicht schaden, wenn die „konservative“ Herzogin von Atholl einem dieser Transporte als Gouvernante beigegeben würde). Aber Rußland ist auch für kommunistische Emigranten ein unbehaglicher Aufenthaltsort geworden; wir würden uns gar nicht wundern, plötzlich von Herrn Maisky zu hören, daß weder die russische Kriegsflotte noch die Handelsflotte den ungeheuren Anforderungen solcher Transporte gewachsen sei.

Wer die russische Politik auch nur in ihren groben Zügen verfolgt, wird sich nicht darüber wundern, daß die Abneigung gegen jede Bindung mit Moskau in Südosteuropa wächst. Die Zeiten, wo eine rumänische Regierung bereit schien, den Russen das Durchmarschrecht durch das nördliche Bessarabien und die Bukowina zu gewähren, sind vorüber. Die Beziehungen zwischen Polen und Rumänien sind verstärkt worden. Der polnisch-rumänische Vertrag war zwar auch während der rumänischen Abwendung zu Rußland in Kraft geblieben; es ist ja eine der Schwierigkeiten der heutigen Politik, daß man im allgemeinen alle Verträge bestehen läßt, auch wenn man ihrem Inhalt grundsätzlich und dauernd zuwiderhandelt; wer aufrichtig sagt, was er tut, wird dann für einen Störenfried gehalten. Daraus ergibt sich, daß es gar nicht nötig ist, so viele Verträge zu machen. Man kann befreundet sein, auch ohne einen Vertrag zu haben. Es gibt keinen Vertrag zwischen Rom und Berlin. Auch von Belgrad, Sofia und Budapest hat der Reichsminister des Auswärtigen nichts Unterschriebenes mitgebracht. Trotzdem ist sein Besuch für die Förderung der deutschen Beziehungen mit den unteren Donaustaaten so nützlich gewesen, daß der tschechische Ministerpräsident sich sofort in Bewegung setzte, um durch ein Zusammensein mit den Leitern der rumänischen und der südslawischen Politik zu beweisen, daß die Kleine Entente trotz allem noch besteht. Die Voraussetzungen, unter denen sie entstand, sind in der heutigen europäischen Lage nicht mehr gegeben. Es wird ein vergebliches Bemühen der tschechischen (und auch der französischen) Politik sein, Südslawien und Rumänien daran zu verhindern, eine Politik der gesunden Selbstbehauptung und der Freundschaft mit ihren Nachbarn zu treiben, bloß um der Tschechoslowakei die auf lange

Sicht unvermeidbare und auch im tschechischen Interesse notwendige Umstellung ihrer gesamten Außen- und Innenpolitik zu ersparen.

Die Reise des englischen Unterstaatssekretärs Lord Plymouth nach den baltischen Staaten hat nach außen keine besonderen Ergebnisse gebracht, den englischen Einfluß im Norden hat sie zweifellos gestärkt. Die Staaten der Oslo-Gruppe haben wirtschaftspolitisch einen weiteren Schritt zueinander getan. Es ist nicht ohne Reiz zu beobachten, wie sich sowohl Holland wie Belgien durch den Einsatz zweier Persönlichkeiten von ungewöhnlicher Leistung und großem Ansehen (Van Zeeland und Colijn) einen Platz in den wirtschafts- und außenpolitischen Beratungen der Großmächte gesichert haben, der über die tatsächliche Bedeutung beider Länder (sogar einschließlich ihrer Kolonialgebiete) noch hinausgeht.

Von dichten Schleiern der Geheimhaltung umgeben sind die englischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Eine Rede des ausgeschiedenen Handelsministers Lord Runciman, eine deutlich inspirierte Kritik daran in der großen Presse, eine Rede des englischen Botschafters in Washington, Sir Ronald Lindsay, und einige sehr bedeutsame Kommentare zum Sinn der amerikanischen Neutralitätsgesetze, das ist alles, was nach außen in Erscheinung tritt. Dahinter steht der entschlossenste Versuch, der seit dem Ende des Weltkrieges von England her gemacht worden ist, die Vereinigten Staaten in einen engeren Zusammenhang mit der britischen Commonwealth of Nations zu bringen. „Wir sind uns darüber klar, daß England den Unabhängigkeitskrieg noch immer gewinnen kann“ — das ist nicht nur die Meinung eines einzelnen, spöttisch-heiteren Amerikaners. Die amerikanische Neutralitätsgesetzgebung hat für das Britische Reich deutliche Ausnahmebestimmungen geschaffen. Zwar werden amerikanische Schiffe keine Rohstoffe mehr liefern dürfen; amerikanische Firmen werden keine Kriegskredite mehr geben dürfen, aber es ist ausdrücklich festgestellt, daß alle Lieferungen stattfinden dürfen, wenn die Ware von dem Kunden in seinen eigenen Schiffen abgeholt wird; und den inneren Zahlungsverkehr zwischen den amerikanischen Banken und ihren großen Filialen in Paris und London zu unterbinden, unterfängt sich kein amerikanisches Neutralitätsgesetz. Selbst wenn diese Lücke geschlossen wäre (und niemand denkt daran, sie zu schließen), bleiben immer noch die Ausnahmebestimmungen für Kanada. Der „beste Nachbar“ der Vereinigten Staaten ist auch von den schärferen Bestimmungen der Neutralitätsgesetze ausdrücklich ausgenommen. Nun will es der freundliche Zufall, daß dieser Nachbar immer noch der britischen Krone untersteht — warum sollte sich nicht ein blühendes Geschäft von Chicago und New York nach Liverpool und London durch Vermittlung von Toronto und Montreal entwickeln?

Solche Aussichten verlangen aber einen gewissen Preis. So ist es zu verstehen, wenn den Dominien heute zugemutet wird, die Vereinigten Staaten in das große Empire-System von Vorzugszöllen aufzunehmen. Da die Vereinigten Staaten nach England ähnliche Produkte verkaufen wollen wie die Dominien, würde damit ein

gewisses Opfer für Kanada, Australien und Neuseeland verbunden sein. Man hofft, sie durch einen größeren Markt in Amerika und durch den Ausbau gewisser pazifischer Stellungen zu entschädigen. Der Plan eines neuen pazifischen Paktes, vom australischen Ministerpräsidenten Lyons vorgebracht, ist nicht verständlich, wenn er nicht in diesem Zusammenhang gesehen wird.

Auch die englische Außenpolitik aber wird gewisse Opfer bringen müssen, wenn sie zum Ziel kommen will. Es besteht kein Zweifel daran, daß auf der Empire-Konferenz eine deutliche Kritik der englischen Außenpolitik lautgeworden ist. Man darf diese Kritik in ihrer Bedeutung für den Aufbau des Empire nicht falsch einschätzen. In früheren Konferenzen kamen die Vertreter der Dominien zuweilen in der Stimmung an, in der eben herangewachsene und selbständig gewordene Söhne zuweilen zu einer Rücksprache mit dem Inhaber des Familienvermögens kommen: stets bereit, ihre Selbständigkeit gegen vermeintlichen Angriff zu verteidigen. Dieses Stadium ist heute (mit Ausnahme von Irland) völlig überwunden. Die Reichskonferenz dieses Jahres war ein Familienrat von Leuten, die wissen, daß es keine Rangstreitigkeiten zwischen ihnen mehr gibt. Es zeigte sich vielmehr — um bei dem Beispiel des Familienrates zu bleiben — die Neigung einer nunmehr voll erwachsenen jüngeren Generation, dem pater familias in seinen Nöten mit gutem Rat zur Seite zu stehen und ihm in durchaus freundlicher Absicht, aber doch nicht ohne Stolz, zu sagen, was er falsch gemacht hat. In diesem Sinne ist die Kritik zu deuten, die vor allem die persönliche Außenpolitik Edens seitens des kanadischen und des australischen Ministerpräsidenten erfahren hat. Die Dominien sind bereit, ihren Anteil an der Verteidigung des Empire zu tragen; aber sie haben es sehr deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sind, die Knochen eines kanadischen oder australischen Grenadiers für osteuropäische Fragen zu opfern. Daraus ergibt sich für Downingstreet eine gewisse Notwendigkeit, Ziele und Methoden umzustellen. Neville Chamberlain ist nicht sein Bruder Austen; und schließlich ist es kein reiner Zufall, daß die beiden Vorgänger von Eden im Amt des Außenministers — beide nicht ganz ohne Beihilfe ihres Nachfolgers etwas plötzlich aus dem Amt geschieden — unter Chamberlain die beiden wichtigsten Stellen in der Regierung einnehmen. Chamberlain selbst unterscheidet sich von seinem Vorgänger darin, daß er kein Freund der Lässigkeit ist, und daß er nicht ganz Baldwins innere Auffassung teilt, that foreign affairs are a nuisance.

Eine der heikelsten Entscheidungen an der Schwelle von Außenpolitik und Innenstruktur des Empire steht unmittelbar bevor: die Aufteilung Palästinas. Wir haben schon früher einmal Gelegenheit genommen, die Teilungspläne anzudeuten. Der Plan der englischen Regierung dürfte nunmehr folgende Gestalt gewonnen haben: der Küstenstrich von Palästina und der größte Teil von Galiläa wird als jüdischer Staat im Dominion-Verhältnis selbständig gemacht; der größere südöstliche Teil Palästinas, mit Nablus als Hauptstadt, wird arabisch und kommt unter

die Herrschaft des Emirs von Transjordanien. Jerusalem und Bethlehem bleiben unter englischer Herrschaft als Mandat, ebenso das als Kriegshafen und als Endpunkt der Ölleitung vom Irak unentbehrliche Haifa. In Jaffa werden besondere arabische Rechte vorbehalten. Mehrere Wirtschaftskorridore (Bahn und Straße) sollen dem arabischen Staat den Ausgang zum Mittelmeer sichern.

Zweifellos ist diese Lösung der Palästina-Frage eine Lösung, die das britische Interesse wahrt. Im Rahmen des Möglichen ist sowohl Arabern wie Juden genug getan. Da aber sowohl Araber wie Juden das Unmögliche wollten (und nach wie vor wollen): die Juden ganz Palästina unter Auskauf der Araber, die Araber ganz Palästina unter Totschlag der Juden, — werden weder Araber noch Juden zufrieden sein. Es wird der ganzen Geschicklichkeit der englischen Politik bedürfen, um gegen das unvermeidliche Geschrei beider Seiten die Ohren wirkungsvoll zu verstopfen. Der Staatssekretär für Indien wird vielleicht veranlaßt sein, die letzten Wirkungen dieses Geschreies zu spüren.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Seiner halbamtlichen Arbeit mit dem Indo-pazifischen Raum hat Italien den stolzen Palast Brancaccio in Rom geweiht mit dem „Istituto per il Medio ed Estremo Oriente“, unter Führung von Senator Gentile und einer Sammlung seiner besten Köpfe, wie Exzellenz Tucci, Professor Roberto Almagià, Professor Giovanni Vacca, Herzog von Avarna, um nur einige zu nennen. Ihr dient u. a. die schöne, bei aller kulturpolitischen Umsicht auch voll Geopolitik steckende Zeitschrift „Asiatica“. Endlich wird ihr nicht geringe Aufmerksamkeit auch der vorzüglichen, seit 1937 wieder in schlichterem Gewande erscheinenden Monatsschrift „L'Universo“ des Florentiner Instituts, und der amtlichen Geographie gewidmet.

Wir beginnen deshalb diesen Bericht mit der italienischen Arbeit in indopazifischen Fragen, weil wir gerade bei ihr, unter verständnisvoller Förderung durch den Duce selbst, jenen Zusammenbau philosophischer, künstlerischer und rein forschungsmäßiger Interessen mit geopolitischen und staatlichen finden, der — wo er immer auftritt — ein Anzeichen wacher, lebensvoller, vielleicht auch begehrllicher, auf Ausdehnung vorbereitender und werbenden Weltanschauung ist.

Im neuen Jahrgang des „Universo“ diene diesem Ziel Santi Nava mit den „Verkehrswegen Äthiopiens“ (acht Bilder, fünf Karten), Seite 31, und Domenico Pettena: „Mittelmeer und Levante“ mit typisch geopolitischen Zügen.

Im neuen Jahrgang der „Asiatica“ stehen unter geopolitischen Zeichen: C. C. Majoni: „Der antikommunistische Kreuzzug und Japan“ (Seite 13), die beiden völkerpsychologisch bemerkenswerten indischen Aufsätze von Monindra Mohan

Mulik über neuere Strömungen in der bengalischen Literatur und Carelli: „Alte Denkformen im neuen Indien“, dann eine sehr vorsichtige Besprechung von Frida Utleys „Japan's feet of clay“ von Herzog von Avarna und eine sympathische der Autobiographie Jawaharlal Nehrus von Vismara; im Heft 2 „Das Italienische Reich und die Wirtschafts-Wirklichkeiten des Pazifik“ von Catalano und nicht weniger als vier Japan-Aufsätze von aktueller Bedeutung auf einmal, endlich eine Reihe wirtschaftswissenschaftlicher und agrarpolitischer Besprechungen über China.

Nicht nur in Italien schwillt die Fernost-Literatur zu Bergen. Aber trotz ihrer höchst ungleichwertigen Fülle scheint sich doch auch in China genau so, wie eine Geschlechtsfolge früher in Japan, die Einsicht in breiteren Schichten durchzusetzen, daß es sich selbst helfen muß, wenn es aus seinen gegenwärtigen, unwürdigen Zuständen herauskommen will. Weder der Völkerbund, noch die darin da jetzt ihr Quetschminenspiel betreibenden Sowjetbünde, noch das sich mehr und mehr auf sich selbst zusammenziehende Amerika hilft ihm dabei.

Vorarbeit zu dieser Selbsthilfe geschieht an vielen Stellen; und je weniger Marktschrei sie zu ihrer Aufmachung nötig hat, desto besser ist sie in der Regel. Freilich steht auch dieser mühsamen und sorgfältigen Aufbauarbeit in einer Dürre und Hungersnot für die großen westlichen Binnenländer Szechwan und Shensi ein schwerer Rückschlag bevor. Erste hoffentlich übertriebene Berichte sprechen allein für Szechwan von mindestens sechs vollkommen unterstützungsbedürftigen, jeden Rückhalts beraubten Millionen.

Welche Arbeitstreue gehört unter solchen Verhältnissen dazu, etwa im Stil des „Journal of the Geographical Society of China“ unentwegten Einzelaufbau zu treiben, wie das H. von Wißmann mit seinem gehaltvollen Exkursionsbericht über den Huangshan in Anfui tut, oder auf einem wirtschaftlich umstritteneren Feld Tsung-Ching Chen mit dem Aufsatz: „Petroleum in the Far East“ (Band V, III, No. 4, Seite 27–57, Englisch). Denn das fehlte noch, daß sich die drei Großölkämpfer der Erde um der armseligen 3% Anteils an den Ölreserven der Erde willen, der je in China und Japan liegt, an Ort und Stelle in die Haare gerieten. Da sich die größten Reserven in den westlichen Binnenländern finden, die besonders guten in Sinkiang (Kucha u. a.) bereits in Sowjethänden sind, die Produktion der Südmandschurei aber in japanischen, die Standard Oil in Shensi arbeitet und die Royal Dutch Chinas Markt von Sumatra und Borneo bedient, ist gesteigerte Aufmerksamkeit angesichts der ölpolitischen Dynamik auf Erden gewiß am Platz.

Auch über das Verstädterungsproblem im Fernen Osten sind unsere Leser dauernd im Bild gehalten worden. Wie sehr es in den USA. die Geister beschäftigt, bezeugt William Crane Johnstone: „The Shanghai Problem“ (Pol. Science Prof. d. George Washington Univ., Stanford University Press; Calif.; 3 \$). Sein Buch ist eine der nützlichsten Zusammenfassungen über das abson-

derlichste Großstadtwesen der Erde seit Richter Feethams dreibändiger Monographie. Eine gute Inhaltsübersicht findet sich im „North China Herald“, 1937, S. 128. Wären nicht in Groß-Shanghai ungewöhnlich geschickte und praktische Hände beim Aufbau dieser seltsamen Dreieinigkeits von Städten am Werke gewesen und noch tätig, so wäre sie mit ihrem verbesserungsbedürftigen Sozialgefüge und seinen Arbeitsbedingungen längst unhaltbar geworden. Geopolitisch an dieser Überschau am wertvollsten ist, wie klar die Stadtentwicklung von Shanghai die Geschichte der chinesisch-fremdmächtlichen Beziehungen überhaupt widerspiegelt, in denen mit 1930 eine neue Periode angebrochen sei, freilich durch die Ereignisse von 1932 gebrochen. Vor der Wahl zwischen einer internationalen Konferenz oder einer Gewaltlösung wird immer noch die erste vorgezogen, sei es, daß die Gewalt von chinesischen oder fremden Waffen herkäme.

„Um die Möglichkeit einer Lösung des Shanghaiproblems zu bestimmen, ist es unerlässlich, nicht nur die Fernostpolitik der wichtigsten Vertragsmächte zu kennen, sondern auch deren Beziehungen zu den europäischen Fragen und im besondern ihre europäischen Einreihungen (Parallelismen?) und Verpflichtungen.“ „Die augenblickliche Lage in Europa scheint den Ball in japanische Hände zu werfen, und dort ist er geneigt zu bleiben.“ —

Es ist bemerkenswert, solche Verflechtungen zwischen Schicksalen des Westens und Ostens der Alten Welt von der Neuen Welt, von US.-Amerika aus zugegeben und von Shanghai bekräftigt zu sehen — namentlich für solche, die noch immer nicht begreifen, welchen Sinn deutsch-japanische Rückversicherungen haben und gewinnen können.

Ist schon in China der Gegensatz zwischen dem Ausgleichsdrang des verstädterten Großbürgertums mit seiner kapitalistischen Umwelt und dem immer noch bis zu 75—80% des Bevölkerungsanteils weit überwiegenden Landvolk eines der gefährlichsten Hemmungs- und Reibungselemente, so noch mehr in Indien, wo der Anteil der Landbevölkerung langsam von etwa 89% herabsinkt, wo aber im gegenwärtigen Verfassungskampf die verstädterten Menschen unter Führung Jawaharlal Nehrus die Wahlmaschine handhaben und den Ton angeben.

Nur der Altenteil um Gandhi und vor allem die Islam-Grundbesitzer der Islam-Parteien tragen in Wirklichkeit die Stimme der indischen Erde, nicht, wie die Kongreßpartei großenteils, die Stimme der Babus und der städtischen Schichten.

Da das britische Kernland aber im Namen einer nur mehr zu 8% bodenverhafteten, sonst verstädterten Bevölkerung spricht, wird das Aneinandervorbeireden der Wortführer Englands und Indiens noch verständlicher (vgl. Redestreit zwischen Jawaharlal Nehru und Lord Lothian, u. a. Amrita Bazar Patrika vom 20. 4. 1937, S. 9). Nur verstädterte Menschen können geraume Zeit politisch so im luftleeren Raum arbeiten, wie die Kongreßleute in der bengalischen Ministeriumsfrage. Andererseits wird die Lage nicht einfacher durch die Heimkehr von

50 in freien Hochschulkursen zu Moskau als kommunistische Agitatoren ausgebildeten Studenten nach Indien allein in den letzten zwei Jahren. Es bedarf schon des starken Glaubens von Lord Eden an Moskau, um in solchen Fällen noch Kompromisse für möglich zu halten, während Lord Lothian den Indern scharf die Wahl zwischen proletarischer Revolution im russischen Stil oder faszistischer im italienischen und deutschen Stil an die Wand malt, die beide mit erheblichem Freiheitsentzug schrankenloser Kongreß-Persönlichkeit verbunden sein würden.

Daß es der, sei es in ein paar Jahren nur mehr 80% des Volksbestands umfassenden landständigen indischen Bevölkerung, also zwischen 1940 und 1950 schätzungsweise 320 Millionen, unter einem städtischen Babu-Regime nicht gut geht, ahnt sie bereits. Nur wirkt der in weiten Räumen zu hohe Volksdruck in jedem der drei wichtigsten Monsunländer anders.

In der Prüfung dieser Wirkung nach der praktischen Seite hin steckt Indien — trotz B. K. Sarkars Riesenarbeit — noch in den Anfängen, so klar sich sein gegenwärtiger Vizekönig darüber ist. Ernster schon wird die Frage in China eingekreist; mit welcher Willkür, verrät aber doch die gewiß fesselnde, eigenwillige, von problematischen, wie von brauchbaren Werturteilen wimmelnde Schlagzeilsammlung von Grover Clark: „The Great Wall crumbles“; von Dr. van Bebber im Verlag Goldmann deutsch übersetzt als: „China am Ende?“ Sie gibt, mit einer widerspruchsvollen Ausstattung, fesselnd, aber sprunghaft, echt amerikanisch das Wesen der Erfahrungen eines Mannes wieder, der immerhin von 1910—1917 an der Staatsuniversität in Peking lehrte, acht Jahre Herausgeber des „Peking Leader“, dann fünf Jahre Leiter der „Week“ dort war und zwei Jahre der Internationalen Chin. Komm. gegen die Hungersnot angehörte. Nun wirkt er in unerschütterter Selbstsicherheit wieder in und um New York, mit der Überzeugung, daß „der Westen mit naiver Selbstzufriedenheit und fast kindlicher Beschränktheit an Wissen schreibe und rede, als ob die Geschichte des Abendlandes so ziemlich alles einschliesse, was in der Menschheitsgeschichte von Wichtigkeit ist“ — was nun wirklich wenigstens für Europa nicht mehr zutrifft.

Stark unter us.-amerikanischen Methoden stehend, aber doch mit der aus der Heimat mitgebrachten fast pointillistischen Sachlichkeit geht für Japan Ryoichi Ishii (London 1937, King & Son, 259 S. 12½ Sh.) das Problem an: „Population pressure and economic life in Japan.“ Leider fehlt ihm die Fühlung mit der ganzen deutschen Japan-Arbeit. Um nur einige zu nennen: Baelz, Kämpfer, Nachold, Siebold, Wedemeyer, die ganze Arbeit der deutschen Volkswirtschaft mit dem japanischen Wanderdruck (die ihn zuerst aufgriff!): Alles das scheint ihm unbekannt. Aber, wie der amerikanisierte Japaner selbst sein Bevölkerungsproblem statistisch sieht, das geht aus Ryoichi Ishiis Sammelarbeit deutlich hervor, wenn er auch seine Zahlen mehr statisch als dynamisch auswertet, auch da, wo jüngstes Material schon bekannt ist, so beim Einwanderungsfehlschlag in die Mandschurei, so beim

Übergangszustand der südmandschurischen Eisenbahnzone in das Gesamteinwanderungsgebiet der Mandschurei.

„No war-time devotion or racial loyalty, no government stimulation can permanently dislodge a great mass of the population in opposition to their individual desires.“ Ist es Ishiis private, im Anschluß an Fairchilds „Immigration“ gewonnene Überzeugung oder vorausgenommene gesamtjapanische Erfahrung mit Rückwendung zu den warmen Meeren, die aus diesen wichtigen Zeilen spricht? (S. 206.) (Vgl. auch „Japans Life-Line in the South Seas“, Peoples Tribune, Shanghai, Mai 1, S. 163—171 — im chinesischen Licht!).

Trifft sie zu, so wäre sie offenbar sowohl für die Kolonialmächte alten Stiles, die ihre leeren Reserveräume nicht mehr zu füllen vermögen, als auch für die Mächte der Erneuerung mit zu wenig Raum und zu hohem Volksdruck eines der wichtigsten Ziele ihrer Aufmerksamkeit.

Bemerkenswert ist ja auch, daß sich die Wanderung der Koreaner nach Japan vom 1. 10. 1920 bis 1. 10. 1930 verzehnfacht hat und etwa ein Seitenstück zu der stillen tschechischen Eroberung von Wien, allerdings unter teilweiser Eindeutschung vor dem Kriege war.

Die fleißigen Hände streben dem Hochlohngebiet zu, wenn sie nicht gewaltsam verhindert werden; und es ist die große Kunst des aussendenden Gebiets, ihnen die Heimat, trotz ihrem Volksdruck, so lieb und wert zu machen und zu erhalten, daß sie ihr die gewonnenen Glücksgüter, wie etwa die Italiener in Südamerika, die meisten Übersee-Chinesen und -Japaner, aber auch die Koreaner in Japan als Ersparnisse und Familienhilfe wieder zuströmen lassen.

Freilich vertraut der Japaner den Koreanern gegenüber auf die durch zweieinhalb Jahrtausende bewährte einschmelzende Kraft seines Blutes und seiner Rasse.

Darin, daß dieses Vertrauen nicht trügt, liegt ein entscheidendes Schwergewicht für jeden, der es hat, im ewigen Ringen von Blut und Boden; nächst den japanischen Erfahrungen im indopazifischen Raum werden nun für unsre deutsche Geopolitik und Rassenkunde die neuen Erfahrungen Italiens, auch seine schon begonnene Rassengesetzgebung für Äthiopien von weitgehender Bedeutung sein und auch in der „Geopolitik“ dauernd verfolgt werden müssen. Zunächst kommen dafür die Kriegswerke von de Bono und Badoglio in Betracht. (Pietro Badoglio: „Der Abessinische Krieg“, ebenso wie Emilio de Bono in schöner deutscher Ausgabe. München, C. H. Beck erschienen: ein verdienstlicher Zugriff des rührigen Verlags!)

Langsam — nachdem die Generale und Marschälle: de Bono, Badoglio und Graziani zu den wehrgeopolitischen Erfahrungen gesprochen haben — lichtet sich auch das Urteil darüber, wie es mit dem kultur- und wirtschaftspolitischen Verhältnis von Aufwand und Ertrag bei dem so jäh erweiterten italienischen Afrika-reich am Indischen Ozean stehen wird. Dafür scheint uns eine Auseinandersetzung

der vorzüglich geleiteten Zeitschrift der R. Societa Geografica Italiana (S. 305 bis 311) mit dem Aufsatz von G. Kowalewskij über „Höhengrenzen der Kulturpflanzen in Äthiopien“ (Russ., Z. d. Russ. Geogr. Ges. Bd. LXVIII, 1936, H. 1, S. 70—79) von führender Bedeutung.

Wir stoßen darin auf Gleichläufigkeiten mit den Forschungen von Scharfetter, Graz, über den Wert pflanzengeographischer Forschungen für anthropogeographische und geopolitische Einsichten. Gerade aus dem Erreichen so ungewöhnlicher Höhenlagen, wie in N. O. Äthiopien zieht K. den Schluß, daß das koloniale Neuland Italiens überhaupt der älteste Kulturträger Afrikas gewesen sein müsse, von dem aus die Kulturpflanzen erst Ägypten erreicht hätten. Fesselnde Vergleichsbeobachtungen mit Südamerika (Peru), mit Hochasien (Tibet u. a.) suchen in Äthiopien die Wiege der großkörnigen, winterharten Weizenarten, der Durra, Mohrenhirse, des Tefgetreidegrases u. a. m. Wo einmal ein so hoch entwickeltes Frühkulturzentrum seine Kulturpflanzen in solche Höhen trieb, da muß entsprechende Pflege wieder eine solche Blüte herbeiführen können; nichts spricht dagegen, daß auch die dem Italiener geläufigen Mais- und Reiskulturen, wie in Peru, bis an 3000 und 2600 m Höhe herangetrieben werden. Danach ist ein Hochland von 600 000 Quadratkilometer mit 12 Millionen Einwohnern weit untervölkert, trotz allen Temperaturumschlägen der Massenhaftigkeit der Niederschläge und der Verschiedenheit der Regenmenge, die für Addis Abeba 1259 mm. — (von denen aber allein im Juli und August 597 mm fallen!) — für Kaffa 2500 mm beträgt. Auf der Basis der bis 2300 m steigenden Tropenpflanzen wird eine höchst bemerkenswerte agrargeographische Pyramide entworfen, innerhalb deren z. B. die Gerste von 1800 optimal bis 3700 m steigt. Es wäre unrichtig, wegen politischer Gegensätze die wissenschaftliche Arbeit der Sowjetinstitute auch mit fremdem Kolonialbesitz zu unterschätzen.

Jedenfalls tut man es in Italien nicht, wo man sich gern auch von dort her die Dauerwerte neuen Besitzes bestätigen läßt.

Die Frage der Hauptstadtwahl für Äthiopien wird in der italienischen Presse angespielt. Addis Abeba, nebenbei unerfreulicher neuer Erinnerungen voll, erregt Bedenken wegen seiner Höhenlage (2400 m, 7000 F.). Zwei Stationen der Djibuti-Addis-Abeba-Bahn, Akaki und Mojo, Ambo im Westen von Addis Abeba, Dessie und Erga Alem in Sidamo werden vorgeschlagen, davon die beiden letzten an vorderster Stelle. Es gab aber eine überzeugende Hauptstadtfrage für Abessinien, das in seiner Geschichte ein vielfaches Pendeln des Machtschwerpunkts erlebte. Aksum als heilige Stadt, Gondar, Harrar spielten leitende Rollen; erst spät trat Addis Abeba in den Vordergrund. Unsicherheit der Schwerpunktslage und schwankender Umfang, der in seinen weitesten Erstreckungen bis an den Nil im Westen (Meroe) und bis nach Südarabien (Mekka) reichte, sind Kennzeichen der abessinischen Staatsbildungen gewesen, die legendenmäßig bis etwa 950 v. Chr. zurückreichen.

Wer in Italien die Feste des 9. 5., der Jahreswiederkehr der Kaiserproklamation miterlebte, weiß, welche Hoffnungen das afrikanische Kolonialreich umschweben. Am gleichen Tag aber warnte Marschall Graziani in Addis Abeba nach der Parade davor, in Äthiopien nun ein Land zu sehen, in dem Milch und Honig fließe: „Wohl ging die Eroberung blitzartig; aber Jahrfünfte und Jahrzehnte werden vergehen, sie zu verfestigen und auszuwerten... Dies ist kein Land, wo Reichtümer schnell zu gewinnen sind, sondern ein Land des harten Pflügens.“ Nur dann können die Ziele für kommende Geschlechter erreicht werden, zu denen der Duce den Weg gewiesen habe.

Auch im eigentlichen gelobten Land aber fließt alles eher als Milch und Honig auf die zurückgeschnittene Einwandererquote, und mehr Blut, als in einem ordentlichen Mandatsbetrieb vergossen werden sollte; ganz abgesehen von den hundertweise abgeschnittenen jungen Orangenbäumen, die nun wirklich nichts für den Unfrieden unter den Menschen gerade in dem Lande können, wo der Friede den Menschen auf Erden in der ergreifendsten Form gepredigt worden ist und der Mandatinhaber sich soviel darauf zugut tut.

Aber die Spannungen im Palästina Mandat, die doch wahrscheinlich mit einer Dreiteilung endigen, die niemand befriedigt, sind ja nach Raum und Volkszahlen geringfügig [trotzdem drüben die Millionen des benachbarten Arabertums, hüben die allerdings zerstreuten, aber mit fast 3 000 000 um New York konzentrierten, annähernd zahlgleichen Millionen des Weltjudentums dahinterstehen], wenn man sie mit den Indischen Spannungen vergleicht, die auch peinliche Schatten in die Krönungsfreude des Empire warfen. Ihre Schwere zu prüfen sind zur rechten Zeit zwei ausgezeichnete Werke erschienen: George Dunbar — (von Heinrich Zimmer, Heidelberg, vollendet übersetzt: „Geschichte Indiens“ (History of India from the earliest times to the present day), München-Berlin 1937, Oldenbourg, und Benoy Kumar Sarkar: „Creative India“, Lahore, Motilal Banarsidass, 1937, Saidmithia Str.

Wer sie beide nebeneinander liest, der hat von Indien als volkspolitischer, körperlicher und geistiger Persönlichkeit etwa denselben Eindruck, wie wenn er von einer menschlichen sämtliche Bilder der äußeren Erscheinung von Jugend auf in vorzüglichen Lichtbildern mit einer vollendeten Sammlung von körperlichen und seelischen Röntgenaufnahmen vergleichen könnte, mit einem Einblick in die volkspolitische und rassische schöpferische Leistungsfähigkeit, wie wir sie bisher schon für den einzelnen Menschen und sein Verhältnis zu Blut und Boden kaum gewinnen können. In dem Zusammenhang und der Zusammenschau beider Bücher steckt ein ungeheurer völkerpsychologischer Wert. Es ist eine Ehre für die englische Sprache, daß sie beide zuerst in ihr erschienen, obwohl ihr Ergebnis die britische Herrschaft in Indien „british raj“ schwer gefährdet. Man könnte fragen, ob nicht jene lichtvolle Überschau vergangenen und künftigen Lebens darin

liege, die man dem Menschengestalt vor einem großen Wandel seiner Körperlichkeit zuschreibt: zwischen „Furcht und Hoffnung“. Jedenfalls ist solche Zusammenchau, im einen Fall für RM. 10,50, im andern für 15 Rupien erreichbar, dem geopolitisch in die Tiefe schürfenden Forscher ein unverhofftes, weit über seinen Preis wertvolles Geschenk. Hier kann er „in die Tiefe steigen, soll sich ihm das Wesen zeigen“.

Wir können viel, freilich mehr Warnung als Vorbild von Indien lernen.

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

„Wenn England zu Felde zieht“

Ist Geopolitik auch als Wissenschaft jung, so ist sie praktisch so alt wie der Kampf der Völker um Lebensrecht und Lebensraum. Darum sind alle großen Feldherren praktische Geopolitiker gewesen; ihre strategischen Betrachtungen sind durchweg eine Fundgrube geopolitischer Erkenntnisse. In den Lehren vom Kriege, die die einzelnen Völker entwickelt haben, hat sich demzufolge auch ihr geopolitisches Schicksal seinen strategischen Ausdruck geschaffen.

Die Kriegslehre von Clausewitz, vom absoluten Krieg und von der großen Entscheidungsschlacht zur Vernichtung des Gegners ist für Deutschland entscheidend geworden. Sie ist nur aus der spezifischen geopolitischen Lage Preußens—Deutschlands zu verstehen. Und doch ist der Einfluß von Clausewitz nicht auf Deutschland beschränkt geblieben, sondern gerade Frankreich und auch England wurden von seiner Lehre erfaßt und beherrscht. So gründete Foch seine Kriegslehre durchaus auf Clausewitz, nur daß er sie außerordentlich übertrieb, übertrumpft darin noch von seinen Schülern „in einer geradezu abenteuerlichen Weise“. Auf diese Erscheinung hat jetzt mit diesen Worten der bekannte englische Militärschriftsteller Liddell Hart in seiner Schrift „When Britain goes to War“¹⁾ aufmerksam gemacht. Er ist davon überzeugt, daß gerade England von den Clausewitzschen Gedankengängen in der Vorkriegszeit wie von einer Modeströmung erfaßt worden ist und daß dazu noch der französische Einfluß von Foch und seinen Schülern hinzukam. Nach seinem Urteil ist das für England verhängnisvoll geworden, denn damit gab es die altüberlieferte erfolgreiche britische Politik auf. Im letzten

Kriege, so führt Hart aus, verkündete das englische Volk seinen Willen, bis zum Ende durchzufechten, bis zum Niederschlag des Gegners. Es kämpfte solange, bis der deutsche Widerstandswille unter dem vereinten Druck verschiedener Kräfte erschöpft war. Schließlich aber gab es weder Sieger noch Besiegte, und noch heute leidet England schwer unter den Folgen dieses Sieges, der nicht allein seinen Körper, sondern vor allem seine Seele zermürbt hat.

Zu solcher Art der Kriegsführung, wie sie England im Weltkriege anwandte, steht aber — und das ist Harts Grundgedanke — in schroffem Widerspruch die große Strategie, durch die das „Immer Größere Britannien“ wurde, die Strategie, die mittelbar kämpfte, und damit in den überlieferten britischen Formen, die dem englischen Wesen entsprechen. Hierzu gibt Hart einen Überblick über die Entwicklung dieser englischen Strategie von einst. Als das Grundgesetz ergibt sich, daß England immer wieder mit mittelbarer Taktik und Strategie seine Siege erringt und sein Weltreich auf- und ausbaut. An den Kämpfen auf dem Festland pflegt sich England nur mit beschränktem Einsatz zu beteiligen und durch mittelbaren wirtschaftlichen Druck reichen Gewinn zu erzielen. So ist es in den Kämpfen Englands gegen Spanien, gegen Holland, gegen Frankreich. Mit Recht sei, so sagt Hart, z. B. der Spanische Erbfolgekrieg „der kaufmännisch vorteilhafteste von allen Kriegen“ genannt worden. In der Art, wie der ältere Pitt die englische Politik und Kriegsführung im Siebenjährigen Krieg leitete, erkennt Hart „die überlieferte britische Kampfweise in ihrer reinsten Form“. Auch gegen Napoleon wandte England sein mittelbares Kampfverfahren erfolgreich an; zu Lande bekämpfte England Frankreich im wesentlichen „by lending sovereignty to Sovereigns“. Napoleon wurde zur Abdankung gezwungen,

1) In deutscher Übersetzung 1936 erschienen bei L. Voggenreiter, Potsdam: „Wenn England zu Felde zieht.“

ohne daß ein britisches Heer den Hauptkriegsschauplatz hatte betreten müssen.

Auf Grund dieser geschichtlichen Tatsachen kommt Hart zu einer Kennzeichnung der englischen Kriegsführung, die auf die romantische Verklärung und idealistische Verbrämung, wie sie in England üblich ist, keine Rücksicht nimmt. Hart bezeichnet sie als „geschäftsmäßig“ und verwirft die Selbsttäuschung, in der die Engländer im 19. Jahrhundert über ihre Kriegspolitik lebten, als verhängnisvoll, denn das englische Volk hat sie mit den Opfern des Weltkrieges bezahlen müssen. Verblendet von der Clausewitzschen Lehre gab England seine überlieferte Strategie auf und ließ sich zu einer umstürzenden Neuerung herbei, als es im Weltkrieg ein riesiges Heer aufstellte und die Hauptkraft zum unmittelbaren Angriff auf dem Hauptkriegsschauplatz einsetzte. Es lag in der Macht Englands, anders zu handeln; dann hätte England auch die Kraft gehabt, Deutschland einen wahren Frieden zu vermitteln.

Als seine Aufgabe erfaßt es Hart, Grundsätze einer Kriegsführung zu entwickeln, die er zu seiner „Neuschöpfung der Strategie“ zusammenfassen will. Überraschung und List sind ihm die feineren Künste der Strategie, die er allzusehr vernachlässigt findet, wofür er auch Clausewitz und seine Jünger verantwortlich macht. Entsprechend den Überlieferungen der englischen Kriegsführung setzt er sich für eine Strategie des beschränkten Zieles ein, die auf eine planmäßige, allmähliche Schwächung des Gegners hinarbeitet und auf gewagte Schläge, wie sie Clausewitz fordert, verzichtet. Hart will von der Lehre, die Clausewitz verkündet hatte, daß die Schlacht einziges Ziel der Strategie sein müsse, und Blut der Preis des Sieges sei, nichts wissen. Ganz im Gegensatz dazu tritt er die Auffassung, es bedeute eine Vollendung der Strategie, wenn die Entscheidung erzwungen werden könne, ohne daß es überhaupt zu einem Kampf der Waffen kommt, wenn der Gegner durch andere Mittel dazu gezwungen wird, die Waffen niederzulegen.

Aus der Vertiefung in die überlieferte englische Kriegsführung kommt Hart zu solcher „Neuschöpfung der Strategie“, die eine Absage an Clausewitz und seine Schüler darstellt. In dieser Fassung des Krieges durch Hart findet der englische Volkscharakter seine militärpolitische Ausdrucksform. Mit Recht hat Herbert von Borch in seinem Aufsatz „Zum Kriegsbegriff der Nationen“ (Europäische Revue, Januar 1937) hervorgehoben, daß diese englische Lehre vom Krieg, wie sie Hart im Gegensatz zu Clausewitz aufgestellt hat, wesensmäßig der englischen Welt-

anschauung entspricht: „England hat in seinem Denken, soweit es wirklich selbständig ist, jene Kategorien entwickelt, die erkenntnistheoretisch als Positivismus, moralphilosophisch als Utilitarismus, sozialphilosophisch als Liberalismus auftreten, und denen die gleiche begriffliche Apparatur zugrunde liegt, die im wesentlichen aus der Generalisierung englischer Lebens- und Welterfahrung entstanden ist. Alle diese Elemente finden sich auch in dem britischen Begriff des Krieges.“

Aber diese Deutung darf, so richtig sie auch ist, nicht die geopolitischen Voraussetzungen übersehen, die solche englische Kriegslehre und Kriegsführung möglich machten. Erst die Insellage Englands hat die Grundlagen geschaffen, die es ihm ermöglichten, im Gegensatz zu der Lehre von Clausewitz erfolgreich Kriege mittelbar und geschäftsmäßig zu führen. England brauchte keinen Clausewitz, solange es eine Insel war. Deutschland muß nach Clausewitz leben, weil es in der Mitte Europas liegt, zwischen West- und Osteuropa, und es nur durch gesammelte Anspannung all seiner Kräfte seine Unabhängigkeit und Freiheit bewahren kann.

Aber die geopolitischen Verhältnisse eines Landes sind keine feste, unveränderliche Größe; sie hängen in außerordentlich hohem Maße von dem Stand der Kriegstechnik ab. So wie das Dampfschiff und die Eisenbahn im 19. Jahrhundert neue Verkehrs- und damit Raumverhältnisse geschaffen haben, so hat in unserem Jahrhundert das Flugzeug nunmehr zu einem wahren Umsturz der geopolitischen Grundlagen Europas und der Welt geführt, der auch neue strategische Voraussetzungen schafft. Eine der wichtigsten Tatsachen für Europa ist, daß England infolge der Entwicklung der Luftwaffe aufgehört hat, eine Insel zu sein. Das hatte schon Englands Ministerpräsident Baldwin begriffen, als er 1934 jenes oft wiederholte Wort sprach, Englands Grenzen lägen nicht mehr auf den Kreidefelsen Dovers, sondern am Rhein. Das gewaltige Aufrüstungsprogramm, das England in den nächsten fünf Jahren ausführen will, ist die militärpolitische Folgerung aus der geopolitischen Veränderung, die sich mit England vollzogen hat. Darum hat aber auch die Stunde für jene altüberlieferte mittelbare Strategie geschlagen, die Liddell Hart für England bewahren möchte, denn sie fußt auf dem Inselcharakter Englands. Das enge Zusammengehen Englands mit Frankreich 1936 und 37 und die Bemühungen beider Staaten, Belgien durch Generalstabsbesprechungen in englisch-französische Kriegspläne zu verwickeln, sind die diplomatisch-strategischen Folgerungen, die Englands Staatsmänner und Militärs

aus dieser Entwicklung gezogen haben, allerdings von der grundfalschen Voraussetzung aus, daß Deutschland Angriffsabsichten im Westen hege. Die englische Strategie steht in der Gefahr, so wie schon einmal in den letzten Vorkriegsjahren, in die Netze französischer Pakt- und Kriegspolitik hineingezogen zu werden. Durch den Abschluß des deutsch-englischen Flottenvertrages hat Deutschland schon 1934 England gegenüber seine Absicht friedlicher Verständigung bewiesen und auf eine Rückkehr zu der Vorkriegsflottenrivalität verzichtet. Auch in seiner Außenpolitik handelt das neue Deutschland gemäß den

Grundanschauungen von Clausewitz, der in seiner Bekenntnisdenschrift 1812 den Satz prägte: „Ich glaube und bekenne, daß ein Volk nichts höher zu achten hat als die Würde und Freiheit seines Daseins, daß es diese mit dem letzten Blutstropfen verteidigen soll.“ Und erst in diesem Sinne war ihm der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. So kann auch der englische General Fuller in seiner Arbeit „Der totale Krieg“ feststellen, daß die Lehren von Clausewitz heute noch gültig sind, und erklären: „Was tat Hitler, als er an die Macht kam? ... Er griff unmittelbar auf Clausewitz zurück.“ *P. Hartig.*

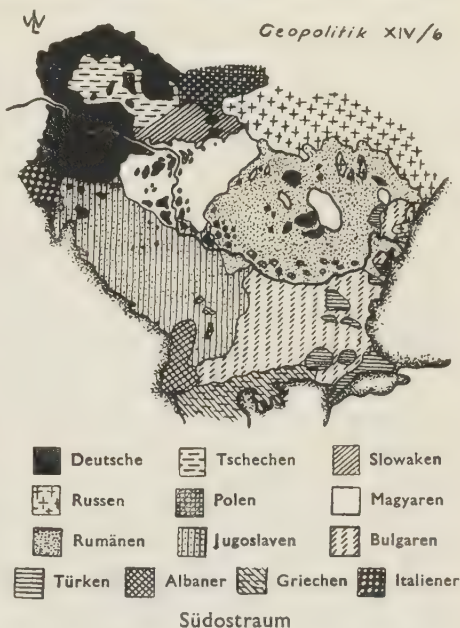
GOTTFRIED HOBUS:

Die Raumkameradschaft der Südostvölker II

Anders ist das Bild der Völkerkarte. Da sehen wir zuerst einmal, daß das große deutsche Siedlungsgebiet Mitteleuropas weit über die Randgebirge des böhmischen Beckens und des Marchtals hinübergreift. Damit ist die rein raumtektonische Feststellung bestätigt, daß es sich hier um keine Trenn-, sondern um Brückengebirge handelt. Deutsche und Tschechen stehen sich im böhmischen Raum und im Marchbecken mindestens im Verhältnis von 1:2 gegenüber. Wir können ferner feststellen, daß ursprünglich kein Tscheche das Trenngebirge der Weißen Karpaten nach Osten überquert hat. Die südlich der böhmischen Masse vorgelagerten Donaubecken sind rein deutsch. Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet reicht längs der Donau bis an die Raab. Eine große deutsche Sprachinsel findet sich dann im ungarischen Mittelgebirge vom Plattensee über Budapest bis an die Karpatenausläufer, eine zweite scharft sich um den Donaulauf und den Unterlauf der Theiß im Süden der Ungarischen Tiefebene bis fast nach Belgrad. Das Madjarentum bleibt im Norden der Ungarischen Tiefebene geschlossen im Flachland und überläßt das Gebirge mit Ausnahme der äußersten Vorberge ausschließlich den Slowaken und weiter östlich den Ruthenen. Dagegen greift es mit Inseln tief nach Siebenbürgen hinein, die sich um und östlich von Klausenburg sowie nordöstlich von Kronstadt besonders masieren. Andererseits dringt auch das Rumänentum mit Inseln in die Ungarische Tiefebene vor. Schließlich kommt noch in Siebenbürgen das Deutschtum mit ganz starken geschlossenen Siedlungen hinzu, die sich im Raum von Hermannstadt bis Schäßburg, im Burzenland und im Nösnerland zusammenballen. Im Nordbogen der Karpaten ist das Durcheinander der Völker nicht viel besser. Den westlichen Hauptteil bis Ungvar besetzen die Slowaken in einem geschlossenen Siedlungsraum mit eingesprengten deutschen Siedlungsinselfn (Zips usw.). Von Norden fließen die Polen, weiter östlich die Ruthenen über die Raumgrenze im Brückengebirge hinüber. Im ruthenischen Teil des nördlichen Karpatenbogens sind ebenfalls verschie-

dene kleine deutsche und auch rumänische Siedlungsinseln zu finden. Von verhältnismäßiger Geschlossenheit ist dagegen das der Ungarischen Tiefebene ange-schlossene südslawische Siedlungsgebiet. Im Gegensatz zum Norden kommen hier die Madjaren nicht bis an das Gebirge heran, hier dringen die Südslawen, besonders in der Südwestecke, weit in die Tiefebene vor. Die Geschlossenheit der slawischen Siedlung wird hier durch madjarische, starke deutsche und auch rumänische Siedlungsinseln unterbrochen, und südslawische Inseln springen auf das geschlossene rumänische Gebiet hinüber. Stärkere deutsche Siedlungsinseln sind auch im slowenischen Gebiet zwischen Fiume und Marburg. Nicht viel klarer ist es in der Walachei. Von Süden dringen die Bulgaren in vielen Siedlungsinseln über die Donau bis zur Grenze des russischen Raumes hin, wo sie sich mit den Kleinrussen treffen, die im Norden über die Raumgrenzen strömen. Die Rumänen kommen nur in der Dobrudscha an das Meer. An der übrigen Nordgrenze des Raumes treten westlich zuerst Ruthenen, dann weiter östlich Kleinrussen in geschlossenen Spitzen und Siedlungsinseln über. Dazwischen sind auch hier wieder deutsche Siedlungen eingesprengt. Bekannt ist die Verzahnung zwischen dem südslawischen, dem bulgarischen und dem albanischen Siedlungsgebiet, besonders in Makedonien. In Thrakien sind Bulgaren, Griechen und Türken in Siedlungsinseln durcheinander gemischt.

Man kann mit Recht sagen, daß ein derartiges Gewirr von Völkern in einem einzigen Raum, zum mindesten in Europa, eine allein dastehende Erscheinung ist. Nicht nur, daß aneinandergrenzende Völker sonst kaum in einer derartigen Form miteinander verzahnt sind — hier setzt sich die gegenseitige Durchdringung weit über die Volksgrenzen hinaus in die einzelnen Siedlungsgebiete fort, und meist sind in den Mischgebieten nicht nur zwei benachbarte Völker, sondern eine ganze Reihe von Nationen — manchmal bis zu zehn — vertreten. Trotzdem haben wir es in diesem Raum mit lebensstarken, artbewußten, widerstandsfähigen Nationen zu tun, nicht mit müden Mischlingsvölkern. Das ist die wichtigste Erkenntnis über die zweite Komponente des Raumes, den Menschen. Sie enthüllt die Dynamik des Blutes, die zu der Dynamik des landschaftlichen Raumes hinzutritt.



Eine der urtümlichsten Beziehungen zwischen Boden und Mensch ist die Wirtschaft. Dieses Wechselverhältnis tritt besonders beim Problem des Gütertransportes vom Erzeuger zum Verbraucher in Erscheinung. Da die Transportkosten bis auf wenige Ausnahmen den am meisten ausschlaggebenden Kostenanteil bilden, sucht die Ware immer den billigsten Transportweg, der immer der natürliche ist, weil er die wenigsten Hindernisse bietet. Darum hat das natürliche Wegenetz eines Raumes für dessen Wirtschaft eine grundsätzliche Bedeutung, die aber erst zu erkennen ist, wenn die Kraft des Raumes sich „äußern“ kann, d. h. der Wirtschaftsweg aus dem betreffenden Wirtschaftsraum heraustritt. Jedes Stück Wirtschaftsgut ist beim Grenzübertritt eine Kraftäußerung des Raumes. Die Kraftlinien eines Raumes erhalten demnach durch die Wirtschaft ihren lebendigen Ausdruck. Diese selbstverständliche Harmonie zwischen Raum und Wirtschaft, in der sich natürlicher Weg und Wirtschaftsweg völlig decken, ist eine Erscheinungsform der Raumwirtschaft, die für den Südosten angesichts seiner natürlichen Raumstruktur besonders wichtig ist.

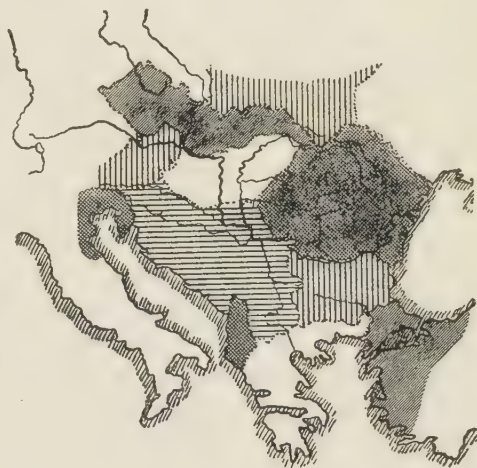
Ist für die Bewegung der Wirtschaftsgüter die äußere Gestaltung des Raumes ausschlaggebend, so hängt die Eigenart der Wirtschaftsgüter vom inneren Gehalt des Raumes — von den Bodenschätzen, den kulturfähigen Böden, aber auch von den Menschen — ab. Hierbei spielt das Blut die ausschlaggebende Rolle. Es ist ein grundlegender Unterschied, ob ein Deutscher, ein Tscheche, ein Slowake, ein Madjare, ein Ruthene oder sonst ein Angehöriger der vielen Völker dieses Raumes denselben Rohstoff verarbeitet. Immer wird etwas anderes herauskommen. Und zwar werden sich die Arbeiten je mehr voneinander unterscheiden, desto mehr die einzelnen Völker sich ihre Eigenart erhalten haben. Je reiner und artbewußter ein Volk geblieben ist, desto eigenartiger und ausgeprägter muß das Erzeugnis seiner Arbeit sein. Damit gewinnt die ungeheuere Vielfältigkeit der Völker im südosteuropäischen Raum ein anderes Gesicht. Das, was sich zuerst als eine besondere Schwierigkeit dieses Raumes herauszustellen scheint, offenbart sich als ein besonderer Reichtum, denn diese Vielfalt setzt den Südosten instand, eine Fülle eigenartigster Wirtschaftsgüter zu erzeugen.

Das Verhältnis zwischen Boden und Mensch gibt also einerseits durch die Dynamik des Blutes der Wirtschaft dieses Raumes eine besondere Vielseitigkeit und Eigenartigkeit und damit eine gesteigerte Kraft, andererseits erfährt die Wirtschaft durch die Dynamik des Bodens infolge der idealen Zusammenballung zu einer einzigen starken Raumkraftlinie noch eine weitere Kraftsteigerung. Es sind also gerade in diesem Raume zweifellos ganz besonders günstige Vorbedingungen zu wirtschaftlichen Sonderleistungen vorhanden.

In diesen Raum hinein kommen nun die Gedanken des französischen Liberalismus von freier Wirtschaft und demokratischem Nationalstaat. Das bedeutet: Wenn das persönliche Gewinnstreben dort zur einzigen wirtschaftlichen Triebkraft erhoben wird, wo die Zusammenballung aller Kräfte in eine Linie von Natur gegeben ist,

so muß die Dynamik des Raumes ausgeschaltet werden. Wenn der demokratische Nationalstaatsgedanke dort verwirklicht wird, wo sich die Völker derart durcheinandergewirbelt, aber nicht miteinander vermischt haben, so muß die Dynamik des Blutes verlorengehen. Der südosteuropäische Raum begibt sich also aller seiner Sondervorteile, mit denen ihn die Natur ausgestattet hat. Der sich von der Natur entfernende, raumgelöste Einzelligkeitsgedanke französischen Ursprungs konstruiert mit der ihm eigenen mathematischen Ausrichtung auch hier die Staaten nach durchaus mechanischen Prinzipien, er macht diesen Raum gleich mit der übrigen Welt.

Messerscharf schneiden die künstlichen Grenzen durch den Raum: sie trennen, was zusammengehört und halten wie Fesseln zusammen, was niemals zueinander kommen kann. Mitten durch deutsches Siedlungsgebiet hindurch läuft die Südgrenze von Böhmen und Mähren gegen Österreich. Mitten durch madjarisches Siedlungsgebiet hindurch läuft die Südgrenze der Slowakei und Karpatorußlands. Dagegen läuft mitten durch den neuen Staat die natürliche Scheide der Karpaten zwischen Mähren und der Slowakei. Stark läuft die Raumkraftlinie der Elbe in den mittel-



Südostraum. Staaten

europäischen Raum. Der Tscheche setzt hier seine Macht ein und biegt diese Linie um nach dem Westen. Tausendfältig sind die Brücken über die Grenzgebirge in den mitteleuropäischen Raum. Die Schranken der Grenze sperren sie. Uralt, sogar älter als die Tschechen, ist der Durchzugsraum der March zwischen Donau und Oder. Die Tschechen verbarrikadieren ihn im Nordosten gegen den mitteleuropäischen Raum und im Südwesten gegen Österreich. Slowakei und Karpatorußland sind in der Ebene Teilgebiete und im Gebirge Anschluß- und Ergänzungsgebiete der Ungarischen Tiefebene, außerdem haben sie ihre Brückenfunktion nach Polen hin. Die Tschechen errichten hier einen hohen Bretterzaun gegen die ungarische und polnische Wirtschaft und haben die unverbrüchliche Absicht, aus den Karpatenländern eine Ergänzungswirtschaft zu den Sudetenländern zu machen — über die Naturscheide hinweg! Die Dynamik des Raumes hat sich dieser Staat jedenfalls an keiner Stelle zunutze gemacht.

(Fortsetzung im nächsten Heft.)

FRANK H. SCHMOLCK:**Der Panamerikanismus von Amerika aus III****Zur interamerikanischen Konferenz in Buenos Aires****2. Der wirtschaftliche Panamerikanismus**

Der politische Panamerikanismus ist aber nur die eine Seite des gegenwärtigen Ideals Amerikas. Ihm entspricht die andere Seite des wirtschaftlichen Panamerikanismus, dessen Trieb- und Gestaltungskraft nicht unterschätzt werden darf.

Man könnte diese Aufteilung eines Ideals oder einer Tendenz in zwei Seiten von der Hand weisen, wäre nicht der wirtschaftliche Panamerikanismus eine bedeutend jüngere Erscheinung als der politische. Er beginnt nicht mit den politischen Unabhängigkeitserklärungen von vor hundert Jahren, sondern er entstand erst während und nach dem Weltkrieg, teilweise durch die Probleme, vor welche die Kriegslieferungen und nachher die Wirtschaftskrise nach dem Krieg die lateinamerikanischen Rohstoffländer gestellt haben, teilweise ist er aber auch nur ein Ei, das die Yankees in das lateinamerikanische Nest gelegt haben, und von dem die letzteren anscheinend noch gar nicht wissen, was sie da ausbrüten.

Wenn nämlich der Laie im Programm der Bonarensen Konferenz liest: „Koordinierung der interamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen“, so entnimmt er daraus, daß die Handelsbeziehungen zwischen den amerikanischen Ländern besser und enger gestaltet, besser ausgeglichen, erleichtert, vereinfacht, vereinheitlicht werden sollen. Und ist er Lateinamerikaner, so denkt er daran, daß er nun vielleicht einen Vorteil haben und die Erzeugnisse seiner Landwirtschaft oder beginnenden Industrie im Nachbarland besser absetzen kann. Bei näherem Zusehen aber verflüchtigt sich dieses Bild, und es stellt sich heraus, daß es in Amerika kaum andere Wirtschaftsbeziehungen gibt als die von zwei Gruppen, von welchen die eine sich aus den lateinamerikanischen Landwirtschafts- und Rohstoffländern zusammensetzt, die andere einzig und allein aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Kanada scheidet auch hier ziemlich aus) besteht.

Die Wirtschaftsbeziehungen der lateinamerikanischen Länder unter sich sind außerordentlich gering, da kaum eines etwas von dem braucht, was das andere hervorbringt. Schon als man 1934 auf der Mittelamerikanischen Konferenz erwog, Mittelamerika zu einem Zollverein zusammenzuschließen, stellte sich heraus, daß das Fallen oder Bestehenbleiben der inneren Zollgrenzen fast ohne Belang war, weil der inter-mittelamerikanische Handel jeweils nur einen ganz unwesentlichen Teil des Außenhandels jeder der fünf Republiken ausmacht. Ebenso ist es im inter-lateinamerikanischen Handel. Zwar schickt Mittelamerika etwas Kaffee nach Chile und Argentinien, Chile etwas Wein und Argentinien etwas Mais nach Mittelamerika usw., aber all diese Beziehungen sind so geringfügig, daß sie kaum der Rede wert sind. Die lateinamerikanischen Länder sind alle Rohstoffländer, deren Wirtschaft in

der großen Hauptsache auf der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach Europa und Nordamerika basiert. Allerdings sind sie, nachdem mehrere europäische Länder ihre Einfuhr aus Lateinamerika beschränkt haben, jetzt vor die Aufgabe gestellt worden, die verlorenen europäischen Märkte durch andere zu ersetzen, und sich irgendwie zu organisieren, um Preise und Absatz zu halten. Zu diesem Zwecke haben die amerikanischen Länder, bzw. die Interessenten — auch ohne Panamerikanismus — begonnen, sich unter sich zu verständigen, auf Konferenzen zu verhandeln, oder sich an im Ausland stattfindenden Konferenzen zu beteiligen; so z. B. an Kaffee- und Zuckerkonferenzen, Getreidekonferenzen, Silberkonferenzen, meist internationaler Art und unter Beteiligung von Europa.

Für Lateinamerika bildet Nordamerika einen Absatzmarkt seiner Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte, der allerdings um so wichtiger geworden ist, je schlechter die europäischen Märkte wurden. Nordamerika braucht einen Teil dieser Rohstoffe, hat jedoch selbst kein Interesse an der Erhöhung dieser Rohstoffzufuhr, da einerseits, bei wachsender Erzeugung in Lateinamerika, mehr als genug an seine Märkte kommt, und andererseits in vielen Hinsichten Nordamerika selbst diese Rohstoffe hervorbringt. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten einzugehen, und es mag genügen, zu erwähnen, daß Nordamerika weder argentinisches Getreide und Gefrierfleisch braucht, noch ihm die Erhöhung der Zufuhr an Chilesalpeter, Cubazucker und Brasilkaffee erwünscht ist. Es ist das einzige Interesse Nordamerikas, derartige Zufuhren möglichst billig hereinzubekommen, was ja bei dem heutigen Überfluß auch der Fall ist.

Auf der anderen Seite hat aber Nordamerika (wir beziehen uns hier immer auf die Vereinigten Staaten) einerseits ein Interesse daran, die Gewinne der lateinamerikanischen Rohstoffproduktion soweit als möglich selbst zu bekommen und für seinen Finanzmarkt zu verwenden, und die Produktion, soweit es sich um große, runde Geschäfte handelt, auf lateinamerikanischem Boden selbst zu unternehmen. Auch diese Bestrebungen können als bekannt vorausgesetzt werden, und als Beispiele seien nur die Monopolisierung des Bananenhandels und die des cubanischen und portorikanischen Rohrzuckers während des Weltkriegs erwähnt.

Schließlich aber — und das ist der Kernpunkt — brauchen die USA. die lateinamerikanischen Märkte zum Absatz ihrer Industrieerzeugnisse, und dies um so mehr, je weniger sie in Europa davon absetzen können. Und da die Handelsbilanz Nordamerikas mit den meisten lateinamerikanischen Ländern passiv ist, hofft man, bei zunehmender Entwicklung Lateinamerikas, noch mehr als bisher nordamerikanische Ware an sie liefern zu können. Hier liegt der Hase im Pfeffer, und wenn man in Washington von der „Cooperation“ für den „Austausch“ zwischen Nord und Süd spricht, so bedeutet das nicht, daß man mehr Kaffee, Gefrierfleisch, Zucker, Bananen oder Salpeter wünscht, sondern daß man mehr Automobile, Traktoren, Kaugummi und Seidenstrümpfe herschicken will, und daß man da,

wo man in Preis und Qualität nicht mit den europäischen Erzeugnissen konkurrieren kann, Vorzugszölle und Handelsverträge wünscht.

Der Lateinamerikaner, dem es als Verbraucher gleichgültig ist, ob seine Socken und sein Automobil oder seine Mähmaschine aus Europa oder den Vereinigten Staaten kommen, wenn sie nur gut und billig sind, ist sich darüber klar, daß „Austausch“ und „Cooperation“ in diesem Fall bedeutet: „Kauf mehr“, und wenn man Präsident Roosevelt und Cordell Hulls hoffnungsvolle Reden vom Panamerikanismus hört, so findet man überall die dringende Mahnung eingewickelt, mit welcher der gute Nachbar seine Waren anpreist. In den nordamerikanischen Zeitungen werden die wirtschaftlichen Vorteile, welche der Panamerikanismus mit sich bringt, viel unverblümter hervorgehoben, und man gibt dort zu, daß, was man den südlichen Brüdern als Gastgeschenk bringt — etwa die Pax Americana und die Panamerikanische Autobahn — sich auf die Dauer in der Erhöhung des Exports von Wegebau-, Transport- und landwirtschaftlichen Maschinen, in Stellungen für Ingenieure, in größerem Umsatz und besserer Kaufkraft Lateinamerikas, in stärkerer Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit in Nordamerika rentieren wird.

Wenn also gerade Argentinien auf der Bonarensen Konferenz sich etwas zurückhaltend gezeigt hat, so kommt das wohl daher, daß für Argentinien Erzeugnisse Europa ein besserer Markt ist als Nordamerika, und man die Einseitigkeit des „Austauschs“ mit Nordamerika voraussieht. Wenn andererseits der nordamerikanische Wunsch nach Exportexpansion sich verschämt hinter die Phrasen von Austausch, Kooperation und Panamerikanismus versteckt, so ist auch das wieder ein Beweis für den angelsächsischen Zug, mit Idealen zu wirtschaften, und daß er statt des Imperialismus und der Monroedoktrin nun mit der Guten Nachbarschaft und dem Panamerikanismus einen neuen „Brand“ für die Ware gefunden hat. —

Falls jemand, der die amerikanische Presse nicht liest, daran zweifelt, so überzeugt ihn der Umstand, daß von der nordamerikanischen Delegation in Buenos Aires von Anfang an darauf hingearbeitet worden ist, auf dieser Konferenz einen Beschluß, oder wenigstens eine Empfehlung für den „Zollfrieden“ zustande zu bringen, dahingehend, daß die vertretenen Länder sich verpflichten sollten, ihre Zollsätze nicht weiter zu erhöhen — — also die Schutzzollpolitik für ihre eigenen Erzeugnisse nicht weiter zu verfolgen. Das reimt sich schlecht zusammen mit dem altruistischen Panamerikanismus. Eine noch deutlichere Sprache aber spricht der andere Umstand, daß Roosevelt bereits seit zwei Jahren mit allen Mitteln die sogenannten „reziproken“ Handelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten forciert hat, bei denen diese Staaten, gegen die Zusicherung der bisherigen Zollfreiheit oder Zollsätze auf einige ihrer Produkte, den Vereinigten Staaten Vorteile, Zollfreiheit und Meistbegünstigungen einräumten gerade für die nordamerikanischen Erzeugnisse, die bisher mit der Landesproduktion oder der europäischen Einfuhr nicht konkurrieren konnten.

Wenn aber sowohl Präsident Roosevelt als auch Staatssekretär Hull im Verfolg dieses wirtschaftlichen Panamerikanismus die wirtschaftliche Autarkie als den schwarzen Mann hinstellen, der aus den „autoritären“ europäischen Ländern nach Amerika einwandern will, und wenn sie gar diese Länder für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen und ihnen Egoismus vorwerfen, so glauben ihnen das die Lateinamerikaner denn doch nicht. Wenigstens sagt selbst in Mittelamerika ein führendes, sonst sehr für den Panamerikanismus begeistertes und Roosevelt freundliches Blatt, bei der Besprechung dieser schönen Reden, die Vereinigten Staaten möchten doch mit dem eben gepredigten liberalen Wirtschaftssystem, dem Austausch und der Kooperation, um die sie so viel herumreden, mit gutem Beispiel vorangehen, und selber den Anfang machen. ...

3. Der praktische und kulturelle Panamerikanismus

Ist der politische Panamerikanismus, d. h. die Zusammenfassung ganz Amerikas zu einer politischen Machtgruppe, als Ziel auf lange Sicht, der wirtschaftliche als problematisch anzusprechen, so kann man die schon im Gang befindliche praktische und kulturelle Zusammenarbeit des Panamerikanismus um so höher werten.

Es ist nämlich da auf vielen Gebieten schon eine ganz erhebliche Arbeit geleistet worden, die zwar hinter den großen Idealen und Konferenzen weniger auffällt, jedoch viel unmittelbarere praktische Ergebnisse zeitigt. Man möchte fast sagen, daß diese Kleinarbeit hinter den Kulissen mehr erreicht als Beschlüsse und Verträge, und darum wohl der richtigere Weg ist.

Der schon auf der Konferenz von Montevideo, dann besonders beim Chaco-Konflikt, der Beilegung des Lätitia-Streits, der vorbildlich friedlichen Grenzregulierung zwischen Guatemala und Honduras, zum Ausdruck gekommene, durch die „Gute Nachbarn“-Politik Roosevelts kräftig geförderte, inzwischen auch durch die Mittelamerikanische Konferenz, durch Fachkongresse, Sportkonkurrenzen usw. weiter entwickelte, und jetzt in Buenos Aires besonders hervorgetretene „Good will“, der gute Wille, sich zu vertragen, Fühlung zu nehmen, zusammenzuarbeiten, ist, als jetzt allgemein amerikanischer Zug, mit die wichtigste Erscheinung des Panamerikanismus. Dieser gute Wille — der ja auch als Friedenswille den politischen Panamerikanismus führt — ist ein den ganzen Kontinent durchziehender Strom und verbindet schon heute, trotz der sprachlichen und rassischen Verschiedenheit, Nord- und Südamerika, über Mittelamerika, das ihn als Schleuse und Knotenpunkt besonders spürt.

Diese, vom allgemein menschlichen Standpunkt aus eigentlich recht sympathische Erscheinung als Gesinnungsrichtung eines ganzen Kontinents, wurde erleichtert dadurch, daß einerseits durch den Weltkrieg und die europäische Nachkriegspolitik und letztlich die spanischen Wirren, andererseits aber auch schon früher durch den nordamerikanischen Imperialismus, die lateinamerikanischen Völker gedanklich auf

eine gemeinsame Linie „Los von Europa“ und eine gemeinsame Ablehnung des nordamerikanischen Imperialismus zusammengeschlossen wurden, ein gemeinsames Kulturbewußtsein bekamen, und auch überhaupt bisher niemals vor die kriegerischen und sozialen Umwälzungen gestellt wurden, welche Europa, als Kontinent, zerrissen haben. Dieses, unter günstigen Umständen herangereifte zunächst lateinamerikanische Bewußtsein konnte, nach dem Richtungswechsel der nordamerikanischen Politik unter Franklin D. Roosevelt und dessen Verkündung der Guten Nachbarschaft und des Good will, auch die bis dahin noch zwischen Nord und Süd klaffende Kluft überbrücken, und kam nun auf der Konferenz in Buenos Aires als gemeinsames, gesamtamerikanisches Bewußtsein zum Ausdruck.

Daß es dazu kam, daß dieser ganz Amerika durchströmende Sympathiegedanke eine Tatsache ist, wurde zum großen Teil durch Umstände erreicht, die gar nicht so sehr in die Augen fallen.

Da ist zunächst zu beobachten die große Zunahme des Reiseverkehrs zwischen beiden Kontinenthälften. Während des Kriegs, und seit den nachfolgenden Währungs- und Paßscherereien, hat das amerikanische Publikum in steigendem Maße vorgezogen, in Amerika selbst zu reisen. Hier fand ein lebhafter Austausch zwischen Nord und Süd statt, der die Grundlage für ein gegenseitiges besseres Verstehen wurde. Der Aufschwung der nordamerikanischen Schifffahrt, welche die amerikanischen Küsten bedient, und der panamerikanische Flugverkehr gaben die Mittel an die Hand, diesen wirklichen Austausch immer weiter zu entwickeln. Aus ihm gingen hervor die Besuche nordamerikanischer Wissenschaftler in Lateinamerika, die Ausbildung lateinamerikanischer Wissenschaftler in Nordamerika, die reiche nordamerikanische Literatur über Lateinamerika und die Verbreitung lateinamerikanischer Literatur in Nordamerika, die Veranstaltung von lateinamerikanischen Zirkeln, Kunst-, Trachtenausstellungen in Nordamerika, die Einbeziehung lateinamerikanischer Abordnungen in nordamerikanische Tagungen, die Entsendung von Studienkommissionen hin und her, kurz, eine Wechselwirkung und Zusammenarbeit auf einer ganzen Reihe kultureller Gebiete, wie man sie sich schöner gar nicht vorstellen kann. Man könnte hier sogar noch den Film und Funk mit einbeziehen, die, wenn sie auch kulturell nicht sehr hoch zu werten sind, doch einen starken Anreiz zur Ausbreitung der englischen Sprache in lateinamerikanischen Kreisen gebracht haben. Hier hat auch die Panamerikanische Union in Washington tätig mitgewirkt, indem sie einerseits viel derartige Kulturarbeit leistete, andererseits gerade in Nordamerika auch die Verdienste lateinamerikanischer Politiker, Wissenschaftler und Künstler unterstrich.

Hierzu kamen dann die auf den Panamerikanischen Konferenzen gefaßten Beschlüsse und von ihnen ausgegangenen Empfehlungen und Anregungen, die, sowie sie sich nicht auf dem politischen Gebiet bewegten, von allen Beteiligten viel williger aufgenommen wurden als die großen, nachher nicht ratifizierten Proto-

kolle. Es ist unmöglich, das auf dem Raum einer kleinen Studie zusammenzutragen, was auf den außerhalb der Politik liegenden Gebieten alles geleistet wurde und auf dem Wege ist, weiter geleistet zu werden. Unter den 60 jetzt von der Konferenz in Buenos Aires gefaßten Beschlüssen befinden sich z. B. die folgenden, die einen Begriff von dieser nützlichen Kleinarbeit geben: Die Schaffung von Kommissionen für amerikanisches Recht und Lehrstühle dafür in ganz Amerika, für das Studium der Frauenfragen, der Hebung des sozialen Niveaus des Arbeiters, die Beschleunigung der Verkehrsmittel, die Belebung der Küstenschifffahrt, die Gründung eines panamerikanischen Wirtschaftsinstituts, die Vereinheitlichung der Statistik, den Austausch von Professoren und Studenten, die Überprüfung der Einwanderungsgesetze, die hygienische Zusammenarbeit, die Veranstaltung panamerikanischer Kunstausstellungen, die Einrichtung der panamerikanischen Funkstunde, eines amerikanischen bibliographischen Instituts, Organisation des nichtpolitischen Nachrichtendienstes, kurz, wie gesagt, eine kulturelle intensive Zusammenarbeit mannigfachster Art. Zwar fehlt in diesen Kommissionen und Beschlüssen noch die Abschaffung der Briefzensur und des Third Degree in Panamerika, damit die Arbeit vollkommen sei, aber das wird wohl später einmal auch noch kommen. ...

So bietet sich da ein weites Feld, auf dem die Arbeit nur erst begonnen hat, aber unzweifelhaft immer stärker beackert werden wird, und auf dem eine immer innigere interamerikanische Freundschaft zweifellos ersprießlich gedeihen wird. Kann man nach der Konferenz von Buenos Aires schon politisch von einer moralischen Abrüstung ganz Amerikas sprechen, so wird sicher dieser Panamerikanismus der Tat noch viel mehr zum moralischen Zusammenschluß ganz Amerikas beitragen und damit auch die Grundlage für eine eventuelle Föderation oder Union unter kontinentalen Gesichtspunkten bilden.

4. Folgerungen für Europa

Europa hat sich durch den Weltkrieg, durch den Völkerbund, durch seine Zerrissenheit, durch kommunistische Barbarei des Vorzugs begeben, weiterhin Vorbild und Mutterland für Amerika zu sein. Amerika fühlt sich besser als Europa. Daran ist nichts mehr zu ändern. Der Faschismus, der einige disziplinierte Völker Europas wieder aus dem Chaos herausreißt, scheint für die nichtmilitärischen amerikanischen Völker nicht geeignet und wird im allgemeinen von ihnen abgelehnt. Steht auch noch dahin, ob die Zukunft die amerikanische Auffassung von der Demokratie mehr nach der Seite autoritärer Führerregierung oder mehr nach der Seite republikanisch-parlamentarischer Staatsform zieht, so ist auf jeden Fall festzustellen, daß im Augenblick, auf der VII. Panamerikanischen Konferenz, die liberal-demokratisch-republikanische Staatsform im allgemeinen das Ideal Amerikas ist. Und da ein jeder nach seiner Fassung selig werden muß, und Amerika heute weniger denn je etwas von Europa anzunehmen gewillt ist, steht nicht zu erwarten,

daß irgendwelcher europäische Einfluß daran etwas ändern wird. Daß später, wie dies im Morgenrauen des Liberalismus der Fall war, die in Eurasien heute wogenden Wellen auch einmal an den amerikanischen Strand schlagen und vielleicht auch dort Verwüstungen anrichten können, liegt noch in der ungewissen Zukunft.

Innerhalb des politischen Panamerikanismus liegt die Tendenz, sich aus europäischen Verwicklungen herauszuhalten, sich europäische Tendenzen fernzuhalten, und auf jeden europäischen Einmischungsversuch in Amerika, — wie ein Politiker treffend sagte — durch Einrollen wie ein Igel, mit Spitzen nach außen, zu antworten. Europa darf sich keinen Hoffnungen hingeben, daß jemals wieder die Besetzung irgendeines amerikanischen Gebietsteils, die Landung von Strafexpeditionen, oder auch nur eine Flottendemonstration an amerikanischen Küsten geduldet würde. Ja, es ist sogar außerordentlich zweifelhaft, ob es überhaupt in Zukunft europäischen Regierungen noch möglich sein wird, auch nur Leben und Habe ihrer Staatsangehörigen auf amerikanischem Boden zu schützen. Der Solidaritätsvertrag von Buenos Aires spricht da eine deutliche Sprache, und die europäischen Verantwortlichen tun gut daran, ihn wie auch z. B. das 1936 herausgegebene Ausländergesetz eines lateinamerikanischen Staates genau zu lesen, welches besagt:

„Ausländer können in keinem Fall irgend eine Entschädigung verlangen für ihnen an ihrer Person oder ihrer Habe durch Aufständische verursachte Schäden. Ebensowenig können sie von der Nation die Wiedergutmachung von Schäden oder Enteignungen verlangen, welche nicht von legalen Behörden oder behördlichen Vertretern, in ihrer behördlichen Eigenschaft, ausgeführt worden sind.

Wer ohne amtlichen Charakter Steuern oder Zwangsanleihen auflegt oder Eigentum irgend welcher Art wegnimmt, und die Ausführenden dabei, ist dem Geschädigten direkt und persönlich mit seinem Eigentum haftbar.

Wer als unbilliger Kläger erklärt wird oder den Betrag der erlittenen Schäden übertreibt, verfällt einer Strafe von 25 % des eingeklagten Betrags zu gunsten des Staatsschatzes . . .

Die Intervention einer ausländischen Regierung, direkt, oder durch ihre diplomatischen Vertreter, oder bei deren Fehlen, die konsularischen, ist annehmbar und zulässig allein im Falle der Verweigerung gerichtlicher Entscheidung oder der absichtlichen Verzögerung in deren Gewährung, nach nutzloser Einbringung aller gesetzlich zustehenden Rekurse.

Die Verzögerung in der Rechtspflege gilt nicht als absichtlich, wenn sie der Richter mit irgendeiner juristischen Begründung oder Verhinderung, die nicht von ihm abhängt, begründet.

Weiter ist damit zu rechnen, daß, was begrüßenswert ist, die amerikanischen Staaten sich früher oder später zu einem gemeinsamen Schritt einigen, durch welchen der Kommunismus als staatsfeindlich erklärt wird. Wahrscheinlich ist aber, daß dabei gleichzeitig auch der Faschismus und Nationalsozialismus mit eingeschlossen werden, und eines Tages auch die auslanddeutschen nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst werden. In diesem Sinne darf eine gewisse, gegen die Träger dieser Organisationen gerichtete Feindseligkeit, die in der liberalen Presse zum Ausdruck kommt, nicht übersehen werden. Daß der Ausländer im allgemeinen, und der Nationalsozialist im besonderen, heute in Amerika nicht sehr gern gesehen ist, ist eine Tatsache, die durch gelegentliche ibero-amerikanische Freundschaften und Freundschaftsbezeugungen nicht verneint werden kann.

Die Einwanderung von Europäern wird auch in vielen Lateinamerikastaaten stark gedrosselt, in den meisten Ländern schon auf die Berufe beschränkt, in welchen der Ausländer dem Einheimischen kein Brot wegnimmt. Die Ausnahmestellung, die der Ausländer früher gerade in Lateinamerika einnahm, ist schon stark beschnitten.

All dies: Ausländergesetze, Einwanderungsbeschränkungen, Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten, ist symptomatisch und zeigt, daß die heutigen Verhältnisse nicht mehr die Vorkriegsverhältnisse sind, und es nur noch des Schrittes bedarf, den Nordamerikaner und den Lateinamerikaner in ganz Amerika gleichzustellen, um den Europäer dann mehr oder weniger ganz auszuschneiden. —

Wirtschaftlich hat sich Europa durch seine Einfuhrkontingentierungen und -beschränkungen zum Teil selbst die Tür zugemacht. Zwar steigt die deutsche, und vielleicht auch die englische Ausfuhr nach Lateinamerika zur Zeit. Aber gerade dieser Umstand wird die Vereinigten Staaten veranlassen, noch mehr als bisher, und auf den Erfolg von Buenos Aires gestützt, sich durch Vorzugsverträge die lateinamerikanischen Märkte zu erschließen. Druckmittel dazu stehen ihnen genug zur Verfügung, nachdem die USA. in der lateinamerikanischen Ausfuhr, beim Ausfall Europas, eine zunehmend größere Rolle zu spielen bestimmt ist.

Kulturell lebt in Iberoamerika noch die Erinnerung an Spanien und an Paris; es ist da für Nordamerika nicht so leicht lateinische Kulturwerte durch angelsächsische zu ersetzen. Aber nachdem im erwachenden Lateinamerika starke Ansätze zu einer autochtonen, eigenen Kultur zu spüren sind, ist es vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, bis das alte Erbe ganz aufgesogen ist, in einer panamerikanischen Kultur, die dann vielleicht weniger intellektuell tiefgründig, sondern mehr technisch oberflächlich ist. Auf jeden Fall sind die Wechselwirkungen zwischen Nord und Süd nicht gering (z. B. spanischer Baustil in Kalifornien, Wolkenkratzer in Buenos Aires!) und werden, wie schon beschrieben, vertieft und ausgebaut. Und je mehr sich die kulturellen Ideale in Europa national einkapseln, je mehr sie an Universalität verlieren, desto unwahrscheinlicher ist es, daß sie von Amerika noch aufgenommen werden. —

So ist das Bild, das der Panamerikanismus, in seinen in dieser Studie beschriebenen Seiten, für den Europäer darbietet, für diesen nicht vorteilhaft: Es hieße für ihn Vogelstraußpolitik treiben, wollte er nicht einsehen, daß, wenn schon Nordamerika seit langem seiner nur als Zufuhr an Menschenmaterial und Erfindergeist benötigte, nun auch Südamerika ihn nicht mehr braucht. Die lateinamerikanischen Sympathien, die lateinamerikanischen Unterkommensmöglichkeiten, und die lateinamerikanischen Märkte sind für ihn im Schwinden, und wenn er auch hier oder dort noch einen Teilerfolg verzeichnen kann, darf er sich der Erkenntnis doch nicht verschließen, daß sein früher noch auf der iberischen Kolonialherrschaft, dann dem europäischen Welthandel und Unternehmergeist aufgebauter Einfluß

mählich absinkt. Amerika ist eine aufsteigende Welt, die ihren eigenen Weg und ihre eigene Entwicklung nimmt, und des überseeischen Mentors nicht mehr bedarf.

Bei der vorliegenden Arbeit benutzte Quellen: Recomendaciones del Comité de Política Latinoamericana para la Conferencia Panamericana de Montevideo (Union Panamericana 1933). — Autopsy of the Monroe Doctrine. Gaston Nerval (New York 1936). — Neering & Freeman: Dollar Diplomacy (New York 1927). — Die lateinamerikanische Presse.

KARL HAUSHOFER:

Malaya und sein Zerrungsgebiet

1. **Lockhart: „Wieder in Malaya“.** Aus dem Engl. übersetzt von Rudolf v. Scholtz und W. E. Süskind. Stuttgart-Berlin 1937, Deutsche Verlagsanstalt. 424 S., Leinen RM. 6,75.

2. **Arvid Balk: „Singapur.“** Englands Panzerfeste im Fernen Osten“. Berlin 1937, Georg Stilke. 79 S., 8 Abb., 1 Übers.-Skizze.

3. **Baron Viktor von Plessen: „Bei den Kopfgängern von Borneo“.** Berlin 1937, Schützen-Verlag. 158 S. 70 Abb. Leider keine Kte.

Hauptreiz und Wert des vorzüglich übersetzten Malaya-Buchs von Lockhart: Vollersatz für ein stundenlanges Kamingespräch mit einem alten Kolonialpionier und Reichserbauer schlichten, aber großen Stils, das mehr Landes- und Volkskunde, nebenher auch politische Einsichten spendet, als Dutzende von Geographentags-Vorträgen. S. 99 bis 110 gibt eine Geopolitik und Wehrgeographie von Malaya von kaum zu übertreffender Kürze; Seite 165/166 eine blitzartige Erleuchtung des malaiischen Rassencharakters; und so ist die ganze Erinnerungsreihe neben anmutigstem und doch männlichstem Geplauder von geopolitischen und völkerpsychologischen Erkenntnissen, natürlich auch Werturteilen durchflochten, die das Lesen ebenso belehrend wie unterhaltend machen und den Leser am Schluß mit einem festgefügtten Eindruck von Malaya für sein Weltbild entlassen.

Arvid Balks „Singapur“ wirkt neben Lockhart, wie der Anblick des Stahlgerüsts eines neuzeitlichen Luftkreuzers neben dem ausreisefertigen Luftriesen mit seiner silbernen Hülle und allem Komfort. Vielleicht ist die Bedeutung als „auf Japan gerichtete Pistole“ übersteigert gesehen neben der andern als Reichsklammer an einer gefährlichen Torsions- und Bruchstelle. Unter den Ereignissen

fehlt uns der Aufstand von 1915, und gern hätten wir eine Karte der Straits neben der Übersichtsskizze begrüßt. Im ganzen ein gutes, sachliches Hilfsmittel zur raschen Überschau der Singapore-Frage.

Viktor v. Plessen zeigt in seinen „Kopfgängern von Borneo“, ganz abgesehen von den Prachtschöpfungen seiner berühmten Kulturfilme, welche Leistung schon in Bali, dann erst in Borneo zur Vorbereitung solcher Kulturaufnahmen, vielfach in letzter noch möglicher Stunde gehört, und wie vor allem die europäische Frau, die solche Arbeit teilt, Bewunderung verdient. Gerade die stolze, sensationslose Art, in der alle Mühsal und Gefahr als unvermeidliches Beiwerk erscheint, und eigentlich neben dem völker- und rassenpsychologischen Hauptzweck nur nebenher berichtet wird, damit Nachfolger sich in Einzelheiten besser versehen können, mußte Plessen neben seinem selbstverständlichen tropensehnsüchtigen Leserkreis einen ernsten, sich zur Tropenüberwindung erziehenden wecken. Ehe nicht eine überwältigende Teilnahme in Mitteleuropa an solchen Kulturfilmen, wie denen Plessens über Bali und Borneo, ihnen gegenüber allen Kitsch von der Flimmerleinwand vertreibt, ist sein Zuschauervolk keine Tropenkolonien wert!

Was unser verflissenes Südseereich bedeuten konnte, das machen uns zwei weitere Erscheinungen klar:

4. **Dr. Emil Reche: „Polynisien.“** Das Seelenbild einer Meereskultur“. Bd. 12 der „Büchertruhe“. Leipzig 1937, Max Möhring Verlag. 88 S., 8 Abb. (mit feinstem Landschaftsgefühl ausgewählt!), nur RM. 1,20 und

5. **Dr. Kurt Wiersbitzky: „Politische Geographie des Australasiatischen Mittelmeers“.** Justus Perthes, Gotha 1936. Ergän-

zungsheft 227 zu Petermanns Mitteilungen. 126 inhaltsschwere Seiten mit drei vorzüglichen reichen Karten auf Tafeln. Ein schon in seiner Entstehung in der „Geopolitik“ (1936, S. 285) freudig begrüßtes zusammenfassendes Werk liegt nun als eine der am meisten vollendeten Leistungen des Gothaer Verlags fertig, wenn auch in seinem reichen ursprünglichen Kartenbestand verkürzt vor und liefert die wissenschaftliche Unterlage zu den eben besprochenen Einzelleistungen: einen von den gediegenen Bausteinen, durch deren verantwortungsvolle und opferreiche Herstellung sich Justus Perthes und sein Stab so unvergängliche Verdienste nicht nur um die deutsche Erdkunde, sondern auch um die darauf stehende — mit ihrem Fehlen fallende — Politik erworben haben.

E. Reches „Polynesien“, dem Kurt v. Boeckmann — (der leider durch die Praxis des Rundfunks von einer glänzenden kulturwissenschaftlichen Laufbahn abgeschleppte Verfasser des „Kulturreichs der Meere“) — feinsinnig präludiert, gibt das „Seelenbild einer Meereskultur“ in so gedrängter, hochgestimmter Form, daß wir es nur als eine der edelsten Höchstleistungen im Zusammenbau von Raumüberwindung, Weltanschauung und Rassenpsychologie den feinfühligsten unserer Leser dringend empfehlen können — als Ganzes, nicht in Einzelheiten, deren Herausreißen nur dem Zerstören einer Perlenschnur,

einer zusammenhängenden Südseevision gleichkäme.

Kurt Wiersbitzky geht sein „Australasiatisches Mittelmeer“ mit allem sachlichen Rüstzeug des geschulten Geographen an (S. 10 bis 91). Wie er aber dann seine vergleichende politische Geographie des höchstgeladenen Zerrungsfeldes zwischen Mittlerem und Fernem Osten darüber aufbaut und mit geopolitischen Folgerungen überwölbt, fest auf eigener Schau und einer eindrucksvollen Quellenverarbeitung fußend, das ist vorbildlich; es gestattet ihm, die so gewonnene Methode an jeden wichtigen Gegenstand der politischen Erdkunde und Geopolitik erfolgreich anzulegen.

Wer sich vollends die Mühe nimmt, die drei bis ins letzte durchdachten Kartentafeln auszuschürfen, dem werden sie kaum irgendeine Antwort auf eine berechtigte geopolitische Frage des wichtigen Gebietes schuldig bleiben.

Dieses Ergänzungsheft 227 zu Petermanns Mitteilungen setzt einen noch auf Jahre hinaus gültigen Maßstab für die Wertung aller der vielseitigen Bücher, die über das australasiatische Kraftfeld selbst und die unmittelbar oder mittelbar hineinwirkenden Kräfte und Mächte entstehen. Seine Angaben und Karten sind aus einem umfassenden Stoffgebiet gehaltvoll zusammengepreßt. Was immer man an diesen Maßstab an wertvoller Erfahrung, wie etwa die Lockharts u. a. anlegt, bestätigt ihn nur.

KARL HAUSHOFER:

Kulturbewegung und Machterneuerung am Indischen Ozean

Vier wertvolle Neuerscheinungen müssen zusammenfassend unter diesem Leitwort betrachtet werden:

1. **Benoy Kumar Sarkar: Creative India** (Schöpferisches Indien). Motilal Banarsi Dass, Lahore 1937. 714 S. Rs. 15.—.

2. **George Dunbar: Geschichte Indiens.** R. Oldenbourg, München u. Berlin 1937. 426 S., 16 K. RM. 10.50.

3. **Emilio de Bono: Die Vorbereitungen und die ersten Operationen zur Eroberung Abessinien.** C. H. Beck, München 1936. 215 S., 31 Abb., 2 Kt. RM. 4.80 od. RM. 6.—.

4. **Pietro Badoglio: Der Abessinische Krieg.** C. H. Beck, München 1937. 215 S., 8 Abb., 3 Faks., 9 Kriegskarten.

Beide mit Vorwort von Benito Mussolini.

Benoy Kumar Sarkar — den Lesern der „Geopolitik“ seit Jahren durch unablässige Verfolgung seines vielseitigen und wertvollen Lebenswerks vertraut — ist einer der seltenen ganz großen Kulturvermittler zwischen Abendland und Altkulturvölkern des Mittleren und Fernen Ostens, ein Kenner des wirklichen Asien und Europa in ihren Wesenskernen, wie wenige. Eine allseitige Betrachtung des „Schöpferischen Indien“ aus solcher Weite des Gesichtskreises heraus, verbunden mit einer sonst schwer erreichbaren Würdigung und Zusammenstellung allen einschlägigen Schrifttums aus Abend- und Morgenland würde allein als Wissenssammlung auch geopolitisch höchsten Wert ha-

ben, auch wenn sie nicht selbst in so hohem Grade schöpferisch wäre. Dieser Reichtum läßt sich nicht in einen knappen Besprechungsrahmen pressen und erschließt sich völlig wohl nur, wenn man eine mehr historisch aufgebaute Geschichte Indiens, wie etwa die verdeutschte von Dunbar, vergleichend daneben durchwandert. Dem Geopolitiker wird vom ersten Abschnitt: „Indien als Wertschöpfer“ die einleitende Gedankenfolge (S. 1—36), von Stück 7 an: „Die überwölkischen Kulturberührungen des indischen Volkes“ vorweg bedeutungsvoll sein.

Im Abschnitt 2: „Indische Schöpfungen an Institutionen“ tritt vor allem das glänzend geschriebene Stück 2: „Die Staatensysteme von Indien“ hervor, in deren Rahmen sich auf S. 166 eine tiefdurchdachte Auseinandersetzung mit der Geopolitik findet, der im dritten Abschnitt, Stück 7, S. 278—290 eine weitere folgt, die wir unsern Lesern in einer Übersetzung mit allen technischen indischen Ausdrücken uns zu bringen vorbehalten. Denn es würde einen kleinen Band reichlich von der Stärke von Ancels „Géopolitique“ ergeben, wenn wir auch nur versuchen wollten, das geopolitisch Bedeutsamste aus „Creative India“ eigens zusammenzustellen. Das hätte freilich die Folge, daß der Leser eines solchen Auszugs über die politisch bewegenden Kräfte von etwa einem Fünftel der Menschheit Bescheid wüßte.

Gewiß würde aber vorher, etwa an Hand des Stückes über „Buddhismus und Leben“, eine in Mitteleuropa noch sehr verbreitete falsche Auffassung über die Lebensfeindlichkeit indischen Denkens ausgeglichen werden müssen. „... Sakya, der Republikaner, und Asoka, der Kaiser, sind zwei der erfolgreichsten Apostel weltlichen Vollbringens und echt menschlicher Kraftäußerung mindestens in indischer, chinesischer, japanischer, sagen wir ruhig, asiatischer Schätzung“... „Gewiß war Sakyas „Weltanschauung“ (deutsch im englischen Text) nicht von dieser Welt. Aber sein „Nirwanismus“ umschloß nicht die Verneinung des Willens zum Leben, sondern vielmehr die Betonung der Vernichtung des Übels und die Aufhebung von Elend und Schmerz. Sein Leitzug war systematisch auf Verbesserung gerichtet! Aktivismus ist der Schlüssel zu seiner Propaganda, im Grunde auch ein Werkzeug des Lebens.“ „Der Weise nach

Sakya ist ein Kraftträger, ein moralischer und geistiger Gymnast, Kämpfer!“... „Ein Vollender des Charakters durch Anstrengung“ (S. 30). So sieht der Inder seinen größten Weltreligionsstifter — ganz anders als Max Müller und Schopenhauer, aus dem Willen zu neuer Machtbildung auf Grund unvergänglicher Hochkulturleistungen seines Volkes heraus. Diese Einstellung ist es auch, die Sarkar so gerecht und verständnisvoll für den verwandten Zug im deutschen Wesen macht.

Auch das fesselnde Stück von S. 476 bis 499: „Weltkräfte im Indien von heute“ müßte wörtlich übersetzt werden, wenn man seinen geopolitischen und völkerpsychologischen Wert erschöpfen wollte. So kann dieser Hinweis nur versuchen, das bedeutendste kulturpolitische Werk über das heutige Indien und sein Verhältnis zur weitesten Umwelt dem Gesichtskreis und Anteil unserer Leser einzufügen.

Dunbars „Geschichte Indiens“ — geschrieben von einem Mann, der 28 Jahre als Soldat und Beamter Indien und noch mehr England gedient hat, im Kriege Referent für indische Fragen im Kriegsministerium, dann Sachverständiger der ersten indischen Verfassungstagung war, übersetzt vom ersten Indologen Heidelbergs — ist ein lange begehrt Standwerk. Sein Vorwort beginnt damit, den mitteleuropäischen Leser darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht eine Landes-, sondern eine Weltteil-Geschichte ist, vor der er mit dem Morgengrauen greifbaren Beginns indischer Geschichte im 4. Jahrhundert vor Zeitwende stehe; Sarkar sagt ihm, daß dieses Morgengrauen vor den Werken des Spatens an der noch längst nicht genügend erforschten indischen Erde bereits bis 3500 v. Chr. zurückwich. Aber die frühen Zeiten sind von Dunbar absichtlich in schattenhaftem Halbdunkel gelassen, obwohl wir uns klar sein müssen, daß die präarische Hochkultur von Mohanjo Daro und Charappa eine Frühkultur-Entwicklung bis etwa 10000 vor Zeitwende voraussetzt, bis jener Grad von Verstädterung, Abwasserversorgung, häuslicher Wohnkultur, Pflanzen- und Tierzucht entstehen konnte, den die Induskulturen aufweisen. Damit würde die Aufgabe dieser Kontinentgeschichte uferlos; Dunbar aber will sie mit holzschnittartiger Kraft und Linienklarheit an die Unabhängigkeitsbewegung der

Gegenwart heranzuführen, mit beständigem Blickpunkt auf sie und die Bewegungskräfte (Dynamik), aus der sie keimt. Das ist seine Stärke, das ist seine Schwäche; und darum muß Dunbars von außen gesehener Geschichte Indiens die von innen geschauten Sarkars daneben gehalten werden, wie Außenformen- und Röntgenbild desselben, für die Weltentwicklung entscheidend wichtigen Volkskörpers.

Daß wir diese Doppelschau gewinnen in einem Augenblick, wo die Gefahr von Mißverständnissen zwischen Indien und Mitteleuropa durch Moskaus Dazwischentreten größer ist als je, ist ein großes Verdienst, nicht zuletzt des Verlags Oldenbourg, der mit den Erfahrungen Dunbars kostbaren geopolitischen Erfahrungsbesitz der Briten den Deutschen zugänglich gemacht hat, wie überhaupt mit seiner geschichtlichen Reihe, in der wir Ramming's Japan-Geschichte mit begreiflicher Spannung erwarten. Dunbars Geschichte Indiens wird in keiner Bücherei fehlen dürfen, die ernsthaft darauf Anspruch macht, der wichtigsten Kulturpolitikaufgabe des 20. Jahrhunderts, der Angleichung der mittel- und fernöstlichen Hochkulturen an die des Abendlands vorzuarbeiten.

Fast gleichzeitig mit diesen Leistungen gibt uns die Rührigkeit eines andern deutschen Verlags, C. H. Beck, die Mittel, in ihrem eignen Wortlaut von Emilio de Bono und Pietro Badoglio zu erfahren, wie sie beide — von ihrer Staatsleitung freilich ganz anders unterstützt, als Clive und Warren Hastings — am Osthorn von Afrika, an der wichtigen Westportenlandschaft des Indischen Ozeans eine ähnliche Reichserbauerarbeit geleistet haben gegenüber der letzten freien farbigen Volksgemeinschaft Afrikas, die freilich dem Blute nach in feindliche Rassen zerfiel und ihres Bodens nicht Herr war und deshalb erlag, wie Indien zweihundert Jahre zuvor.

Es ist geopolitisch ungemein fesselnd und schon aus dem Stil der beiden Kriegswerke erkennbar, mit wie verschiedenen Leitlinien

der vorbereitende parteipolitisch eingestellte politische Soldat und der ausführende, mit fast naturwissenschaftlicher, logistischer Präzision arbeitende Generalstäbler an ihre Aufgabenfolgen herantraten. Darin liegt vielleicht der größte Reiz beider Bücher, ganz abgesehen von dem enormen sachlichen und technischen Lehrwert für eine wenigstens der Lehre nach sich wieder auf koloniale Tätigkeit vorbereitende Nation. Daß unsern persönlichen Verständnis der herbe, an den Habitus Vespasians erinnernde Logistiker näherliegt, haben wir schon in der Geopolitik betont.

Wir glauben auch, daß Badoglio dem deutschen Generalstäbler und Kolonialwissenschaftler mehr zu sagen hat, wägen den ungleich größeren und gehaltvolleren Umfang von Mussolinis Einführung zu seinem Werk und vermuten, daß vielleicht am meisten Graziani zu sagen hätte, dem die schwerste Arbeit, die friedliche Durchdringung bleibt, neben der größten Seelenaufgabe des Duce selbst: der Verantwortung für die welthistorische Zeiten- und Zielwahl zum Ausbruch aus dem zugebundenen Sack des Mittelmeeres in das weitere Kampffeld des Indischen Ozeans für Kultur, Macht und Wirtschaft.

Stehen sich in diesen vier inhaltsschweren Büchern nicht vielleicht schon große Zukunftsgegner, jenseits des britischen Imperiums, gegenüber: Indien — innerhalb dessen sich Sarkar und Dunbar notwendig bekämpfen —, das in Ostafrika sein Amerika sieht, und Italien, das sich als den Vorkämpfer einer Rasse empfindet aus Roms Vermächtnis, mit mindestens zwei echt römischen Figuren an der Front: seinem Duce und seinem Marschall, die beide in der Imperatorensammlung des Kapitols stehen könnten, ohne daß sie einem uneingeweihten Beschauer als Nachfahren um fast zweitausend Jahre später auffielen. Hier stehen vier Bücher in einsamer geopolitischer und völkerpsychologischer Gipffelldarstellung. Darin liegt ihr Recht auf hervorragende Besprechung!

KURT ROEPKE: Bibliographie der Geopolitik

(Schluß aus Heft 6)

- *Klinkenberg, H.: Frankreich. Raum, Volk, Staat. (1.—3. Tsd.) Reichenau: Schneider (1937). 109 S., 3 Kt. 8° = Völker u. Staaten. Bd 2. 1,50 RM.
 Mackensen, L.: Deutsche Volkskundearbeit in Lettland. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd 1, 1937, 1. S. 22—26.
 Maydell, E. v.: Der estnische Nationalismus. In: Nation u. Staat. Jg. 10, 1937, 7. S. 430—443.
 Püllmann, A.: Nicht Zwischeneuropa — Tempeanu, V.: Die geopolitische Lage Rumäniens und ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zu Deutschland. In: Revista Germanistilor Români. An. VI, 1937, 1. S. 37—55.
 Wüschel, J.: Zur volksbiologischen Lage der Deutschen in Südslawien. In: Volk im Osten. Jg. 4, 1937, 27. S. 945—955.
 Wunderlich, E.: Die geopolitischen Grundlagen der Tschechoslowakei und ihre Entwicklung. In: Dt. Lebensraum. Jg. 5, 1937, 4. S. 134—136.
 *Vlaming (Prof. Dr. H. v. Ziegesar): Auf deutschem Vorposten. 1000 Jahre Kampf f. eigenes Wesen. Berlin: NBD. Nationaler Bücherdienst (1937). 32 S. 8° = Das abc d. NBD. H. 7. —70 RM. — Mit einer Karte „Der vlämische Volksraum“ auf der 2. Umschlagseite.

Asien

- *Balk, A.: Singapur, Englands Panzerfeste im Fernen Osten. Berlin: Stilke 1937. 79 S., 1 Kt. 8° = Schriftenreihe d. Preuß. Jbb. H. 43. 2,50 RM.
 Birndorfer, H.: Alexandrette und Mossul. In: Nation u. Staat. Jg. 10, 1937, 7. S. 443—450.
 Grazian: Der Sandschak — ein Beispiel? In: Volk u. Reich. Jg. 13, 1937, 3. S. 184 bis 187.
 Haushofer, K.: Rassenwille und Macht-schwankungen in der japanischen Geschichte. In: Wille u. Macht. Jg. 5, 1937, 6. S. 8—11.
 Hennig, R.: Rußlands Angliederung von Chinesisch-Sinkiang. In: Zs. f. Politik. Bd 27, 1937, 3. S. 135—139.
 *Mödlhammer, F. L.: Moskaus Hand im Fernen Osten. Hrsg. im Auftr. d. Anti-Komintern. Berlin, Leipzig: Nibelungen-Verl. 1937. 186 S. mit Kt.-Skizzen, 6 Bl. Abb. 8° = Schwerbücher. Bd 3. 4.—; Lw. 5.— RM.
 Mitteleuropa! In: Länder u. Völker. Jg. 67,

- 1937, 3. S. 86—92. — Der Sicherheitskordon im Osten — Das Baltikum als weltpolitischer Schnittpunkt von morgen.
 (Rohan, K. A. Prinz): Grundfragen der Neugestaltung Mitteleuropas. In: Dt. Volkstum. Jg. 19, 1937, 4. S. 259—268.
 Springenschmid, K.: Der Machtkampf in Spanien, geopolitisch gesehen. In: Der Ackermann aus Böhmen. Jg. 4, 1936, 12. S. 543 bis 546.
 Rahman, H.: Die islamische Welt — eine ewige Grenze. Die Randprobleme d. islam. Staatensystems. In: Zs. f. Politik. Bd 27, 1937, 3. S. 163—167.
 Schenke, W.: Nippon — Reich der Aufgehenden Sonne. In: Wille u. Macht. Jg. 5, 1937, 6. S. 12—20. — Japans koloniale Ausdehnung.
 Schoultz, G. von: Krieg oder Friede im Fernen Osten? In: Marine-Rdsch. Jg. 42, 1937, 2. S. 72—81. — Mit 1 Kt.

Afrika

- Arning, W.: Deutsch-Ostafrika gestern und heute. In: Die neue dt. Schule. Jg. 11, 1937, 3. S. 136—152.
 Hartig, P.: Der wunde Punkt im Mandatsystem. In: Dt. Lebensraum. Jg. 5, 1937, 3. S. 102—105.
 Immanuel, [Fr.]: Libyen einst und jetzt. Eine wehrgeograph. Studie. In: Abh. d. Dt. Ges. f. Wehrpolitik u. Wehrwiss. Folge 4, 1937, 14. S. 69—74.
 *Kemner, W.: Kamerun, dargestellt in kolonialpolit., hist., verkehrstechn., rassenkundl. u. rohstoffwirtsch. Hinsicht. Mit 100 Bildern. Berlin: Freiheitsverl. 1937. 265 S. 8°. Lw. 8.— RM.

Amerika

- Brendle, Th. R.: Das Volksbewußtsein der Pennsylvaniadeutschen. In: Länder u. Völker. Jg. 67, 1937, 5. S. 160—163.
 Eichmeier, M.: Die kanadische Prärie als Wirtschaftsraum. In: Amerik. Landschaft. Berlin 1936. S. 129—229.
 *Kloss, H.: Um die Einigung des Deutsch-amerikanertums. Berlin: Volk u. Reich Verl. 1937. 328 S. gr. 8° = Veröff. d. Volk u. Reich-Buchreihe. 1937, 1. Lw. 4,50 RM.
 Maull, O.: Amerika. Geopolit. Berichterstattung. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 5, 1937, 4. S. 167 bis 170.

Diesem Hefte sind 2 Werbeblätter beigelegt, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen: Spezialhaus Hans Jarke für Qualitätsneuheiten und Rasierbedarf, Berlin SW 68/32, Kochstr. 5 und Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg, für Verlagsmitteilungen.

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1937

Juli

Nr. 1

H. C. H. WOHLTHAT:

Die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft

Unter Außenwirtschaft sollen im Rahmen dieser Darstellung die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen verstanden werden, wie sie zu allen Zeiten seit den Anfängen des Handelsverkehrs zwischen den Völkern in mehr oder weniger intensiver Form gepflegt worden sind. Diese Wirtschaftsbeziehungen als solche sind aber nicht Gegenstand der Untersuchung; das vorliegende Thema behandelt vielmehr die Frage, wie weit und in welcher Form greift der heutige Staat in die außenwirtschaftlichen Beziehungen selbst ein, und wie werden sie darüber hinaus von ihm planvoll gelenkt.

Die jüngste Zeit nach dem Weltkriege zeigt eine grundlegende Änderung in der Einstellung einer großen Zahl von Staaten zu wirtschaftlichen und insbesondere zu außenwirtschaftlichen Vorgängen. Diese grundsätzliche Wandlung hat sich bei jedem Staat nach seinem wirtschaftlichen Aufbau und seiner geographischen Lage verschieden ausgewirkt und dementsprechend die mannigfaltigsten Maßnahmen ausgelöst.

Jede bewußte Lenkung oder Gestaltung außenwirtschaftlicher Vorgänge setzt ein Ziel auf außen- oder innenpolitischem, sozialem oder rein volkswirtschaftlichem Gebiet voraus. Aus dieser Feststellung ergibt sich einmal, daß eine staatliche Außenwirtschaftslenkung nie Selbstzweck sein kann, sondern einer Aufgabe dient, die sich die Staatsführung gestellt hat, zum andern, daß hier nicht von einer Wirtschaftslenkung die Rede sein soll, die lediglich Ausfluß und Vollstreckung privatwirtschaftlich eingestellter Kreise ist, sondern die Wirkung des dem Gemeinwohl dienenden Staatswillens; ob der Staat hierbei als Vertreter des gesamten Volkes oder einer bestimmten Volks- oder Standesgruppe handelt, mag in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben.

Während der Entwicklung des modernen Welthandels übte der Staat in außenwirtschaftlicher Beziehung im allgemeinen nur eine regulierende Tätigkeit aus. Der Grundsatz des *laissez faire laissez aller* trat am stärksten in der Zeit des Freihandels hervor. Mit dem Fortschreiten der Industrialisierung der alten und neuen Welt, die den Konkurrenzkampf der Industriestaaten um die Absatzmärkte herbeiführte, griffen die Staaten mehr und mehr in die außenwirtschaftlichen Beziehungen ein. Einerseits verlangten die nationalen Industrien und die Landwirtschaft von den Regierungen die Sicherung ihrer Absatzmärkte im Ausland gegenüber der ausländischen Konkurrenz, andererseits suchten sie bei ihren Regierungen Schutz gegenüber den ausländischen Konkurrenzserzeugnissen auf dem Inlandsmarkt. Unter den stabilen Währungsverhältnissen der Vorkriegszeit auf der Grundlage des Goldstandards entwickelte sich auf diese Weise ein System von Handelsverträgen und Zöllen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung.

Der wesentliche Unterschied gegenüber dem heutigen Zustand bestand darin, daß der Staat bei dem Abschluß seiner langfristigen Handelsverträge in erster Linie die Anregungen der Privatwirtschaft berücksichtigte. Eine einheitliche, vom Staat ausgehende Planung der gesamten Außenwirtschaft war nicht vorhanden und in vielen Ländern angesichts der allgemein anerkannten Grundlagen der damaligen Weltwirtschaft nicht erforderlich.

In der nach Beendigung des Weltkrieges hervorgetretenen Spaltung der Länder in Gläubiger- und Schuldnerstaaten lag der Keim zu einer vom Staat gelenkten Wirtschaftspolitik. Die Schuldnerstaaten versuchten zunächst das Mißverhältnis in der Zahlungsbilanz durch Aufnahme von Auslandskrediten, Anleihen usw. auszugleichen. Hierdurch haben sich Gläubiger- und Schuldnerstaaten eine Reihe von Jahren über das wahre Bild getäuscht. Die aus Krediten hereinfließenden Mittel wurden in ähnlicher Weise verwendet, wie vor dem Kriege selbstverdiente ausländische Valuten und im Rahmen der einzelnen Volkswirtschaften aufgenommene Anleihen. Die Folgen dieser Selbsttäuschung traten in Mitteleuropa zuerst in Erscheinung mit dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt im Jahre 1931. Um die durch die daraufhin einsetzenden ungeheueren Kreditabzüge des Auslandes gefährdeten Währungen der Schuldnerländer vor Verfall zu schützen, wurden Devisenbewirtschaftungssysteme eingeführt, welche zunächst nur die Aufgabe hatten, den ungehemmten und unregelten Transfer von Zahlungsmitteln in das Ausland zu verhindern. Auf der Wareenseite wirkten sich die einzelnen Devisenbewirtschaftungen zunächst nur in der Weise aus, daß zur Bezahlung der Einfuhrverbindlichkeiten devisenrechtliche Genehmigungen benötigt wurden, im übrigen aber die Einfuhr der Waren im einzelnen nicht beschränkt und überwacht wurde.

Unter den Schuldnerstaaten, die gezwungen wurden, neue Formen der Außenwirtschaft zu entwickeln, befand sich auch Deutschland, das als drittgrößtes Außen-

handelsland der Welt einer besonders schwierigen Lage gegenüberstand. Die erste Aufgabe des nationalsozialistischen Staates auf außenwirtschaftlichem Gebiet bestand darin, die Veränderungen des Einfuhrbedarfs an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die sich aus der Einordnung von 6 Millionen Arbeitslosen in die nationale Produktion ergaben, durch geeignete Maßnahmen planvoll zu lenken. Dieser Vorgang ist ein Beispiel dafür, wie durch eine innenpolitische Zielsetzung der Staatsführung der Lebensstandard des ganzen Volkes gehoben wurde als unmittelbare Folge der Rückgliederung wesentlicher Teile der Gesamtbevölkerung in den nationalen Arbeitsprozeß. Aus diesem innerwirtschaftlichen Vorgang, der zu einer gewaltigen Steigerung der Gütererzeugung, des Volksvermögens und der Kaufkraft führte, ergaben sich zwangsläufig umwälzende Auswirkungen auf die Außenwirtschaft. Den Abschluß dieser Entwicklung bildete der im September 1934 von Reichsbankpräsident Dr. Schacht verwirklichte „Neue Plan“, der die Übertragung der außenwirtschaftlichen Führung auf den Staat bedeutete.

Die Maßnahmen der Schuldnerstaaten zeigen neben der Überwachung des Kapital- und Zahlungsverkehrs eine mehr oder weniger umfassende Ein- und Ausfuhrkontrolle, die unter Umständen von eigens hierzu errichteten staatlichen Stellen ausgeübt wird. Während früher der einzelne Importeur (Händler oder Fabrikant) die Waren einführen konnte, für die er im Inland Absatz zu haben glaubte, darf er unter der staatlichen Überwachung nur solche Erzeugnisse einführen, die zur Einfuhr zugelassen werden. Die Waren haben meistens auch bestimmten Preis- und Qualitätsanforderungen zu genügen. Es ist ferner dem Einführer nicht immer freigestellt, aus welchem Lande er seine Waren einführen will. Welche Ursprungsländer im Einzelfall bevorzugt werden, richtet sich nach einer Reihe von Umständen, beispielsweise danach, ob für die Bezahlung der Ware effektive Devisen bereitgestellt werden müssen oder ob sie über ein Verrechnungsabkommen bezogen werden kann, oder ob mit Rücksicht auf die Entwicklung der Ausfuhr der Einkauf aus einem bestimmten Lande zweckmäßiger ist.

Um einerseits die notwendigen Rohstoffe, Nahrungsmittel oder Fertigwaren zu erhalten und andererseits etwa entstehende Preisunterschiede gegenüber dem freien Waren- und Zahlungsverkehr auszugleichen, wird die Ausfuhr meist von Staats wegen gefördert, namentlich nach Ländern, die lebenswichtige Waren liefern können.

Dieses Bestreben, die Lebensbedürfnisse der Nation durch eine Überwachung der Ein- und Ausfuhr zu sichern, hat hauptsächlich zu den heutigen Formen der Außenwirtschaft der Schuldnerstaaten geführt in Verbindung mit dem Schutz der Währung auf dem Wege der Devisenbewirtschaftung. Hierzu treten in vielen Fällen innerpolitische Beweggründe, die bei der Betrachtung außenwirtschaftlicher Vorgänge häufig außer acht gelassen werden. Solche Grundsätze dienen allein dem Gemeinwohl, ohne Rücksicht auf irgendwelche privat-

wirtschaftliche Interessen, die deshalb auf die Gestaltung der zwischenstaatlichen Waren- und Zahlungsabkommen nicht mehr den Einfluß gewinnen können, wie dies früher der Fall war.

Tatsächlich haben z. B. seit Einführung des „Neuen Plans“ in Deutschland die gewaltigsten Verschiebungen in seinem Warenverkehr stattgefunden. Nicht nur, daß Deutschland immer mehr die Fertigwareneinfuhr sowie die Ausfuhr lebenswichtiger Rohstoffe einschränkte, auch die Bezugsländer für die wichtigen Rohstoffe und Nahrungsmittel haben vielfach gewechselt oder sind gegenüber anderen oder neuen Bezugsländern in den Hintergrund getreten. In diesem Zusammenhang möge erwähnt werden, daß der Bezug von Baumwolle in den letzten Jahren an Stelle von Nordamerika auf Einfuhren aus Brasilien, Ägypten, Britisch-Indien usw. umgestellt werden mußte, weil sich vor allem der südamerikanische Markt für deutsche Waren aufnahmefähiger zeigte als Nordamerika. Ferner haben eine Reihe ausländischer Rohstoffe stark an Bedeutung für die Volkswirtschaft gewonnen und müssen daher in erhöhtem Umfange bezogen werden, andere bisher lebenswichtige Rohstoffe sind aus den verschiedensten Gründen teilweise entbehrlich geworden.

Eine größere Zahl von Staaten ist dazu übergegangen, die eigene Produktion nach Plänen, die sich auf mehrere Jahre erstrecken, auszubauen oder umzugestalten. Hierbei handelt es sich in erster Linie um autoritär regierte Staaten, und zwar um hoch industrialisierte Staaten; aber auch um Rohstoffländer, die den Aufbau nationaler Industrien erstreben. Derartige Entschlüsse haben ebenso wie planmäßige Aufrüstungen weitgehende Rückwirkungen auf die Außenwirtschaft der Staaten.

Die Maßnahmen, die die einzelnen Staaten zur Verhütung des Währungsverfalls, zur Lösung der Rohstofffrage bzw. zur Wiederherstellung einer gesunden Handels- und Zahlungsbilanz ergriffen haben und ergreifen, sind verschiedener Natur. Nicht allen liegen einheitliche Pläne zugrunde, und in vielen Fällen ist der Einfluß der Privatwirtschaft auf die Maßnahmen der Regierungen zu beobachten. Das gilt vor allem für die parlamentarisch regierten Länder. Aber allen Schuldnerländern ist gemeinsam, daß der Staat in außenwirtschaftlicher Beziehung aus seiner bisherigen Reserve heraustreten und zum mindesten auf Teilgebieten eine eigene Außenwirtschaftspolitik betreiben mußte, die dem Gesamtwohl dienen soll. Wenn es heute mehr als 130 Zahlungs- und Verrechnungsabkommen gibt, so zeigt sich hierin am deutlichsten die Aktivität dieser Staaten auf außenwirtschaftlichem Gebiet.

Weit schwieriger ist zu übersehen, ob und bis zu welchem Grade diese Wandlung sich in der staatlichen außenwirtschaftlichen Betätigung auch bei den sogenannten Gläubigerländern vollzogen hat und welche Bedeutung sie für die Rohstoffländer gehabt hat. Den Gläubigerländern blieb im wesentlichen nichts anderes übrig, als sich auf die Maßnahmen der Schuldner- und rohstoffarmen Staaten einzustellen.

Im Verkehr der Gläubigerländer untereinander sind Versuche gemacht worden, neue handelspolitische Wege zu beschreiten, deren Zweckmäßigkeit sich im Verkehr mit den Schuldnerländern zeigte. Es kommt hinzu, daß sich die Gläubigerländer angesichts des gesteigerten Ausfuhrdruckes der Schuldnerstaaten gezwungen sahen, diese Konkurrenz mit geeigneten Mitteln abzuwehren, sei es durch Exportsubventionen, durch bewußte Währungsabwertung oder politischen Druck. Heute haben die meisten Staaten schon aus innerpolitischen und sozialen Beweggründen ein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung und Erweiterung der Ausfuhr. Auch bei den Gläubigerländern steht hier die Arbeitslosen- und Arbeitsbeschaffungspolitik auf dem Spiel.

Weitere Fragen ergeben sich aus der Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Mutterland und Kolonien. Auch hier zeigt sich neben der früheren, vorwiegend privatwirtschaftlich orientierten Handelspolitik ein wachsendes Interesse des Mutterlandes, Kolonien, Dominien, Protektorate usw. durch wirtschaftliche Maßnahmen und Verträge an sich zu fesseln. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist der Ottawa-Vertrag, der erhebliche Veränderungen in der Rohstoffeinfuhr Englands zugunsten der Dominien und Kolonien gebracht hat. Auch Frankreich und Portugal haben Erschwerungen für die Einfuhr ausländischer Waren zugunsten der Einfuhr aus den Kolonien eingeführt. Bei den großen Entwicklungsmöglichkeiten der Rohstoffe erzeugenden Kolonien ergibt sich aber eine Tendenz zum Warenaustausch mit den übrigen Verbrauchsländern, die einer einseitigen Bevorzugung des Mutterlandes entgegenwirkt.

Die Sowjetunion zeigt schließlich ein Wirtschaftssystem, das sich grundsätzlich von allen anderen insofern unterscheidet, als ein Dualismus zwischen Privatwirtschaft und Staat nicht besteht. Die Wirtschaftspolitik im Innern und nach außen wird ausschließlich vom Staat gelenkt. Der Staat schließt Waren- und Zahlungsabkommen, Handelsverträge und dergleichen für sich als den alleinigen Verkäufer und Käufer von Waren ab. Das politische System des Kommunismus verträgt keinen Unterschied zwischen Staat und Wirtschaft.

Es kann heute noch nicht vorausgesehen werden, welche Richtung die Entwicklung der vom Staat gelenkten Außenwirtschaft einschlagen wird; sie ist an sich imstande, eine Steigerung des weltwirtschaftlichen Warenaustausches herbeizuführen. Eine allgemeine Rückkehr zu den freien Formen des Warenaustausches auf der Grundlage des Goldstandards der Währungen und der Meistbegünstigung ist vorläufig nicht zu erwarten. Die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft kann aber trotz zahlreicher Hemmungen auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten zu vereinfachten Formen des Warenaustausches beitragen.

ARNOLD SEIFERT:**Von der politisierten Weltwirtschaft
zur politischen Wirtschaft der Staaten**

Die Welt steht im vierten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Sie hat über ein Jahrhundert einer Ordnung der wirtschaftlichen Tauschbeziehungen der Völker hinter sich, deren Grundlage das Weltbild des liberalen Menschen war. Dieses Weltbild und diese Ordnung sind zerstört. Aber wir glauben, daß eine neue Ordnung aus der großen Formsuche wachsen wird, die die abendländische Menschheit seit dem Ende des Weltkrieges erfaßt hat. Uns allen ist gegenwärtig, in welchen äußeren und inneren Aufruhr die Welt seit nunmehr fast 25 Jahren steht. Wir haben den Wirrwarr der Ideologien, die wirtschaftlichen, geistigen und seelischen Spannungen, die die Nachkriegszeit erschüttert haben, in uns verarbeitet, und wir erfahren an uns selbst den chaotischen Zwischenzustand, der mit seiner Fülle durcheinanderwirbelnder neuer Ideen, neuer politischer Sichten, neuer Geistesströmungen und veränderter seelischer Reaktionen der Welt unseres Jahrzehnts den Stempel aufdrückt.

Die Geister mühen sich um das Erkennen der sich aus dem Taumel dieser Bewegungen abzeichnenden Umrisse einer neuen Ordnung. Im wirtschaftlichen Blickfeld wird dabei ein Tatbestand sichtbar: das Emporkommen des Staates, das heißt, das stetige Anwachsen der Bedeutung, die der Wille der Staatsführungen für das wirtschaftliche Geschick der Einzelnen und der Völker und damit für das Schicksal der wirtschaftlichen Verflechtung der Welt im ganzen gewinnt. Diesen Wandlungsvorgang beobachten wir in der westlichen Welt ganz allgemein; er beschränkt sich keineswegs auf die sogenannten „autoritären Staaten“. Er gilt aber nicht für die Völker des Ostens, die schwer zu beurteilenden anderen Reaktionsformen unterliegen. In Japan jedenfalls hat der Gedanke der souverän handelnden staatlichen Autorität — auch in der Wirtschaft — nie so stark an Boden verloren wie im Kulturkreis der „souveränen Individuen“, so daß dem japanischen Volk ein echter Vorsprung im Wirtschaftskonzert der Völker in dem Augenblick in den Schoß fiel, in dem die abendländische Welt ihr mühevoll, noch keineswegs beendetes Ringen um eine ähnliche Hochbewertung des Staatsgedankens begann. Ein vom liberalistischen Spezialismus zerspaltetes und isoliertes Individuum hat es im japanischen Bereich nie gegeben. Deshalb teilt Japan diese Erschütterungen des Westens nicht; nicht jene „Flucht“ der Individuen in neue Gemeinschaften und nicht jene Selbst-Auslieferung an den Staat, eine Auslieferung, die sich von Land zu Land in anderer Form und anderem Tempo vollzieht, durch die indessen überall — um den Preis der früheren unbeschränkten Bereicherungschance — die Existenzsicherung und die Erlösung von der überschwer gewordenen Last der ganzen Verantwortung erstrebt wird. Ihr entwachsen gleichzeitig — nach Ab-

schüttlung des zerfasernden Einflusses überspitzter Relativierung allen Seins — neue Bewegungen, die gerade in neuer Bindung den Weg zur Wiedererlangung der Fruchtbarkeit individueller Initiative erblicken.

Im Lebensbezirk der Wirtschaft stehen wir mitten in dem großen Prozeß der Übernahme solcher Funktionen der Verteidigung und Sicherung, der Lenkung und der Setzung objektiver Maßstäbe und Regeln durch den Staat. Darin eine mehr oder weniger rasch vorübergehende Episode zu erblicken, die der Zufall aus der Not der Krisenzeit gebär, ist nirgends mehr angängig. Auch läßt sich dieser Prozeß mit logischen Konstruktionen, die uns als längst geläufige Explizierungen des Segens einer Rückkehr zum reinen liberalen Schema nur noch langweilen, nicht beschwören. Wenn ein angesehener englischer Nationalökonom, Lionel Robbins, seinen Spott darüber ergießt, daß „Die Hohen Vertragsschließenden Teile es unternehmen, einen Posten Sardinen von Ruritaniens nach Utopien zu liefern“, so ist dies dann gegenstandslos, wenn ohne diesen Vertrag die Sardinen mit tödlicher Gewißheit in den Häfen Ruritaniens verfaulen, so aber den Fischern und Arbeitern Utopiens und Ruritaniens die volle Beschäftigung und damit der Sinn ihres Daseins gesichert wird. Wenn wir das Gefühl für das Gewicht des ganzen Geschehens nicht besitzen, wenn wir uns den sich heute vollziehenden Wandlungen innerlich nicht gewachsen erweisen, können wir auch nicht annehmen, daß es uns gelingen wird, unser Schicksal zu meistern. Das ist ganz ernst und umfassend gemeint. Uns alle geht die Frage brennend an, ob dieses Emporkommen des Staates aus dem Chaos der Kräfte zugleich das Auftauchen eines neuen Richtpunktes bedeutet, von dem aus und nach dem hin das ganze Schaffen und Leisten der Menschheit wieder „einen Sinn“ bekommt, d. h. im Ökonomischen, ob damit das Formelement einer neuen wirtschaftlichen Ordnung der Welt, das Agens einer Staatenwirtschaft heranwächst.

Mit solcher Sicht wollen wir uns der Arbeit an dieser Fragestellung verschreiben. Wir wollen vom Staat bestimmtes Geschehen dort zu erfassen und zu deuten suchen, wo es in den Bereich der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen dringt, also in den Außenwirtschaften. Selbstverständlich gehört zur Erfassung des Willens der Staatsführungen auf außenwirtschaftlichem Gebiet auch ein Verständnis der Vorgänge innerhalb der Länder, Völker und staatlichen Organe, und auch die Beurteilung des Gestaltwandels der „Weltwirtschaft“ unter dem Einfluß des außenwirtschaftlichen Staatshandelns wird erst möglich, wenn wir die von Land zu Land verschiedenen natürlichen, volkhaften, wirtschaftlichen, politischen, geschichtlichen, kulturellen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen in Ansatz bringen. Zu ihnen gehören Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdruck, Lebensstandard und Preisniveau, natürliche Grundlagen der Volkswirtschaft und Struktur der Binnenwirtschaft, Staatsform, Partei- und Ständewesen, Wirtschaftsrecht, Instanzenzug der Wirtschaftsbehörden, Organisationsformen, Grad des Zentralismus

u. a. Drei Gesichtspunkte erweisen sich dabei als ganz besonders wichtig: das Strukturproblem, der Entwicklungsstand der statistischen Methoden und das Wirken der tragenden Persönlichkeiten des Staatswillens. Die — vor allem vom Weltkriegserlebnis ausgelöst — Inventuraufnahme der eigenen „kommandierbaren“ Kräfte durch den Staat hat den Staatsführungen erst die Augen geöffnet, welche Bedeutung die Frage der Struktur der eigenen Wirtschaft in jeder Art zwischenstaatlich-wirtschaftlicher Auseinandersetzung für ihre Handlungsfähigkeit besitzt. Die Entwicklung und Verfeinerung der statistischen Methoden, die im übrigen nur durch eine Einschränkung der Souveränität der Unternehmer in bezug auf die Preisgabe der „Vertraulichkeit“ ihrer privaten Erfolgsrechnungen möglich war, hat die komplizierten modernen Wirtschaften erst in einem hinreichenden Grade überschaubar gemacht, um ein planvolles Staatshandeln in der Außenwirtschaft zu ermöglichen. Solange die Wirtschaft als Automatismus wirkte, war die Entwicklungsrichtung noch ablesbar an untrüglichen Symptomen, wie Börsenbewegungen usw. Eine solche „Wirtschaftsbeobachtung“ wird dann aber ein Selbstbetrug, wenn der Staat seine eigenen Maßnahmen an solchen Reagenzien messen wollte. In dieser neuen Stellung der Statistik bestehen in der heutigen Welt größte Unterschiede, die erkannt werden müssen. Ebenso muß uns das Leben und Wirken der persönlichen Träger des Staatswillens, der „Planenden“, in deren Händen in größerem Umfange denn je das Wohl und Wehe ganzer wirtschaftender Gemeinschaften liegt, in höchstem Maße interessieren.

Uns wird sowohl das spezifisch außenwirtschaftliche als auch das politisch außenwirtschaftliche Staatshandeln beschäftigen. Als „spezifisch außenwirtschaftlich“ sehen wir diejenigen Willensäußerungen der Staatsführungen an, die in und für die Außenwirtschaft des Landes geschehen. „Politisch außenwirtschaftlich“ hingegen sind sie, wenn sie als außenpolitische, diplomatische oder strategische Maßnahmen mit dem Mittel der Außenwirtschaft auftreten. Das ist eine — nur begriffliche — Trennung, die nicht immer leicht ist, sofern es sich nicht um ausgesprochen wirtschaftsstrategische Maßnahmen (wie etwa im Falle der gegen Italien angewandten Sanktionen) handelt. Wir sehen indessen darin keine unüberwindliche Schwierigkeit, denn wir wollen gerade nicht das „rein Wirtschaftliche“ um jeden Preis vom „rein Politischen“ trennen. Wer sich fürchtet, bei wirtschaftlichen Erörterungen „politisch zu werden“, ist gestrig.

Vom einzelnen Staat her gibt es im wesentlichen vier Gebiete der Außenwirtschaft, in denen der Staatswille spezifisch oder politisch wirkt: der Gütertausch (Außenhandelslenkung und Außenhandelskontrolle, Zoll- und Handelspolitik, Kolonialpolitik und Rohstoffsicherung, Marktinterventionen und Preispolitik, Sanktionen usw.), der Zahlungs- und Kreditverkehr (Devisenbewirtschaftung, Anleihen- und Goldpolitik, Kreditsperren usw.), der Verkehr (Schiffahrtssubventionen, Blockaden usw.) und die äußeren Wande-

rungen und Siedlungen. Die Beschäftigung mit ihnen ist das Rüstzeug für eine Beurteilung der gegenwärtigen Weltwirtschaft unter dem Einfluß des Staatshandelns, wobei wieder der Welthandel, der Weltzahlungs- und Weltkapitalverkehr, der Weltverkehr und die Wanderungsbewegungen und Kolonisationen der Welt abgrenzbar sind. Alle „weltwirtschaftlichen“ Probleme — etwa die Industrialisierung der Agrarstaaten und die Reagrarisierung der Industriestaaten, das Weltschuldenproblem, die Frage des „wirtschaftlichen Nationalismus“ oder die Krise des internationalen Rechts — rücken dadurch von selbst in eine neue Sicht, und diese Sicht öffnet den Weg zu einer fruchtbaren Erörterung der Bedeutung allen außenwirtschaftlichen Staatshandelns für eine neue wirtschaftliche Weltordnung. Sie stützt sich auf die Kenntnis der Daten und Zusammenhänge, die für eine vergleichende Betrachtung der Voraussetzungen des Staatshandelns in den einzelnen Ländern und für eine Gegenüberstellung der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Lebensformen der Völker unentbehrlich sind, und sie verarbeitet das Wissen, in welcher Weise die Formen des Staatshandelns im „Raum der Weltwirtschaft“ aufeinander treffen und wirken. Damit erst ist diejenige Abrundung des Urteils erreicht, die einen Deutungsversuch erfolgversprechend macht. Die Deutung muß den vollständigen engeren staatenwirtschaftlichen Fragenkreis in Beziehung setzen zur gesamten Problematik einer neuen Ordnung der wirtschaftlichen Zusammenhänge der Welt. Zu ihr gehört die Entwicklungsgeschichte der Weltwirtschaft ebenso wie die Geschichte des Staatshandelns in der Außenwirtschaft, eine wirtschaftsphilosophische Schau ebenso wie wirtschaftstheoretische Überlegungen; vor allem aber eine geopolitische Konzeption der Welt.

Die Bewertung jeder einzelnen Staatsmaßnahme wird immer von einem gewissen Standort aus geschehen müssen. Die Bestimmung dieses Standortes ist abhängig von einem geschlossenen Weltbild, das wir heutigen Menschen, was die Ordnung des Zusammenlebens der Völker angeht, noch nicht besitzen. Soviel ist indessen sicher: Eine der Hauptwurzeln der sich heute unter den Trümmern der „Weltwirtschaft“ nach dem Staate hin vollziehenden Kräfteverlagerung liegt im Weltkriegserlebnis. Die Bestimmung der Ursache des Weltkrieges aus der wirtschaftlichen Rivalität der führenden Industrieländer ist gewiß nur eine der tausendfältig möglichen Ausdeutungen des epochalen Ereignisses. Aber in dem Maße, in dem sich die 1914 bis 1918 geworfenen Schicksalslose auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Zusammenlebens der Völker unerbittlich erfüllen, wird tagtäglich in einem tieferen Sinne neu bestätigt, daß mit dem Griff zur Waffe der Glaube an die selbstheilende Kraft des weltwirtschaftlichen Automatismus endgültig zertrümmert wurde. Die von den langsam absinkenden, verrentneten Industrieländern erhobene, gänzlich aliberalen Forderung nach dem Einsatz der Waffe für die Verteidigung und die Konservierung des nationalen Bestandes an gewachsenen Wirtschaftskräften und -formen rief den Staat auf den Plan, der über Einsatz

oder Nicht-Einsatz der Waffe entschied. Mit seiner Entscheidung für diesen Einsatz wurde zugleich die Idee des totalen Einsatzes des Staates für die Totalität der wirtschaftenden Gemeinschaft geboren.

Solange Ursprung und Wesen des außenwirtschaftlichen Staatshandelns nicht weiter erforscht sind, wollen wir auf dieser Grundlage zu arbeiten anfangen. Dabei verkennen wir die Schwierigkeiten der Trennung des alten von dem neuen Geschehen nicht. Wir wissen sehr wohl, daß es Staatsmaßnahmen auf außenwirtschaftlichem Felde — Außenhandelspolitik, obrigkeitliche Beeinflussungen der Auslandsinvestitionen privater Kapitalbesitzer, Unterstützungen (Subsidien) auf dem Gebiete des internationalen Verkehrs und schließlich Betreuungen, Förderungen und Hemmungen der Wanderungen über die Landesgrenzen — praktisch schon immer gegeben hat. Nach unserer Herleitung ist Unterscheidungsmerkmal gegenüber früher der Grad der Souveränität und Totalität der staatlichen Entscheidungen, d. h. die Frage, in welchem Maße der staatliche Wille dem Gedanken des totalen Einsatzes für die Totalität der eigenen Wirtschaft (oder der politischen Gemeinschaft) verpflichtet ist und wie weit es ihm auf eine gesamt- oder nationalwirtschaftliche, nicht auf eine einzel- bzw. gruppenwirtschaftliche Erfolgsrechnung ankommt. Da sich aus letzterem auch ergibt, wie weit aus dem Handeln des Staates die Bereitschaft spricht, nach Abwägen des „kleinsten Übels“ eine Maßnahme — wenn nötig — auch gegen die Interessen einzelner Wirtschaftsteile durchzuführen, gibt diese Fragestellung zugleich die Handhabe für die Abgrenzung des Verhältnisses zwischen Staats- und Privatinitiative in den Außenwirtschaften. Von hier aus ist schließlich auch einfacher zu unterscheiden zwischen Maßnahmen, die als isolierte Abwehrakte von Krisenerscheinungen aus einer Art Panikstimmung heraus erfolgten, und anderen, die konstruktive Äußerungen des Staatswillens, Vorstöße in neues Land sind. Man wird nicht übersehen dürfen, daß der moderne Gedanke des Staatswillens in der Wirtschaft aus einer Defensivstimmung, aus einer Verteidigungsaufgabe welt-historischen Ausmaßes erwachsen ist. Aber kein Staat kann ewig dabei stehenbleiben, Gewordenes zu konservieren, übernommene Aktiva zu sichern und übernommene Passiva zu liquidieren. Es stehe also hinter unserem Schaffen die Bindung an den Glauben, daß das Staatshandeln in den Außenwirtschaften der Völker eine der Grundlagen für den Neubau der wirtschaftlichen Beziehungen der Welt ist. Die dem Staatshandeln in den einzelnen Völkern unterliegenden Ideen rücken sich ohne Zweifel langsam näher. Vielleicht entsteht daraus — mindestens in der westlichen Welt — eine neue Gemeinsamkeit des Weltbildes, auf die sich das Staatshandeln und der internationale Ausgleich der staatlichen Willensäußerungen stützen könnten. Das würde den Schritt von der heutigen „politisierten Weltwirtschaft“, wie die Anhänger der alten Ordnung diese Vorstöße des Staatshandelns bezeichnen, zu einer „politischen Wirtschaft der Staaten“ bedeuten.

KARL C. THALHEIM:
Wanderung in der Hand des Staates

Das Zeitalter des Merkantilismus hatte in den Bereich seiner staatlich gelenkten Wirtschaft in vollem Umfange auch die Wanderungen einbezogen. Ob diese staatlich gelenkte Wirtschaft sich nun in den Auswanderungsverboten äußerte, mit denen der Staat den Verlust wertvoller Menschenkraft zu verhindern suchte, ob in der fast völligen Ausschließung fremder Einwanderer, mit der Spanien und Portugal ihr ungeheueres Kolonialreich für sich monopolisierten, ob in der fast beispiellos fruchtbaren Einwanderungs- und Siedlungspolitik der drei großen Hohenzollernherrscher: in jedem Falle war es der Staat, der Umfang und Zielrichtung menschlicher Massenbewegungen im Dienste seiner politischen Zielsetzungen regelte. Dem entsprach es auch, wenn die Wanderungen dieser Zeit in aller Regel organisierte Gruppenwanderungen, nicht Wanderungen einzelner isolierter Individuen gewesen sind.

Die Massenwanderungen des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts zeigen demgegenüber ein völlig anderes Gesicht. Dreierlei ist dabei im Zusammenhang unserer Fragestellung von Bedeutung: die massenhafte Summierung von Einzelbewegungen an Stelle organisierter Gruppenwanderungen; der Verzicht des Staates auf planende Lenkung der Wanderungsbewegung, wobei auf der Seite der Aus- wie der Einwanderungsstaaten wesentliche Unterschiede nicht festzustellen sind; und schließlich die Betrachtung der Aus- und Einwanderung unter rein ökonomischem Gesichtswinkel. Am deutlichsten wird das in der Haltung der Einwanderungsstaaten. Für sie galt angesichts der großen leeren Räume, die zu füllen waren, das Wort Friedrich Wilhelms I.: „Menschen achte vor den größten Reichtum“; sie brauchten die Hände, die ein Stück nach dem anderen des unerschöpflichen Bodenvorrats in Bearbeitung nahmen. Woher diese Menschen kamen, schien demgegenüber gleichgültig, wenn sie nur körperlich und geistig gesund genug waren, um den harten Anforderungen des Neulandes gewachsen zu sein. Und ob sie das waren, darüber entschied nicht ein Einwanderungsbeamter, sondern das Leben selbst; wer versagte, ging unter, wer sich bewährte, konnte für sich oder seine Nachkommen eine Freiheit und Weite des Daseins erkämpfen, wie sie die alten Länder Europas nur wenigen zu bieten vermochten. Die Spannungen, die sich aus dem verschiedenen Ausnutzungsgrad des Raumes zwischen alten und neuen Ländern ergaben, waren Antriebskraft genug, um trotz dieses Risikos den Strom der Wanderer fast kontinuierlich anschwellen zu lassen.

Den Auswanderungsländern lag der Gedanke einer politisch orientierten Lenkung oder Beeinflussung dieser Bewegung fern. Nachdem die scharfen merkantilistischen Auswanderungsgesetze weggefallen waren, beschränkten sich die staatlichen Re-

gelungen auf Maßnahmen polizeilicher oder wohlfahrtspflegerischer Natur, wofür das deutsche Auswanderungsgesetz von 1897 ein kennzeichnendes Beispiel ist; höchstens daß man versuchte, durch unverbindliche „Beratung“ einen Teil der Auswanderung in eigene Kolonialgebiete zu leiten.

Einwanderungsländer sind es zuerst gewesen, die in diesen viele Jahrzehnte hindurch fast uneingeschränkt gültigen Grundsatz internationaler Freizügigkeit eine Bresche geschlagen haben; in den Vereinigten Staaten und in einigen britischen Dominien können wir schon gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts das Wirksamwerden von Tendenzen beobachten, die den Anfang einer Entwicklung darstellen, an deren Ende schließlich die heutige staatliche Regelung des Wanderungswesens steht. Es ist sehr charakteristisch, daß der erste Anfang dieser Entwicklung mit einem Rassenproblem zusammenhängt. Während sich bis dahin die Wanderungen lediglich im Bereich der weißen Rasse abgespielt hatten — wir sehen dabei von dem völlig anders gearteten Sklavenhandel mit Negern ab —, erschien seit den 50er Jahren in den Randgebieten des Stillen Ozeans die gelbe Rasse. Die Einwanderung zuerst von Chinesen, dann auch von Japanern hat den Anstoß dazu gegeben, daß in den Vereinigten Staaten, in Australien und Kanada die ersten einschränkenden Maßnahmen gegen die Einwanderung ergriffen worden sind. Aber im Haupteinwanderungsland, den Vereinigten Staaten, mußte man bald feststellen, daß die volksbiologischen Probleme der Wanderung sich nicht mit der Zuwanderung so völlig rassenfremder Elemente, wie die Ostasiaten sie darstellten, erschöpften. In den 80er Jahren beginnt auch in der Zusammensetzung der europäischen Massenwanderung ein Umschichtungsprozeß von außerordentlicher Tragweite. Bis dahin war die Besiedlung der überseeischen Neuländer ganz überwiegend von den nord- und mitteleuropäischen Völkern getragen gewesen. Deutsche, Briten, Iren und Skandinavier waren die Hauptträger der Wanderungsbewegung. Lediglich an der Erschließung Süd- und Mittelamerikas waren auch die Bewohner der iberischen Halbinsel sowie die Italiener stärker beteiligt gewesen. Ja sogar die kontinentalen Wanderungen innerhalb Europas wiesen eine Zielrichtung von der Mitte des Erdteiles nach dem Osten und Südosten auf, wie die starke deutsche Kolonisation in Ungarn und Rußland beweist, die, seit Beginn des 18. Jahrhunderts einsetzend, noch bis in die 20er Jahre des 19. Jahrhunderts andauerte.

Je mehr aber in Nord- und Mitteleuropa der Industrialisierungsprozeß fortschritt und je mehr infolge der damals günstigen Voraussetzungen dieser Entwicklung die Bevölkerungsüberschüsse dieser Länder in den neuen industriellen Produktionsanlagen volle Beschäftigung fanden, desto geringer wurde der Anreiz zur Auswanderung. Die Umkehr in der Zielrichtung der kontinentalen Wanderungen sehen wir mit besonderer Deutlichkeit an der Tatsache, daß seit Beginn der 90er Jahre der Arbeiterbedarf der deutschen Landwirtschaft nur noch durch die Zuwanderung polnischer Saisonarbeiter gedeckt werden kann. Annähernd gleichzeitig vollzieht sich

die Umschichtung in der Zusammensetzung der überseeischen Wanderermassen. Während die Auswanderung aus den alten Herkunftsländern Nord- und Mitteleuropas rasch und stetig zurückgeht, schwillt der Auszug von Italienern, Spaniern und Portugiesen, Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Jugoslawen, Griechen und Bulgaren in einem Maße an, daß die zwischenstaatlichen Wanderungen nicht nur alles bisher Erlebte weit in den Schatten stellen, sondern auch rassisch und völkisch ein vollständig anderes Gesicht gewinnen. (Dabei sind die Ostjuden ein Problem für sich.) Noch im Jahre 1882 waren in den Vereinigten Staaten 87% der Einwanderer aus den alten Auswanderungsländern Nord- und Mitteleuropas und nur 13% aus Ost-, Südost- und Südeuropa gekommen. Bis zum Jahre 1907 hatte sich das Verhältnis fast umgekehrt: 81% „neuer“ Einwanderung standen jetzt nur noch 19% Einwanderer aus den alten Ländern gegenüber.

Das vor allem ist der Tatbestand, der in den Vereinigten Staaten die Ursache einer wachsenden einwanderungsfeindlichen Strömung geworden ist. Die Ursachen waren sozialer und volksbiologischer Natur. Unmittelbar sah man eine Gefahr in der Erschütterung des hohen sozialen Niveaus, das der amerikanische Arbeiter bei der natürlichen Gunst des Landes und der fast ständigen Knappheit an Arbeitskräften erreicht hatte, dessen hohen Lohn die bedürfnislosen Ost- und Südosteuropäer bedenkenlos unterboten. Mehr und mehr machte sich aber auch die Einsicht geltend, daß volksbiologisch diese neuen Einwanderer dem Körper eines werdenden „amerikanischen“ Volkes wesentlich schwerer einzuverleiben seien, als die Deutschen oder Skandinavier der Vergangenheit, da diese rassisch und kulturell dem herrschenden angelsächsischen Volkstum ungleich näherstanden und von ihm auch ungleich leichter assimiliert werden konnten. Damit begann sich bereits eine Betrachtungsweise durchzusetzen, die die internationale Wanderung nicht mehr nur unter ökonomischen Gesichtspunkten sah, die die Einwanderer nicht mehr nur als Arbeitskräfte, sondern als Glieder eines werdenden Volkskörpers betrachtete.

Immerhin war in der Vorkriegszeit die grundsätzlich liberale Haltung doch noch so stark ausgeprägt, daß diese Neueinstellung sich nur zögernd und unvollkommen durchzusetzen vermochte. Wohl sind eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt worden, die deutlich auf eine Einschränkung der unerwünschten neuen Einwanderung abgestellt waren, wie insbesondere das Verbot der Einwanderung von Analphabeten in USA. im Jahre 1917. Aber erst die Auswirkungen des Weltkrieges ließen in den Vereinigten Staaten die grundsätzliche Abkehr von dem Gedanken internationaler Freizügigkeit zur Wirklichkeit werden. Man wollte nicht mehr „Kolonialland“ sein, um so weniger, als ja gerade die Union durch den Weltkrieg einen unerhörten Aufstieg ihrer wirtschaftspolitischen Machtstellung erlebt hatte. Und man fürchtete mit Recht, daß die durch Krieg und Friedensdiktate ausgelöste Zerrüttung Europas zu einer Massenflucht von unerhörtem Ausmaße führen

würde, wenn man nicht eine Mauer gegen diese unerwünschte Zuwanderung aufrichtete.

So kam es im Jahre 1921 zum Erlaß des Einwanderungsgesetzes der Union, des ersten Einwanderungsgesetzes eines großen Landes, das nicht mehr den Charakter einwanderungspolizeilicher Regelung trug, sondern eine bewußte staatliche Lenkung und Auslese im Dienst volksbiologischer Zielsetzungen anstrebte. Indem dieses Gesetz die Zahl der jährlichen Einwanderer auf 3% der Angehörigen jeder Nationalität begrenzte, die nach der Volkszählung des Jahres 1910 in der Union ansässig gewesen waren, wurde eine scharfe Auslese der Einwanderer in nationaler Hinsicht durchgeführt, da nach diesem Grundsatz die zugelassenen Quoten der Einwanderer bei den „alten“ Einwanderungsländern im Verhältnis ungleich höhere waren als bei den neuen.

Die Entstehung dieses nordamerikanischen Einwanderungsgesetzes zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es sich hier nicht um eine Notmaßnahme, sondern um die Auswirkung eines strukturellen Wandlungsprozesses handelt. Wie allerdings die besondere Situation der ersten Nachkriegsjahre die Durchsetzung dieser Tendenzen wesentlich gefördert hat, so ist ihr Weitergreifen auf andere Einwanderungsstaaten durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sehr beschleunigt worden. Die Tatsache einer nie gekannten Massenarbeitslosigkeit, die in vollem Umfange auch die überseeische Welt ergriff, ließ überall das Streben in den Vordergrund treten, durch rigorose Beschränkung der Zuwanderung die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten für die eigenen Landeskinder zu reservieren. Es kann wohl nicht zweifelhaft sein, daß es sich bei diesen Maßnahmen größtenteils ebenso um ausgesprochene Notmaßnahmen handelt, wie wir sie gleichzeitig in so großer Fülle auch auf dem Gebiete des internationalen Güteraustausches sehen. Eine Besserung der gesamten Wirtschaftslage wird allmählich wohl auch in der Regelung des Wanderungswesens zu Lockerungen und Erleichterungen führen. Sie werden aber bestimmt nicht so weit gehen, daß die Tendenz fallen gelassen wird, Umfang und Zusammensetzung der Einwanderung straffer staatlicher Leitung vorzubehalten. Denn während das Quotengesetz der nordamerikanischen Union in der Zeit bis zur Weltwirtschaftskrise fast der einzige wirklich entscheidende Versuch dieser Art blieb, haben sich inzwischen fast alle Einwanderungsländer ähnliche Gesetze geschaffen, die ihnen die Möglichkeit qualitativer Auslese der Zuwanderer geben. Dabei hat der Grundsatz der Festlegung bestimmter Höchstkontingente für die jährliche Zuwanderung der Angehörigen der einzelnen Staaten, wie ihn zuerst die USA. 1921 anwandten, vielfach Schule gemacht, weil auf diesem Wege die volksbiologischen Zielsetzungen besonders entschieden gefördert werden konnten. Besonders kennzeichnend ist in dieser Beziehung die brasilianische Quotengesetzgebung des Jahres 1935, mit der auch das wichtigste der lateinamerikanischen Einwanderungsländer dem Beispiel der nordamerikanischen Union folgte.

So sehen wir heute auf der Seite der Einwanderungsländer drei Grundtendenzen der Regelung:

1. Quantitative Begrenzung der Einwanderung entsprechend den Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft.
2. Qualitative Auslese der Einwanderer im Hinblick auf ihre persönlichen Eigenschaften und ihre berufliche Eignung für die Betätigung im Einwanderungsland.
3. Volksbiologische Auslese, die von vornherein nur diejenigen Einwanderergruppen zuläßt, die in völkischer Hinsicht erwünscht scheinen.

Mit diesem dritten Gesichtspunkt wird in den heutigen Strukturwandel der internationalen Wanderungen der entscheidende außerökonomische Gesichtspunkt getragen, dessen Wirksamwerden den Bruch mit der Denkweise des liberalen Zeitalters besonders deutlich erkennen läßt.

Wenn, wie gezeigt wurde, diese Entwicklung auf der Seite der Einwanderungsländer ihren Anfang genommen hat, so liegt es doch auf der Hand, daß sich bei den Auswanderungsstaaten eine gleichgerichtete Reaktion vollziehen mußte. Je schärfer die Auslese der Einwanderungsländer im Hinblick auf die persönlichen und beruflichen Eigenschaften der Einwanderer wurde, desto mehr wurde die Auswanderung zu einem reinen Verlust für das menschenhergebende Land, zumal die Tendenz rascher Industrialisierung der Neuländer manche Probleme, wie insbesondere das der Facharbeiter-Auswanderung, entstehen ließ, deren Schwergewicht sich mit der bisherigen fast schrankenlosen Freiheit der Auswanderung nicht vertrug. Dazu kommt, daß entgegen den Übervölkerungsängsten der ersten Nachkriegsjahre das rasch rückläufige Bevölkerungswachstum der Nachkriegszeit immer mehr die Sorge um die Bestandserhaltung der europäischen Völker wachsen ließ, so daß auch rein mengenmäßig gesehen ein Zwang zur Auswanderung großenteils nicht mehr gegeben war. Erschwerend fiel dabei ins Gewicht, daß die Einwanderungspolitik der überseeischen Länder vor allem die Zuwanderung bäuerlicher Siedler und Landarbeiter begünstigte, von Bevölkerungsgruppen also, an denen die europäischen Industrieländer keineswegs einen Überfluß besaßen. Und schließlich mußte natürlich auch die Stellungnahme der Auswanderungsländer zum Wanderungsproblem beeinflußt werden durch das Wachstum des Nationalismus. Wenn schon Auswanderung notwendig war, dann sollte diese wenigstens so gelenkt werden, daß dabei ein möglichst großes völkisches Aktivum erzielt und die völkische Assimilation der Auswanderer in der neuen Heimat so weitgehend wie möglich verhindert würde.

Das beste Beispiel für die Wirksamkeit dieser Tendenzen bietet Italien. In der letzten Vorkriegszeit zum klassischen europäischen Auswanderungsland geworden, das in der Massenauswanderung die Abhilfe für einen unerträglichen Bevölkerungsdruck sah, hat es seit der Übernahme der Staatsführung durch den Faschismus mehr und mehr scharf auswanderungsgegnерische Bahnen beschritten und sucht sich heute durch seine Kolonialpolitik eigene Siedlungsgebiete zu

schaffen, in denen seine Auswanderer der Gefahr des völkischen Verlustes entzogen sind.

Eine interessante Auswirkung dieser Tendenzen auf beiden Seiten ist die Rückkehr zu dem, wie oben gezeigt, für den Merkantilismus so typischen Prinzip der organisierten Gruppenauswanderung und Gruppensiedlung. Die Einwanderungsstaaten erwarten von einer Förderung organisierter Gruppensiedlungen günstigere Ergebnisse für ihre eigene Volkswirtschaft und suchen durch die dabei angewandten Grundsätze eine ihnen unerwünschte Ballung der Angehörigen des gleichen Volkes zu verhindern, die die völkische Assimilierung erschwert. Umgekehrt streben die Auswanderungsländer darnach, solche geschlossenen Gruppensiedlungen und damit die völkische Bestandserhaltung ihrer Auswanderer zu fördern.

Die besten Erfolge haben — nicht erst seit heute — mit diesen Methoden die Japaner erzielt. Eine im Vergleich zu Europa stärkere Immunität gegenüber den Gedankengängen des Liberalismus wirkte dabei zusammen mit der Tatsache, daß gerade die japanische Auswanderung auf den schärfsten Widerstand der zum weißen Siedlungsraum gehörigen Einwanderungsländer stieß; der Grundsatz staatlicher Lenkung der Auswanderung war deshalb in Japan bereits zu einer Zeit maßgebend, in der in Europa noch in vollem Umfange der Grundsatz der Freizügigkeit galt. Die Erfolge, die die japanische Kolonisation in Nord- und Mittelbrasilien erzielt hat, sind nicht nur aus der Zähigkeit des japanischen Kolonisten, sondern ebenso sehr auch aus den Vorzügen planvoll geleiteter Gruppensiedlung zu erklären. Andererseits zeigt uns aber gerade auch die heutige japanische Wanderungsbewegung die Grenzen, die dem staatlichen Einfluß in dieser Beziehung durch natürliche Voraussetzungen gezogen sind. Im japanischen Einflußgebiet Mandschukuo stößt die organisierte japanische Gruppensiedlung mit der völlig unorganisierten, zahlenmäßig aber ungleich stärkeren chinesischen Masseneinwanderung zusammen und hat sich dieser bisher durchaus unterlegen gezeigt, weil die bewußt national- und militärpolitisch geleitete Siedlung der Japaner mit der Ungunst der natürlichen Voraussetzungen, insbesondere dem Klima, nicht fertig zu werden vermag. —

Der im vorstehenden geschilderte Wandel im Wanderungswesen der Welt findet seinen Niederschlag vorläufig ganz überwiegend in der innerstaatlichen Gesetzgebung, vor allem der Einwanderungs-, in wesentlich geringerem Maße auch der Auswanderungsländer. Wanderungen sind keine Sache der Gegenseitigkeit; das unterscheidet sie grundsätzlich von dem internationalen Warenaustausch und gibt der innerstaatlichen Gesetzgebung auf diesem Gebiete eine viel größere Handlungsfreiheit als in der Handelspolitik, in der bei jeder Regelung die Rücksicht auf die Reaktion des Auslandes nicht unberücksichtigt bleiben darf. Daraus ist es wesentlich auch zu erklären, daß der Strukturwandel der Weltwirtschaft im Wanderungswesen bisher in wesentlich geringem Umfange als im Welthandel seinen Niederschlag in zwischenstaatlichen Vereinbarungen gefunden hat. Doch fehlen solche

durchaus nicht, und die Entwicklung der letzten Jahre macht es außerordentlich wahrscheinlich, daß sie in Zukunft erhöhte Bedeutung für die Gestaltung der internationalen Wanderungen gewinnen werden. Wir denken dabei nicht an die multilateralen Konventionen, die auf dem Wege über die Internationale Arbeitsorganisation des Völkerbundes zustande gekommen sind; sie gehen über Maßnahmen der Auswandererfürsorge nicht hinaus, und es ist nicht zu erwarten, daß auf diesem Wege konstruktive zwischenstaatliche Wanderungspolitik entstehen könnte.

Ansätze zu solcher finden wir dagegen in den bilateralen Abkommen, die zwischen Ein- und Auswanderungsländern in den letzten Jahren in wachsender Zahl abgeschlossen worden sind. Sie zerfallen in reine Arbeitsmarktabkommen und in Siedlungsabkommen. Während man bei den ersteren früher fast ausschließlich allgemeine Grundsätze für Anwerbung und Beschäftigung der Angehörigen des als Vertragspartner auftretenden Landes vereinbarte, finden wir neuerdings auch Vereinbarungen, die genau Zahl und Art der zuzulassenden ausländischen Arbeitnehmer festlegen, damit also den Kontingentsverträgen im Außenhandel an die Seite zu stellen sind. Eine zweite Gruppe bilden die Siedlungsabkommen, wie sie uns z. B. in den Vereinbarungen entgegentreten, die zwischen Großbritannien und den britischen Dominien über die Förderung britischer Siedlung abgeschlossen worden sind (wobei freilich die praktischen Auswirkungen dieser Abkommen deutlich die gerade auf dem Gebiete der Siedlung bestehenden erheblichen Schwierigkeiten erkennen lassen). Ein weiteres charakteristisches Beispiel dafür bietet das neuestens zustande gekommene Siedlungsabkommen zwischen den Niederlanden und Argentinien, das an anderer Stelle dieses Heftes ausführlicher besprochen wird.

Das alles sind gewiß vorerst nur bescheidene Ansätze — aber sie lassen doch erkennen, daß nach dem durch die Weltkrise verursachten fast völligen Stillstand der zwischenstaatlichen Wanderungen heute der Weg zu ihrer konstruktiven Neuordnung gesucht wird. Auch im weißen Siedlungsraum der Erde ist die Geschichte des zwischenstaatlichen Menschaustauschs nicht zu Ende. Aber sie steht in einem neuen Stadium. Die Zeit internationaler Freizügigkeit ist endgültig abgeschlossen. Die Zukunft gehört der Wanderung in der Hand des Staates.

ARNOLD SEIFERT:

Staatenwirtschaftliche Länderschau

Die Lissaboner Regierung rückt dem Kabeljau des Nordatlantik mit immer drastischeren Maßnahmen auf den Leib. Alle portugiesischen Fischer, die sich im Jahre 1936 als Klippfisch-(Bacalhau)-Fänger in die Fischermatrikel eingetragen haben, sind zu Beginn der diesjährigen Fangperiode durch Regierungsverordnung zwangsweise rekrutiert worden, sofern sie sich bis zum 15. April nicht selbst zur Anheuerung auf den Fahrzeugen der Klippfisch-Reeder gemeldet

hatten (Ministério da Marinha, Decreto-lei Nr. 27 658 Diário do Governo I/92, p. 382, 21. April 1937). Es stellt sich heraus, daß die Ausfahrt und der Betrieb der von der Regierung mit großer Mühe aufgebauten Klippfischer-Flottille durch den Mangel an Arbeitskräften ernstlich gefährdet waren. Man muß wissen, daß der Klippfisch das Hauptnahrungsmittel der breiten Massen des portugiesischen Volkes ist und daß er immer noch, wenn auch bereits in beträchtlich verringertem Umfang, eingeführt werden muß. Wenn man in Mitteleuropa den Portugiesen hauptsächlich als Fischer von Sardinien kennt, so deswegen, weil die Sardinien im Lande nur wenig verzehrt, sondern ausgeführt werden. Aber trotz dieser großen Ausfuhr von Sardinien, die vor allem aus den an der Südküste regelmäßig auftauchenden riesigen Schwärmen bestritten wird, führt die Vorliebe der Portugiesen für ihr Nationalgericht dazu, daß der Außenhandel in Fischen meist mit einem Passivsaldo schließt.

Seit 1934 sucht die von Oliveira Salazar geführte portugiesische Regierung hierin Wandel zu schaffen, und zwar einmal durch die — wie man sieht — konsequent betriebene Hebung des eigenen Klippfischfanges. Im Juni 1934 wurde ein Regierungskommissariat für den Handel mit Klippfischen eingesetzt, das Comissão Reguladora do Comercio de Bacalhau (C. R. C. B.). Im Oktober—November 1934 erfolgte die Errichtung einer Gilde der Importeure, dem Gremio dos Importadores Armazenistas de Mercearia, und einer Gilde der Klippfisch-Reeder, dem Gremio dos Armadores. Beide stehen unter Aufsicht des C. R. C. B. Die Flotte des Gremio dos Armadores stieg von 33 Fahrzeugen im Jahre 1934 auf 51 in 1936 und dürfte in diesem Jahre erneut vermehrt werden. Eine Verordnung (No. 27 701 Diário do Governo I/112, 15. Mai 1937) schaltet die als Hausbank des Staates fungierende Caixa Geral de Depósitos, Crédito e Previdência für sofortige Beschaffung von Krediten für Klippfisch-Reeder ein, da die zu solchen Zwecken vorgesehenen Fonds des Gremio dos Armadores noch nicht ausreichen. Durch diese Förderung des Fanges unter eigener Flagge konnte die Klippfischeinfuhr schon beträchtlich vermindert werden. Die Statistik, die die Bewegungen der Fisch-ein- und -ausfuhr in jüngster Zeit genauer erfaßt, weist im ersten Vierteljahr 1937 eine Halbierung der Einfuhr von Fischereierzeugnissen gegenüber der gleichen Vorjahrszeit aus.

Das ist indessen nur der eine Weg der Deviseneinsparung, der zweite geschieht durch planmäßige Steuerung der Einfuhr nach Menge und Preis. Seit Frühjahr 1935 besitzt das Gremio dos Importadores das Ankaufsmonopol für Klippfisch in Portugal. Die Ankaufs-, sowie die Verkaufspreise und die dem Handel zuzuführenden Mengen setzt das C. R. C. B. fest. Die Wirkung ist sehr lehrreich. Seit dieser „Nationalisierung“ des Klippfischfanges unter dem Regierungskommissariat ist es dem Gremio dos Importadores regelmäßig gelungen, den ausländischen Fisch zu viel niedrigeren als den Weltmarktpreisen zu kaufen, obgleich 1935 die norwegischen und isländischen Fänge klein waren und obgleich die Welt-

marktpreise 1936 ständig anzogen! Die monopolistische Zusammenfassung des Einfuhrbedarfs des ganzen Landes ermöglicht offenbar die Vergebung von derart großen Aufträgen, daß allein dieser Umstand bei Abschluß der einzelnen Geschäfte zu einer besonders günstigen Preisgestaltung führt. Dabei ist der Nachteil der Anbieter um so größer, je größer ihre Zahl und je geringer auf ihrer Seite der zentrale Wille ist. Großbritannien z. B. schied als Lieferant für das Gremio dos Impartadores schon 1935 praktisch fast gänzlich aus, weil die meisten der einzelnen englischen Anbieter zu kleine Mengen heranführten. Demgegenüber hat Norwegen bezeichnenderweise die geforderten Preise bewilligt erhalten, weil sich Portugal in dem im September 1934 geschlossenen Norwegisch-Portugiesischen Handelsvertrag verpflichtete, als Gegenleistung für die jährliche Abnahme einer festgesetzten Menge portugiesischen Weins 40 Prozent seiner Einfuhr an Klippfisch zu laufenden Weltmarktpreisen in Norwegen zu decken. Das innere Preisniveau für Klippfisch ist auf Grund der vom Gremio dos Importadores erzielten, wesentlich niedrigeren cif-Preise nicht gesenkt worden. Der Regierung geht es lediglich um den nationalwirtschaftlichen Erfolg der Aufbesserung der Devisenbilanz.

*

Die portugiesische Politik ist ein sinnfälliger Ausdruck für die Anziehungskraft, die das „Niemandsländ der Weltwirtschaft“, die hohe See, in den letzten Jahren für alle diejenigen Länder gewonnen hat, die auf die mit landeseigener Kraft erschließbaren Nahrungs- und Rohstoffquellen angewiesen sind. Der schwankende Boden der Fahrzeuge der Hochseefischerei und des Walfanges wird für jeden Staat, unter dessen Flagge er wenigen Männern eine Arbeitsstätte ist, zu einem kostbaren Besitz; denn er ist Währungshoheitsgebiet, innerhalb dessen ohne Rohstoffe (und in Fällen wie Norwegen, Holland und Island ausgesprochen devisenschaffend) produziert werden kann. Kein Wunder daher, daß die Staaten mit den Fronten ihre Eigenerzeugung auch in diesem verbliebenen Freiraum immer stärker aufeinanderrücken. Die Gefahr von Zusammenstößen ist gering; der internationale Rechtsgrundsatz von der „Freiheit der Meere“ ist unbestritten. Die hohe See ist mit allem ihren Inhalt nicht einmal ein „Gemeinschaftsgut“ der Nationen (denn dann könnte sie auch Einzelgut werden); sie gehört in Wahrheit allen und keinem. Aber ein anderes droht: die Fische beginnen zu streiken! Die sprichwörtliche Unerschöpflichkeit des Fischreichtums der Meere hält dem Ansturm nicht mehr stand. Vor allem hat sich das Fangen und Anführen junger Fische, die nur zur Verarbeitung in Fischmehlfabriken, zur Verfütterung in Entenzüchtereien und zu ähnlichen Verwendungen (Zuchtfüchse) taugen, verhängnisvoll auf die Erhaltung der Brut ausgewirkt.

Das war der Anlaß einer internationalen Konferenz, die — ganz im Gegensatz zu sonstigen zwischenstaatlichen Bemühungen des Frühjahrs — am 26. März in London mit einem ausgezeichneten Erfolg zu Ende ging: die Inter-

nationale Konferenz zur Regelung des Fischfangs im Nordatlantik und seinen Nebenmeeren mit Ausnahme der Ostsee und des Mittelmeers. Auf ihr kamen zehn Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Island, Irland, die Niederlande, Norwegen, Polen und Schweden) überein, die Erhaltung und Verbesserung des Fischbestandes im Interesse aller Beteiligten dadurch zu sichern, daß die Maschenweite der Grund- und Schleppnetze und die Mindestgröße der Fische einheitlich festgesetzt und von den Regierungen verbindlich angeordnet wird. Unter den Mindestmaßen dürfen die verschiedenen Fischarten nicht mehr an Bord gehalten, mitgenommen, an Land gebracht und verkauft werden.

Solche Abkommen sind an sich nichts Neues. Das Interessante an dieser Abmachung (wie auch an dem am 8. Juni mit ähnlichen Zielen zustande gekommenen Londoner Walfischfang-Abkommen, von dem noch zu reden sein wird) ist für uns, daß sich gerade in heutiger Zeit eine derartige Zusammenarbeit als möglich erweist und daß Länder, die die Erlangung der Nährfreiheit ausgesprochen zum Gemeinschaftsziel der Nation machen, dafür kein Hindernis bilden. Im vorliegenden Fall kam die Behinderung gerade von der anderen Seite. Ist es symptomatisch für die schwache Stellung des Staates in Frankreich, daß die französische Regierung — obgleich ihre Kommission in London begeistert für die Regelung stimmte — dem Abkommen nicht beitrug, weil die lokale Opposition in den Zentren der französischen Fischverarbeitung, besonders in Arcachon, nicht überwunden werden konnte?

*

Zusammen mit einem neuen Handelsvertrag wurde am 17. April in Buenos Aires zwischen den Niederlanden und Argentinien ein Wanderungsabkommen unterzeichnet, das sich zur Aufgabe macht, holländische Kleinbauern und Gärtner, soweit ihnen durch die Strukturwandlungen im agrarischen Aufbau Europas in ihrer alten Heimat wohl dauernd die Existenzgrundlage genommen sein dürfte, auf den Deltainseln des Paraná anzusiedeln. Die Einwanderung ist sehr besonnen geplant. Vor allen Dingen ist die für die Siedler bestimmte neue Heimat von sehr ähnlichem geographischen, klimatischen und wirtschaftlichen Aufbau wie ihre alte.

Das Inselreich des Paránadeltas ist eingeschlossen zwischen dem kleinen Fluß Luján und den vielen Armen, mit denen der Paraná in den Trichter des Rio de la Plata mündet. Es beginnt bei der kleinen Stadt Tigre (40 Minuten Eisenbahnfahrt von Buenos Aires) und dehnt sich bis nach Rosario aus. Es ist von großen befahrbaren Armen des Paraná (einer davon auch für Seeschiffe passierbar) durchzogen, hat Dutzende von kleinen Flüssen und Seitenarmen und eine Unzahl von Kanälen, die zum größten Teil von holländischen Strombauingenieuren gebaut worden sind. Der Boden ist alluvialer Grund mit einer dicken fruchtbaren Humusschicht. Es gedeihen vor allen Dingen Früchte (Pfirsiche, Pflaumen, Birnen, Zitrusfrüchte) und Gemüse. Im übrigen ist die Anpflanzung einer dort besonders gut gedeihenden Faserpflanze, der „phormio tenax“, in Aussicht genommen, durch die

der argentinische Staat sich auf lange Sicht von der Einfuhr der Sisalfaser zu befreien hofft. Nachteile bestehen in den ziemlich gefährlichen und unregelmäßig auftretenden Überschwemmungen, die aber auf die Dauer durch Eindeichung der unter Kultur genommenen Gebiete zu bannen wären, und gelegentlich auch in Verwüstungen durch Heuschreckenschwärme. („Maderil“, Buenos Aires; Het Algemeen Handelsblad, Amsterdam, 20. 4. 37.)

Gerade holländische Gärtner und Kleinbauern dürften eine besondere Eignung für Aufgaben mitbringen, wie sie hier die Natur und die wirtschaftliche Umwelt stellen. Die Regierung der Provinz Buenos Aires soll die notwendigen Kanalisationsarbeiten bald in Angriff nehmen. (Bis zur Fertigstellung sollen die Siedler voraussichtlich in den von der Banco Hipotecario Nacional oder von der Zentralbank verwalteten, aus liquidiertem Großgrundbesitz herrührenden Gebiete untergebracht werden, die gute Verbindungen zu den Verbrauchszentren des Landes haben.) Die beiden Regierungen übernehmen es, sich durch eine gemischte Kommission gegenseitig zu unterstützen und zu informieren, und zwar argentinischerseits über die Möglichkeiten der Ansiedlung, des Grunderwerbs und der Marktverhältnisse und holländischerseits über Anzahl und Eignung der Wanderer bzw. Wandererfamilien, auf die besonderer Wert gelegt wird. Die Bedingungen für Kollektiveinwanderung werden erleichtert, die für einzelne Einwanderer erschwert.

Der argentinische Außenminister erklärte am 19. April, daß er derartige Einwanderungen aus „nordischen“ europäischen Ländern für besonders geeignet halte. Er hoffe, ähnliche Vereinbarungen mit Dänemark, Ungarn und der Schweiz abzuschließen. Ob es ihm gelingt, ist eine andere Frage. Holland jedenfalls muß diesen Verlust an Volkskraft mit sich selbst ausmachen. Kommt die Umsiedlung zustande, so sind die Argentinier nur zu beglückwünschen. Zur gleichen Zeit (19. April) erschien in „La Razon“, Buenos Aires, neben einem Leitartikel zu dieser „tarea oficial de Estado a Estado“ die hier wiedergegebene Karikatur, die zwei argentinische Bürger vor den „slums“ von Buenos Aires ein Gespräch führen läßt. Sie, d. h. das argentinische Volk, billigen offenbar diese sorgfältig auswählende Einwanderungspolitik der Regierung, wie sie im Hollandabkommen zum Ausdruck kommt. Aber sie würden es sehr gern sehen, wenn der Staat noch fester zupacken würde in der Frage der Deportierung solcher unerwünschter Einwandererelemente, wie sie da vor ihnen herumkriechen. Die Straße ist voller Schmutz, und im Vordergrund rechts sieht man einen Papierfetzen, und auf ihm das Zeichen von Hammer und Sichel — —



- ¿Que opina del acuerdo sobre inmigración con Holanda?
— Parece bueno ... Pero mejor hubiese sido un decreto de emigración para otros inmigrantes ...

Das Tagesgespräch von Wall Street und Londoner City war Anfang Mai die Finanzpolitik des argentinischen Staates, die ein Ergebnis der glänzenden Aufwärtsentwicklung der argentinischen Wirtschaft ist. Der Auftrieb war in den letzten 9 Monaten ganz außerordentlich. Januar—April 1937 war die Ausfuhr um 107,7% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wenn sich die Weltmarktpreise für die wichtigsten Ausfuhr Güter (Getreide, Fleisch, Häute, Wollen) auch nur auf jetziger Höhe halten, dann dürfte das Jahr 1937 der argentinischen Handelsbilanz einen Überschuß bringen, der alles Dagewesene in den Schatten stellt. Schon 1936 begann dieser kräftige Hochschwung, und bald erhöhte der Zustrom der Ausfuhrerlöse sprunghaft das Angebot an fremden Valuten, das zusammen mit europäischem Fluchtkapital den Pesokurs in die Höhe trieb, die Ausfuhrgewinne also zu verkleinern drohte. Es stellte die Regierung vor die Entscheidung, die Staatsmaßnahmen der Krisendefensive entweder abzubauen oder beizubehalten. In welchen autoritären Formen sich bei Nachlassen des Krisendrucks die Lockerung der Einwanderungsdrosselung zu vollziehen beginnt, haben wir bereits gesehen. Finanzpolitisch hieß die Alternative: Devisenbewirtschaftung oder nicht. Die beiden führenden Männer der argentinischen staatlichen Wirtschaftslenkung, Außenminister Dr. Saavedra Lamas und Finanzminister Roberto Ortiz, entschieden sich für Beibehaltung und — unter Benutzung des Instruments der Devisenkontrolle — zu einer großangelegten finanzpolitischen Offensive. Der Staat trat selbst als Käufer der überschüssig anfallenden Devisen auf und verwandte sie zu Rückzahlungen von Auslandsanleihen und zum Ankauf von in Argentinien arbeitenden ausländischen Unternehmungen. Durch diesen Abfluß konnte zugleich der Kurs auf 16 Peso für das englische Pfund zum Stehen gebracht werden.

Dieser Vorgang ist mehr als die übliche staatliche Ausgleichsmanipulation auf dem Devisenmarkt eines in einer Hausse befindlichen Landes. Er enthält die ausdrückliche Absicht einer dauernden Befreiung vom ausländischen Kapitaleinfluß! Am 1. Dezember 1936 hatte die argentinische Regierung in Wall Street im ganzen noch 234 013 500 Dollar Anleiheschulden, die sie durchweg mit 6% verzinsen mußte und die alle um 1960 herum fällig waren. Am 22. April dieses Jahres hatte sie davon nicht weniger als 121 108 000 Dollar zurückgezahlt und den Rest in langfristige Papiere zu 4 bzw. 4½% umgewandelt. Die Mittel aber, um die dafür erforderlichen Dollarbeträge aus dem eigenen Marktanfall an Devisen erwerben zu können, hat die Regierung zum Teil aus eigenen Quellen, zum größeren Teil aber durch eine innere vierprozentige argentinische Anleihe, die „Anleihe zur Repatriierung ausländischer Schulden“, beschafft. Ihre Auflegung mit 200 Millionen Pesos ist (am 4. Mai) von einem überwältigenden Erfolg begleitet gewesen. Wir stehen vor der Umwandlung einer äußeren in eine innere Schuld, die die argentinische Zahlungsbilanz in Zukunft nicht mehr belasten

wird und die selbst dann ganz anders manipuliert werden kann, falls private ausländische Kapitalbesitzer Teile von ihr erwerben sollten. Soweit der Rest der Dollaranleihen konvertiert wurde, ist dafür gesorgt, daß der Zinsendienst durch die gesenkten Sätze beträchtlich weniger (ab 1938 anstatt 20 186 000 Dollar nur 7 041 270 Dollar) Devisen frißt als bisher.

Im staatenwirtschaftlichen Zusammenhang bedeutet das eine sehr empfindliche Zurückdrängung des nordamerikanischen Einflusses, und es ist nicht verwunderlich, daß der City-Berichterstatler der „Times“ dem Finanzminister Ortiz am 6. Mai ausdrücklich zu seiner Aktion beglückwünscht hat. Immerhin, wir möchten nicht mit Sicherheit entscheiden, ob diesem Minus für die Nordamerikaner ein Plus für die Engländer notwendigerweise entsprechen muß. Vielleicht sind das nur Gradunterschiede im Rückzugstempo vor dem außenwirtschaftlichen Staatswillen Argentinien. Denn auf dem Gebiete der Verdrängung des an Privatbetriebe gebundenen ausländischen Kapitals ist England der Hauptleidtragende. Anfang Februar hat die argentinische Regierung offiziell ihre Absicht erklärt, nach und nach sämtliche private ausländische Eisenbahngesellschaften Argentinien anzukaufen, „um zu erreichen, daß in Zukunft die Verwaltung und der Betrieb der Eisenbahnen lediglich vom Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses ohne Berücksichtigung kommerzieller Vorteile erfolgt.“ Gleichzeitig erwarb sie als erste für 10 Millionen Pfund Sterling die bisher von den Engländern betriebene Bahn Ferrocarril Central Córdoba (womit die Staatsbahnen, die bisher hauptsächlich in den noch unerschlossenen Außenprovinzen Argentinien eine wenig einträgliche Pionierarbeit leisteten, endlich die langersehnte direkte Verbindung mit der Bundeshauptstadt bekommen). In allernächster Zeit wird, wie verlautet, die ebenfalls von den Engländern kontrollierte Transanden-Bahn übernommen, wovon sich der Minister für öffentliche Bauten Dr. Alvarado eine befruchtende Wirkung auf den Verkehr und Handel mit Chile verspricht. Die Rafaela—San Cristobal-Bahn in der Provinz Santa Fé ist dann die nächste.

Von allen privaten Eisenbahngesellschaften Argentinien befindet sich nicht eine in den Händen landeseigenen Privatkapitals. Sie sind — bis auf drei kleine französische — alle britisch. England, das (nach einer Angabe des Staatssekretärs des Board of Trade im Unterhaus am 3. Mai) in Argentinien noch für 440 Millionen Pfund Interessen hat, wird also von der Politik der argentinischen Regierung am härtesten getroffen. Interessant ist, was in dieser Frage der Handelsrat der Britischen Vertretung im April 1936 aus Buenos Aires an das Department of Overseas Trade berichtete. (Economic Conditions in the Argentine Republic, London 1936, Nr. 639, p. 39.) Er schrieb: „Daß der Dienst, den die [englischen] Eisenbahnen leisten, innerwirtschaftlicher Natur ist, entgeht der Volksmeinung deswegen sehr leicht, weil aller Nachdruck auf die ausländische Nationalität des beteiligten Kapitals gelegt wird. Tatsachen wie die, daß die „ausländischen“ Gesellschaften 90% aller Ausfuhren und Einfuhren Argentinien befördern und mehr als 95% ihrer Einkünfte in Argentinien wieder ausgeben — sie sichern die Existenz von 120 000

argentinischen Arbeitern und Angestellten, deren Löhne 55% aller Einkünfte absorbieren — werden oft genau so außer Acht gelassen, wie die Verdienste um die Entwicklung des Landes in der Vergangenheit und die Fähigkeit, ... diese Entwicklung auch noch weiter zu fördern. Der Umstand, daß die Eisenbahnen mit ausländischem Kapital betrieben werden, ist zufällig ...“

Aber auch den Amerikanern geht es an den Kragen. Gleichzeitig mit dem Übergang der Central-Córdoba-Bahn in Staatsbesitz erfolgte für 140—145 Millionen Pesos der Erwerb der Standard-Oil-Niederlassungen durch die staatliche Petroleumgesellschaft Yacimientos Petrolíferos Fiscales. In dem Vertrag verpflichtet sich die Standard-Oil-Company, sich ganz vom argentinischen Markt zurückzuziehen, wodurch die Y. P. F. praktisch das Monopol bekommt. Mitte Mai lief ein für sie gebauter Tankdampfer („Presidente Figueroa Alcorta“) vom Stapel. Es ist nicht nur das größte bisher auf einer südamerikanischen Werft gebaute Schiff, sondern es wurde vor allem bejubelt als ein Erfolg der staatlich geförderten argentinischen Schiffbauindustrie, die hier für sie gänzlich neue Aufgaben zu meistern hatte und damit von sich aus dazu beiträgt, die Petroleumausfuhr auch frachtlich zu „nationalisieren“.

Das alles hat sich in wenig mehr als einem halben Jahre vollzogen. An Anforderungen, einen gegenteiligen Kurs einzuschlagen, hat es nicht gefehlt. Besonders die Nordamerikaner haben es sich auf der Panamerikanischen Konferenz in Buenos Aires im Dezember 1936 angelegen sein lassen, die argentinische Regierung zur Aufgabe der Devisenbewirtschaftung zu bewegen; — nicht um jenes wirtschaftlichen Kooperations-Ideals willen, von dem auf der Konferenz so viel gesprochen wurde, sondern aus sehr wirklichkeitsnahen handelspolitischen Gründen: denn die staatliche Devisenkontrolle ist besonders ihnen ein Dorn im Auge.

Die argentinische Handelspolitik vertritt zwar offiziell den Grundsatz des *do ut des*, in Wirklichkeit ist der Ausgleich 1 : 1 — auf Grund des Roca-Runciman-Vertrages von 1933 — nur gegenüber England durchgeführt worden. 1933 bis 1935 sind für die aus England nach Argentinien eingeführten Waren aus dem amtlich bewirtschafteten Devisenfonds 102 % des Gegenwertes der argentinischen Ausfuhren nach England zugeteilt worden. Die übrigen Länder kamen im Durchschnitt nur auf 69 % ihrer Käufe in Argentinien. („Österreichischer Volkswirt“, 22. Mai 1937, S. 674.) Diese Diskriminierung rechtfertigt die argentinische Regierung mit dem Argument, sie müsse zwischen einem Dauer versprechenden Handel auf vertraglich gesicherter Grundlage und einem stärker dem Zufall und Schwankungen unterworfenen Verkehr ohne handelsvertragliche Sicherung unterscheiden. So ist es nicht verwunderlich, daß die Vereinigten Staaten, die keinen Handelsvertrag mit Argentinien besitzen, mit deutlicher Spitze gegen England zum Rufer im Streite gegen die staatliche argentinische Devisenordnung geworden sind. Obwohl Englands Käufe in Argentinien ab-, die nordamerikanischen dagegen zugenommen hätten, erhielten die Engländer immer noch für 100 % ihrer eigenen Lieferungen Devisen zu dem günstigen amtlichen Kurs (es gibt außerdem noch einen wesentlich ungünstigeren freien Kurs, da nicht der ganze Devisenanfall

bewirtschaftet wird), sie (die Nordamerikaner) dagegen nur für höchstens 48 %. Jetzt, nach der Anleihe-Rückzahlung, sei — wie halbamtlich erklärt wurde — die Diskriminierung noch viel weniger zu entschuldigen.

Wer von beiden wird siegen, die Engländer oder die Yankees? — Wer so fragt, ist jener „zünftigen“ politisch-wirtschaftlichen Sicht verschrieben, die in diesen Auseinandersetzungen nicht mehr als die geläufige alte Rivalität der beiden großen Wirtschaftsmächte um den Vorrang in Argentinien erblickt. Danach sind die beiden Mächte die Kämpfer und Argentinien das Kampffeld. Dieses Feld ist für England ein „heimliches oder halbes Dominium“, welches englische „Finanzberater“ auch politisch in das Kielwasser der Empirepolitik lenken und das mit Kanada zusammen der in London gemachten Weltpolitik dazu dient, etwaige panamerikanische Gebilde vom Süden und Norden her „in die Zange zu nehmen“. Die andere, den Nordamerikanern zuneigende Hälfte der Propheten kommt sich weniger überholt vor, wenn es diese Lesart für veraltet hält. Sie läßt Argentinien — allmählich, aber auf die Dauer unentrinnbar — aus dieser alten englischen Bindung gleiten; aber nur, um sie sofort in eine neue zu verweisen, nämlich in den Status eines Gliedes des von Washington aus geführten panamerikanischen Wirtschaftsraumes, der sich „in seiner Einheitlichkeit und Geschlossenheit wirtschaftlich selbst genügt und sich infolgedessen auch politisch aus dem Weltgefüge herauslöst“. Genug damit! Wer die Dinge aus der wirtschaftlichen Wirklichkeit heraus zu begreifen versucht, kann ein derartiges spekulatives Verfügen über „Räume“ nicht mitmachen. Argentinien ist zu seinem eigenen staatlichen Leben erwacht, es baut mit sichtbarem Erfolg an seiner Unabhängigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Es wird sich in Zukunft weder von England noch von den Vereinigten Staaten seine Handlungen vorschreiben lassen, von letzteren übrigens auch nicht, wenn sie ihre Machtpolitik mit einer panamerikanischen Monroe-Doktrin verbrämen. Das hat der argentinische Präsident Justo seinerzeit auf der Konferenz unmißverständlich klargemacht.

*

Künftig soll in Jugoslawien das Gesetz gelten, daß bei allen Neugründungen von Aktiengesellschaften mindestens 51 Prozent südslawisches Kapital beteiligt sein muß. Bei diesen und ähnlichen Meldungen aus anderen Ländern fragt man sich immer wieder, ob private ausländische Kapitalbesitzer überhaupt noch dazu zu bringen sind, ihr Geld in Staaten mit solchen Bestimmungen neu anzulegen. Die Errichtung der Società Anonima Mineraria Africa Orientale Italiana (S.A.M.A.O.I.), die zum Zwecke der Ausbeutung von Bodenschätzen in Äthiopien am 20. Januar mit dem Sitz in Mailand gegründet wurde, gibt darauf eine recht interessante Antwort: Das Kapital der Gesellschaft ist zu 49 Prozent von deutschen, zu 51 Prozent von italienischen Kapitalgebern gezeichnet worden! Das Engagement kann beträchtlich werden; zunächst wird das Kapital

mit 50 Millionen Lire, also deutscherseits anteilig mit etwa 3,25 Millionen Reichsmark eingebracht; es kann aber auf 200 Millionen Lire erhöht werden, was einem deutschen (Minoritäts-) Anteil von etwa 13 Millionen Reichsmark gleichkommen würde. Die Schwierigkeiten liegen auf technischem Gebiet.

Hier haben die Kapitalgeber des Kapitaleinfuhrlandes freiwillig auf die Erhaltung der Aktienmajorität verzichtet, und es wird gerade an diesem Beispiel deutlich, daß eine Majorität dann gar nicht mehr erstrebenswert ist, wenn Gesetzgebung und Rechtsprechung des Kapitaleinfuhrlandes ein aus Aktienmajoritäten abgeleitetes Recht auf beherrschenden Einfluß nicht mehr um jeden Preis zu schützen gewillt sind, d. h. nicht mehr selbst dann, wenn sich dieser Einfluß gegen die Lebensinteressen des eigenen Wirtschaftskörpers richtet. An Stelle dessen wird der gemeinsame Wille der beteiligten Staatsführungen zum Garanten der Integrität der — mit Privatkapital erstellten — Unternehmung, wobei der Staatswille des Kapitaleinfuhrlandes den sachlichen Aktionsradius der Unternehmung bestimmt, während dem ausländischen Teilhaber zur Durchsetzung seiner Ziele — ungeachtet seiner kapitalmäßigen Unterlegenheit — der Beistand seiner eigenen Staatsführung gewiß ist. Dabei kann der Vertrag formell privatrechtlicher Natur sein, während er seine staatenwirtschaftliche Stützung aus dem politischen Bereich empfängt.

Im vorliegenden Falle ist der Staatswille deutscherseits aus dem Vertrag unmittelbar ersichtlich, denn nach dem Gründungsstatut der S. A. M. A. O. I. erwirbt die deutsche Industrie ein Vorkaufsrecht auf 25 Prozent der mineralischen Ausbeute, und dieses Vorkaufsrecht erlischt auch dann nicht, wenn die Italiener von ihrem Recht des späteren Rückkaufs der deutschen Kapitalbeteiligung Gebrauch machen sollten. Nachdem also unter Umständen die heute deutscherseits privat Beteiligten längst ausgeschieden sind, würde dennoch „die deutsche Industrie“ Nutznießerin des Vertrages bleiben. Das ist eine generelle, nationalwirtschaftliche Sicherung von Anrechten auf Rohstoffe. Demgegenüber tritt der Gedanke der Erwirtschaftung einer möglichst hohen Rente sowohl für die deutschen Kapitalgeber, als auch für die deutsche Zahlungsbilanz in den Hintergrund, während umgekehrt die Lieferung deutscher Produktionsmittel den Transfer der Kapitalbeteiligung erleichtern dürfte. Im übrigen bringt Deutschland das geistige Kapital seiner Ingenieure ein: die technische Oberleitung ist vertraglich in deutsche Hände gelegt.

*

Wenn man sieht, wie die Politik der Zurückdrängung ausländischen Kapitaleinflusses — als logisches Ergebnis des Selbsterhaltungstriebes — immer stärker in die Gesetzgebungen der Länder eindringt; wenn man weiter mit Absicht den

Blick auf Argentinien gerichtet hat als auf ein Land, das zur „Prosperität“ zurückgekehrt ist, ohne daran zu denken, seinen Anteil an dem „Wiederaufschwung der Weltwirtschaft“ in den Dienst einer Rückgängigmachung der „Kapitalentflechtung“ zu stellen, ja das eher als Goldkäufer aufzutreten als erneut Mächte zu stärken bereit ist, die außerhalb des Landes nach eigenen Gesetzen über Stilllegung oder Inbetriebhaltung des „Produktionsabschnittes Argentinien“ befinden könnten; und wenn man schließlich eine sich unter gänzlich neuen Aspekten vollziehende Kapitalausfuhr von Deutschland nach Äthiopien kennengelernt hat, in der der sakrosankte Maßstab der liberalen Kapitalherrschaft, die Aktienmajorität, eine wahrhafte „quantité négligeable“ geworden ist, dann wirkt es wie die Kunde aus einer fremden Welt, wenn folgende Meldung aus Paris auf den Tisch flattert:

Paris, 17. Mai. — Bei der Internationalen Handelskammer fand eine Sitzung ihres Ausschusses für ausländische Gesellschaften statt... Zur Beratung stand erneut die Frage der Behandlung ausländischer Wirtschaftsunternehmungen. Bekanntlich hat der Ausschuß im November 1936 den Entwurf eines zweiseitigen Musterabkommens aufgestellt, daß die Regierungen hinsichtlich der in ihrem Gebiet befindlichen ausländischen Unternehmungen — Tochtergesellschaften wie Zweigbetriebe — von jeder Diskriminierung absehen sollten... Der Abkommensentwurf hat im allgemeinen die Zustimmung der Landesgruppen gefunden. Nach dem Musterabkommen sollen ausländische Unternehmungen die gleichen Rechte wie die einheimischen besitzen, und zwar das Recht, vor Gericht aufzutreten, Grundstücke zu erwerben usw. Ferner sollen sie weder diskriminatorischen steuerlichen Behandlungen unterworfen werden, noch Beschränkungen hinsichtlich der Nationalität der Gründer, der Mitglieder des Vorstandes und der Aktionäre. Auch sollen sie in gleicher Weise wie die einheimischen Unternehmungen berechtigt sein, Ausländer als Mitarbeiter und Fachleute zu beschäftigen. Der Abkommensentwurf wird in seiner neuen Fassung dem nächsten Kongreß der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden, der vom 28. Juni bis 3. Juli d. J. in Berlin stattfindet.

Wir zweifeln nicht, daß dieser Entwurf, der durch die konsequente Zweiseitigkeit der Zugeständnisse nicht weniger „idealtypisch“ wird, in Berlin Annahme findet. Ist aber nicht zu befürchten, daß die angesehene Einrichtung der Internationalen Handelskammer allmählich an Prestige verliert, wenn sie nicht die Notwendigkeit einer Erneuerung und eines Aufgabenwandels erkennt? Das gilt nicht nur von diesem einen Fall der im ganzen unbestritten verdienstvollen Arbeit an internationalen Wirtschaftsnomenklaturen, Verkehrsfragen usw., sondern überhaupt von ihrer grundsätzlichen Haltung zu den Problemen des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs. Die Wiege der Internationalen Handelskammer steht in den Vereinigten Staaten, und unter denselben Männern, die ihr Gebäude dort seit 1919 tragen, befinden sich wohl eine ganze Reihe jener Unternehmernaturen, die alle staatliche Einmischung zum Schutz des Arbeiters oder des Verbrauchers ablehnen, sich aber nicht als inkonsequent betrachten, wenn sie gleichzeitig hohe Schutzzölle gegen ausländische Wettbewerber oder sogar direkte Regierungsunterstützungen fordern, um ihren Betrieben die Rentabilität zu sichern.

Es wirkt wie eine bloße Verlagerung dieser Inkonsequenz aus dem nationalen in den internationalen Raum, wenn Präsident Dr. Fentener van Vlissingen unermüdlich dem „Abbau der Handelshemmnisse“ das Wort redet, ohne gleichzeitig eine Liste derjenigen Länder vorzulegen, die — als entscheidende Voraussetzung für ein Gelingen des Planes — eine Selbstvernichtung großer Teile ihrer sachlichen und menschlichen Produktivkräfte — mit allem, was dazu gehört — freiwillig auf sich zu nehmen bereit sind.

Gibt der jüngste Wiederaufschwung des internationalen Handels der Politik der Kammer recht? Das argentinische Beispiel spricht auf seine besondere Art dagegen, aber unzweifelhaft hat sich in den letzten 12 Monaten die Lage in mancher Hinsicht stark gewandelt. Wenn auch nicht übersehen werden sollte, daß die eingetretene Belebung, die ganz natürlich eine Tendenz zur Lockerung der staatlichen Notmaßnahmen der Krisenzeit mit sich bringt, zum überwiegenden Teil von Rüstungskonjunktur und strategischer Vorratswirtschaft ausgelöst worden ist, so ist doch in vielen Ländern eine Dauer versprechende Neigung zum „Abbau der Handelshemmnisse“ feststellbar. Wir wollen uns aber über den Charakter dieser Neigung keinen Täuschungen hingeben. Sind die Bemühungen des belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und seines Finanzberaters Maurice Frère schon mehr als das Bestreben, den drohenden „Boom“ mit nachfolgendem „Slump“ durch gegenseitige zwischenstaatliche Hilfsstellungen rechtzeitig abzdrosseln bzw. durch Verteilung der Risiken aufzufangen? Das wäre ein dem Prinzip staatlicher Regulierung verhaftetes Tun! Wenn von der englischen Presse diese Vorsondierungen unter dem Schlagwort „For Freer Trade“ kommentiert worden sind, so liegt in diesem Komparativ „freer“ der ganze Gegensatz zu dem Schlachtruf „Back to Free Trade“. Jeder Staat wird sich heute dort, wo es die Gegebenheiten seiner Wirtschaft zulassen, brennend gern an einer Zusammenarbeit beteiligen, die überflüssige Behinderungen des Handels im zwischenstaatlichen Felde ausmerzt. Das ist aber etwas grundlegend anderes als eine von den führenden Männern der Internationalen Handelskammer immer wieder propagierte schrittweise Wiederherstellung des Freihandels nach altem Muster, die den Staatsführungen im Endziel zur Aufgabe macht, die Lenkung der wirtschaftlichen Geschehnisse der Menschheit im nationalen und internationalen Zusammenhang nach Beseitigung des letzten Handelshemmnisses wieder vollständig in die „verantwortungsfreudigen Hände der privaten Unternehmer“ zurückzulegen. Wenn dieses Endziel — wie entfernt auch immer — überhaupt gesetzt wird, muß notwendigerweise — das zeigt der Pariser Entwurf eindeutig — die ganze Tätigkeit der Kammer darunter leiden, denn es fehlt ihr eben dann die heute nicht mehr zu entbehrende, sachliche Berücksichtigung der Immanenz des Staatswillens in den Wirtschaftsbeziehungen der Völker.

M A T E R I A L I E N

Das Wirtschaftsprogramm der Falange Española

Mitte April hat General Franco alle politischen Organisationen und Milizen der ehemaligen Rechten in der neuen Nationalen Partei vereinigt. Das 27-Punkte-Programm der Falange Española de las J.O.N.S. (Nacionalsindicalismo) soll in seinem wesentlichen Inhalt die Grundlage der neuen Verfassung werden. Nachstehender Auszug gibt die wirtschaftlich relevanten Punkte wieder:

1. Wir glauben an die höchste verwirklichte Realität (la suprema realidad) Spanien. Sie zu verstärken, sie zu vergrößern und sie zu erhöhen, ist die dringendste gemeinsame Aufgabe aller Spanier. Der Durchführung dieser Aufgabe werden sich unerbittlich alle Interessen der Einzelnen, der Gruppen und der Klassen fügen müssen.

3. Wir haben einen imperialen Willen (voluntad de Imperio) . . . Wir fordern für Spanien eine hervorragende Stellung in Europa. Wir werden weder die Isolierung durch die Welt noch die fremde Mediatisierung dulden.

In bezug auf die Länder Spanisch-Amerikas erstreben wir die Vereinheitlichung der Kultur, der wirtschaftlichen Interessen und der Macht (la unificación de cultura, de intereses económicos y de poder). Spanien leitet aus seiner Eigenschaft als geistige Achse der spanischen Welt sein Anrecht auf einen Vorrang in der Gestaltung der Welt ab (título de preeminencia en las empresas universales).

4. Unsere Streitkräfte — auf dem Lande, zur See und in der Luft — werden leistungsfähig und zahlreich genug sein müssen, um Spanien jeden Augenblick die ihm gebührende volle Unabhängigkeit und seinen Weltrang zu sichern.

Wir werden dem Heer zu Lande, zur See und in der Luft das ihm gebührende öffentliche Ansehen zurückerobern und dafür Sorge tragen, daß nach ihm das ganze spanische Dasein von soldatischem Geist erfüllt wird.

5. Spanien wird nochmals seinen Ruhm und seinen Reichtum (riqueza) auf den Seewegen suchen. Spanien muß danach streben, eine große Seemacht zu werden, und zwar sowohl für den Fall der Gefahr als auch für den Handel.

Wir fordern für unser Vaterland den gleichen Rang in den Flotten und auf den Luftwegen.

7. . . Niemandem wird es gestattet sein, seine Freiheit gegen die Einheit, die Stärke und die Freiheit des Landes zu gebrauchen . . .

8. Der nationalsyndikalistische Staat wird jede mit dem allgemeinen Interesse zu vereinbarende private Initiative gestatten und die nützliche sogar schützen und anregen.

9. Wirtschaftlich betrachten wir Spanien als ein gigantisches Syndikat von Erzeugern. Zur Erreichung der nationalen Wirtschaftseinheit werden wir das spanische Volk (la sociedad española) in einem System von vertikalen Syndikaten nach Produktionszweigen körperschaftlich organisieren.

10. Wir lehnen das kapitalistische System ab, das die Bedürfnisse des Volkes außer acht läßt, das Privateigentum entmenscht und die Arbeiter in unförmige, zu Elend und Verzweiflung neigende Massen zusammenreibt.

Unser Geist und unser Nationalgefühl lehnen auch den Marxismus ab. Den Elan (ímpetu) der durch den Marxismus irregeleiteten schaffenden Klassen werden wir so lenken, daß sie ihre unmittelbare Anteilnahme an den großen Aufgaben des nationalen Staates fordern.

12. Der Reichtum hat — so wird es unser Staat ansehen — als erste Aufgabe die Verbesserung der Lebensbedingungen des gesamten Volkes. Es ist untragbar, daß ungeheure Massen im Elend leben, während einige wenige sich jeden Luxus leisten können.

13. Der Staat wird das Privateigentum anerkennen als legales Mittel für die Erfüllung individueller, familienbündlicher und sozialer Zwecke und es gegen die Mißbräuche des Großkapitalismus der Spekulant und der Wucherer schützen.

15. Alle Spanier haben ein Recht auf Arbeit. Alle öffentlichen Stellen werden die nicht selbst verschuldet Arbeitslosen (paro forzoso) unterstützen.

16. Alle arbeitsfähigen Spanier haben die Pflicht zu arbeiten . . .

18. Wir werden die landwirtschaftliche Produktion durch folgende Maßnahmen (Wirtschaftsreform) heben: . . .

Indem wir die Art der Bestellung des Bodens nach seiner Eignung und den Absatzmöglichkeiten der Erzeugnisse bestimmen werden.

Indem wird die Zollpolitik zum Instrument des Schutzes der Landwirtschaft und der Viehzucht machen werden.

20. Wir werden einen unermüdlichen Feldzug für die Wiederausdehnung der Aufzucht von Vieh und für die Wiederaufforstung einleiten und die strengsten Maßnahmen gegen sich Widersetzende anwenden, und wir werden für diese historische Aufgabe des Wiederaufbaues des Reichtums der Heimat sogar zeitweise die Zwangsmobilisierung der ganzen spanischen Jugend verfügen.

S C H R I F T T U M

Karl W. Kapp: Planwirtschaft und Außenhandel. Genf 1936, Georg & Cie S.A., XI + 140 SS.

Der in Genf lebende Karl W. Kapp, Docteur ès Sciences Politiques, prüft die einer Planwirtschaft bei Teilnahme am internationalen Handel zur Verfügung stehenden Mittel. Obgleich die staatlichen Außenhandelsmonopole der U. d. S. S. R. und Irans sowie die Regulierung des Außenhandels in Deutschland während des Weltkrieges und seit dem „Neuen Plan“ von 1934 abschnittsweise in ihrem wesentlichen Gehalt erfaßt werden, wird die Untersuchung methodisch nicht diesen Erfahrungen zugrundegelegt. K. arbeitet vielmehr mit einem „planwirtschaftlichen Idealtypus“, dem er den „liberal-kapitalistischen Idealtypus“ gegenüberstellt. Dies geschieht vor allem, weil sich in der heutigen Welt „das Problem der planwirtschaftlichen Handelsbeziehungen mit dem Auslande in der Form des internationalen Warenaustausches zwischen einer oder mehreren Planwirtschaften einerseits und den Privatwirtschaften der übrigen Länder andererseits“ stellt und weil es unwahrscheinlich ist, daß „die Staaten gleichzeitig oder in zeitlich geringem Abstände zu einer planwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft gelangen“ (S. 2).

Entscheidende Voraussetzung für eine Rückkehr zur liberal-kapitalistischen Wirtschaft wäre nach K. die gewaltsame Wiederherstellung der freien Marktwirtschaft, wozu ein Staat mit demokratischer Verfassung kaum

in der Lage sein dürfte. „Man käme also zu dem paradoxen Ergebnis, daß eine neue Ära des wirtschaftlichen Liberalismus nur durch Gewalt eingeleitet werden könnte“ (S. 24). Die Ablösung der freien Marktwirtschaft durch eine planwirtschaftliche Ordnung erfordert eine *Wirtschaftsrechnung* nach anderen Kriterien als den Marktpreisen, denn auf der Grundlage der Marktpreise ist es unmöglich, zu einer Wirtschaftlichkeit vom Standpunkt der „Gesellschaft“ zu gelangen, da in den individuellen Wertschätzungen und den entsprechenden individualwirtschaftlichen Entscheidungen die „gesellschaftlichen Ziele und Bedürfnisse“ nur zum Teil Berücksichtigung finden. „In der Planwirtschaft ist der gesamte Außenhandel nur ein Teil der übrigen wirtschaftlichen Tätigkeit. Ergibt sich im Rahmen der Gesamtwirtschaft, daß die Ertragsgrößen die Aufwandsgrößen übersteigen, so hat die Planwirtschaft zumindest das Prinzip der volkswirtschaftlichen Rentabilität erfüllt. Hierzu bedarf es jedoch nicht, daß alle Abschlüsse der verschiedenen Produktionszweige oder jedes einzelne Außenhandelsgeschäft höhere Erträge als Aufwendungen aufweisen. Vielmehr könnten Verluste an einer Stelle durch Gewinne an anderer Stelle im Rahmen der Gesamtwirtschaft ausgeglichen werden“ (S. 53).

K. erörtert im einzelnen die Problematik der Durchführung des Außenhandelsplanes durch private Importeure und Exporteure und die Vor- und Nachteile einer besonderen

„operativen Außenhandelsorganisation“. Zölle und Meistbegünstigungsklausel verlieren als technische Hilfsmittel der Handelspolitik sehr viel von ihrer Bedeutung, während das „Dumping“ einer Planwirtschaft wohl nur noch terminologisch dem Dumping in der liberal-kapitalistischen Wirtschaft zugerechnet werden kann. Der Handelsvertrag erhält überwiegend den Charakter eines Kaufvertrages bzw. eines Vorvertrages zu einem später abzuschließenden Kaufvertrag, ein Vorgang, der dem der „Handelsvertragsverhandlungen in Permanenz“ ähnelt, die sich im modernen Protektionismus bei beiderseitiger Mengenkontrolle der Einfuhr ergeben.

Ein besonderes Kapitel prüft die Vor- und Nachteile für die Planwirtschaft einerseits und die kapitalistischen Länder andererseits bei der Teilnahme der Planwirtschaft am internationalen Handel. Im übrigen trage der planwirtschaftliche Außenhandel nicht notwendigerweise die Tendenz zu einer „Primitivisierung“ (direkter Tauschverkehr) der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen in sich, auch für den „Dreiecksverkehr“ blieben die Voraussetzungen gegeben. Ebenso bestehe keine zwangsläufige Verbindung zwischen Planwirtschaft und Autarkie. „Wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland ist ein Ziel, das mit verschiedenen Mitteln sowohl von kapitalistischen Staaten als auch in planwirtschaftlichen Ländern angestrebt werden kann. In beiden Fällen würde das Opfer, das die Länder dem gesellschaftlichen oder politischen Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu bringen hätten, die Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung sein. Eine Planwirtschaft, in der diese Erkenntnis der materiellen Opfer jeder Autarkiepolitik nicht verloren geht, wird sich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung ebenso zunutze machen können, wie es die kapitalistischen Staaten in früherer Zeit verstanden haben“ (S. 114).

Die Grenzen des K.schen Buches liegen in dem, was zugleich seine Stärke ist: in dem hohen theoretischen Abstraktionsgrad, der z. B. in bezug auf den Willen der wirtschaftenden Völker und ihrer Führungen mit dem unausgeschöpften, fast farblosen Begriff der „gesellschaftlichen Ziele und Bedürfnisse“ auszukommen sucht. Dennoch bleibt es eine ausgezeichnete Arbeit, die durch ihre vorbild-

lich klare Sprache und die logische Geschlossenheit der Beweisführung besticht. Sie ist für jeden, der staatenwirtschaftliches Geschehen zu deuten sucht, ein unentbehrliches Hilfsmittel.

—sft—

Carl Brinkmann: Weltpolitik und Weltwirtschaft der neuesten Zeit, Berlin 1936, Juncker & Dönhaupt, 116 S.

Nur im Schlußkapitel „Götterdämmerung des Imperialismus“ — und auch dort nur andeutungsweise — mündet die Schrift Br.'s in unsere Fragestellung aus. Die neuen Kräfte sieht Br. in der Natur des besonderen Menschen und des besonderen Bodens, die in einer neuen Erkenntnis der (biologischen und geschichtlichen) Rasse und der Eigenständigkeit bisher ganz einseitig gesehener Räumlichkeiten ihr Recht verlangen. „Die theoretische Größe der nationalsozialistischen Weltansicht liegt darin, daß sie ... in Gemeinschaft mit der Welt ... die gemeinschaftlichen Sünden des kapitalistischen und imperialistischen 19. Jahrhunderts innen- und außenpolitisch wieder gut machen und ein System des Treibenlassens der Wirtschaftskräfte wirklich überall durch ein neues souveräner und vereinbarter Lenkung ersetzen will.“ Sie läßt „eine Welt erhoffen, deren Politik, durch keine (kapitalistischen oder kommunistischen) ‚Internationalen‘ getrübt, eine internationale Raumordnung der Volks- und Bodenkräfte um so friedlicher anbahnen wird, je gebändigter im Innern der Nationalwirtschaften Kapital und Arbeit zur internationalen Zusammenarbeit antreten können.“

Zur Erfassung der Gegenwartsbedeutung des zurückliegenden Geschehens ist das Buch — zusammen mit seiner guten kleinen Bibliographie — von Nutzen, wenn auch die unvermeidliche Verarbeitung und Anführung der ungeheueren Fülle wesentlicher Details zum Teil auf Kosten der Anschaulichkeit der Sprache geht.

—sft—

Peter Dehen: Der Wirtschaftstheoretiker als Wirtschaftsdiktator. Der wirtschaftliche Aufstieg Portugals unter Salazar. In: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 11. Jahrg., 1937, Heft 4, Teil A. Neue Folge, SS. 422—448.

Eine ungemein sorgfältige und auch auf Abrundung nach dem Politischen hin bedachte Studie über die Gestaltung der Wirtschaft Portugals, seit im April 1928 Ministerpräsi-

dent Dr. Antonio de Oliveira Salazar ihre autoritäre Führung endgültig übernommen hat. Die Abschnitte über den 1935 begonnenen Fünfzehnjahresplan und über die Wirtschaftspolitik Salazars in ihren Wirkungen auf den portugiesischen Außenhandel sind kleine Fundgruben staatenwirtschaftlicher Erkenntnis. „Portugal mit seiner... ganzen Rückständigkeit verlangt den Einsatz der stärksten Antriebs- und Ordnungskräfte, über die ein Volk verfügt, d. h. den Einsatz des Staates selbst. Unter diesem Gesichtspunkt wird es verständlich, warum in Portugal der politische Führer die Wirtschaftsführung persönlich in die Hand genommen hat, um in strafbarer Leitung die Marschroute und auch das Marschtempo zu bestimmen.“ —sft—

La Statistique des Étrangers. Étude comparative des Recensements 1910 — 1920 — 1930. (Bureau International du travail. Études et Documents. Serie O (Migrations) No. 6.). Genf: Internationales Arbeitsamt 1936. 253 S. gr. 8^o

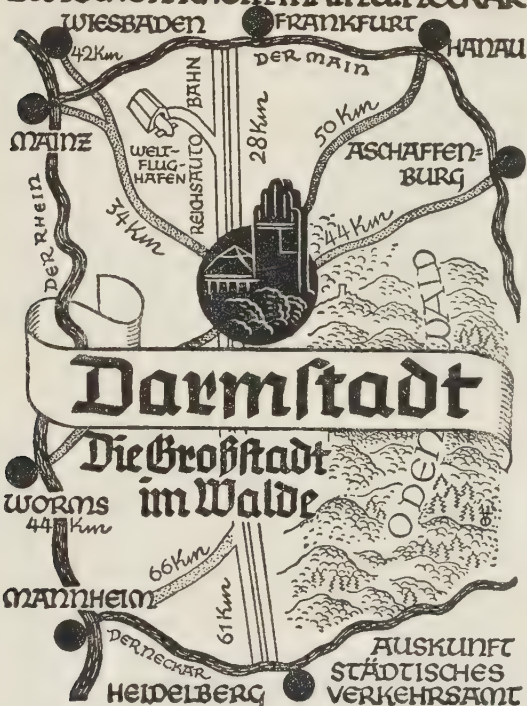
Das vorliegende Buch ist für jeden an den Wanderungsfragen Interessierten ein außerordentlich wichtiges Quellenwerk, da es die statistischen Angaben zusammenstellt, die in allen erreichbaren Bevölkerungsstatistiken der einzelnen Länder über die Zahl der in ihnen ansässigen „Fremden“ enthalten sind. Für den einzelnen Forscher wäre das eine nahezu unlösbare Aufgabe. Insgesamt wurden dabei für das Jahr 1910 97 Länder, für das Jahr 1930 166 Länder erfaßt, so daß im letzteren Jahre praktisch alle irgendwie wichtigen Länder berücksichtigt waren. Freilich ist die internationale Vergleichbarkeit der Zahlen begrenzt, da die Begriffsbestimmungen des „Fremden“ sehr weit auseinandergehen; es wird dabei teilweise das Geburtsland, teilweise die Staatsangehörigkeit zugrunde gelegt. Die Zahl der „Fremden“ deckt sich nach diesen beiden Begriffsbestimmungen keineswegs, am wenigsten in den überseeischen Einwanderungsländern, in denen der Erwerb der Staatsangehörigkeit des Ziellandes relativ leicht gemacht wird. So

wurden z. B. in den Vereinigten Staaten 1931 14,2 Millionen Fremdbürtige, aber nur 6,28 Millionen fremde Staatsangehörige gezählt; die Zahl der fremden Staatsangehörigen machte also nur 44,2 v. H. der Fremdbürtigen, in Kanada im Jahre 1931 sogar nur 28,1 v. H. aus. Die Statistiken sind jedoch mit solcher Sorgfalt wiedergegeben, daß bei einer genaueren Auswertung der Grad der Vergleichbarkeit ausreichend feststellbar ist. Da sich in der Zahl der in den einzelnen Ländern ansässigen „Fremden“ Stärke und Zielrichtung der internationalen Wanderungsbewegungen widerspiegeln, lassen die in dem Bande enthaltenen Statistiken wertvolle Rückschlüsse auf deren Entwicklungstendenz zu. Wie nicht anders zu erwarten, ist durch den (an anderer Stelle dieses Heftes eingehender geschilderten) Wandel in den Grundsätzen der Wanderungspolitik und das Ende der internationalen Freizügigkeit die Zahl der „Fremden“ erheblich zurückgegangen. Während für 1910 insgesamt 33,2 Millionen „Fremde“ ermittelt wurden, war ihre Zahl im Jahre 1930 trotz der wesentlichen Vergrößerung des Kreises der statistisch erfaßten Länder auf 28,9 Millionen gesunken. Interessant ist, daß die stärkste relative Vermehrung der Fremdenzahl in Europa nicht, wie man erwartet hätte, Frankreich, sondern die Niederlande aufzuweisen haben. Die wachsende Bedeutung Asiens für die internationalen Wanderungen dokumentiert sich darin, daß in einigen asiatischen Gebieten, wie z. B. Niederländisch-Indien und Korea (1930 mehr als eine halbe Million Japaner!), die Zahl der Fremden besonders stark angewachsen ist. Der Anteil der Japaner an der Gesamtzahl der statistisch erfaßten Fremden stieg von 0,7 v. H. im Jahre 1910 auf 6,5 v. H. im Jahre 1930! Diese wenigen Angaben mögen genügen, um die Bedeutung des in dem Buche enthaltenen Materials zu kennzeichnen, dessen genauere Auswertung wertvolle staatenwirtschaftliche Einsichten verspricht.

—kth—

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes: H. C. H. Wohlthat, Ministerialdirektor im Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministerium, Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, Berlin W8, Behrenstr. 43; Prof. Dr. Karl C. Thalheim, Handels-Hochschule Leipzig, Leipzig C1, Sophienstr. 47; Anschrift der Schriftleiter: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig C1, Markt 4.

Das Kulturzentrum ZWISCHEN RHEIN MAIN UND NECKAR



Pariser Weltausstellung
Danziger Briefmarkenausstellung
 Pexipblock und Dapostablockpaar O
 oder + bei sofortiger Vorbestellung
 und Vorkasse bis 30. Mai je 5.— M.
Hitlerblock mit seltenem Edelweiß-
 stempel 1.75 M., mit Geburtstags-
 stempel 1.50 M.

KOMET VERLAG · BERLIN C 2
 Klosterstraße 68—67/18



ADOLF HITLER- POLYTECHNIKUM

Hoch- u. Tiefbau, Maschinenbau, Betriebs-
 technik, Elektrotechnik, Ing.-Kaufmann
 Auto- u. Flugzeugbau, Lehrwerkstätten
 staatlich anerkannt. — Drucksachen frei.

FRIEDBERG i. H.

Welche Beziehungen bestehen zwischen König und Krone, Kabinett, Parlament und Partei in England?

Diese Fragen und viele andere beantwortet

SIR MAURICE AMOS

Professor für Rechtsvergleichung an der Universität London

In seinem geistreichen Buch

Wie England regiert wird

Ins Deutsche übertragen von Dr. Gerhard Erdsiek. 1936. 240 Seiten.

Leinen RM 4.80

Das Werk des Verfassers schlägt nicht den Weg eines trockenen Lehrbuchs ein. In lose aneinandergereihten Kapiteln erörtert es die englische Verfassung und stellt sie in den großen Zusammenhang der englischen Geschichte. Das Buch vermittelt Einblick in das Verfassungskunstwerk mit dem das Volk der stärksten politischen Begabung verstanden hat, seine Staatsführung stets im Gleichgewicht mit den wirklichen politischen Kräften des Landes zu halten. Das Buch wendet sich nicht nur an den Fachmann, der für zahlreiche, meist noch unbekannte historische und aktuelle Einzelheiten dankbar sein wird, sondern vor allem an den gebildeten Laien, bei dem es fachliche Kenntnis in keiner Weise voraussetzt.

Staatskirche und Staat in England

Grundzüge der anglikanischen Kirche in Geschichte und Gegenwart

Von Dr. Kurt Wahl. 1936. 205 Seiten.

Brosch. RM 7.50

Der Verfasser entwickelt die Gestalt der englischen Staatskirche in ihren wichtigsten Wendepunkten und nach den Grundauffassungen, die im englischen Volk das Verhältnis von Staat und Kirche bis zur Gegenwart bestimmt haben.

Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosigkeit in England

Von Dozent Dr. Pfister. 1936. 196 Seiten.

Brosch. RM 7.80

Hier ist eine Darstellung der Arbeitslosenversicherung in England von den ersten gewerkschaftlichen Anfängen bis zu den gegenwärtigen Reformen gegeben. Das Buch erschließt gleichzeitig mit seinen Untersuchungen über die englische Arbeitslosigkeit die großen Hauptrichtungen der Entwicklung der englischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit.

W. KOHLHAMMER VERLAG · STUTTGART — BERLIN

In vierter, bearbeiteter und erweiterter
Auslage erschien

Karl Georg Schaetisch

Die Arier

Herkunft u. Geschichte des arischen Stammes

Das Werk berichtet über

30000 Jahre arischer Geschichte

Es gibt ferner Aufschlüsse über die verschiedenen Gottheiten des alten Testaments: Gottvater, Jahwe, El Schaddai, über den Ursprung der Religionen und das Werden des Gottesglaubens, über den Sintflut, über die Sintflut und viele sonstige biblische und andere Überlieferungen der Vorzeit, über den Molooh- oder Teufelsdienst, über den Unterschied zwischen den jüdischen und christlichen und den germanischen Priesterständen, über die Bedeutung und Entstehung der Runen und Sippennamen sowie des Hakenkreuzes, über die Ungleichheit der Menschentrassen, über die Zusammenhänge der Kulturen in der Alten und Neuen Welt.

480 Seiten, Großformat, mit Abbildungen und 2 Karten, Ganzleinen RM 9.60

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder unter Nachnahme direkt vom
Arier-Verlag G. m. b. H., Berlin-Zehlendorf

Teichstraße 10

DR. ANTON MAYER



Entstehung, Entwicklung, Vollen-
dung des britischen Weltreiches.

340 Seiten mit 16 Wieder-
gaben alter Stiche. In Ganz-
leinen gebunden mit künst-
lerischem Bildumschlag. . . RM

5.80

Völkerrechtsfragen

Sammlg. v. Vorträg. u. Studien, hrsg. v. M. Wenzel

30. Das Kontrollsystem der Völkerbunds-
mandate. Von Dr. H. Roth. M. 6.30

31. Internationales Luftrecht. Von Dr. K.
Volkmann. M. 8.55

32. Die völkerrechtl. Clausula rebus sic stan-
tibus und Artikel 19 der Völkerbundsatzung.
Von Dr. W. Schneider. M. 7.20

33. Die Anerkennung neuer Staaten. Von
Prof. Dr. W. Heilborn. M. 1.80

34. Staat und Nation an der deutschen West-
grenze. Von Prof. Dr. Herm. Aubin. M. 2.25

35. Internationale Wasserläufe. Von Geh-
rat Prof. Dr. Heinrich Triepel. M. 2.25

36. Blockade im Weltkrieg. Von Dr. P. Mar-
tini. M. 7.—

37. Verbesserung des Minderheitenschutzes.
Von Dr. Rud. Camerer. M. 4.—

38. Der Versailler Vertrag und die Abrüstung.
Von Dr. K. Schilling. M. 4.—

39. Reformvorschläge zum Seekriegsrecht.
Von Dr. P. Martini. M. 2.—

40. Internationale Strafrechtsbarkeit. Von
Dr. H. v. Weber. M. 8.—

41. Der Kriegsschuldartikel. Von Dr. H. M.
Behelm-Schwarzbach. M. 6.—

42. Der Begriff „Militärluftfahrzeug“ im Luft-
recht. Von Erwin Riesch. M. 6.—

43. Die deutschen Kolonien u. bes. Berück-
sichtigung ihrer Stellung als Mandate des Völ-
kerbundes. Von Dr. J. H. Schreiber. M. 6.—

44. Die völkerrechtl. Entwicklung Bulgariens
n. d. Weltkriege. Von Dr. M. Lasaroff. M. 10.80

Ferd. Dümmlers Verlag / Berlin

Mayer nennt sein Buch eine rein geschichtliche Erzählung und will damit wohl zum Ausdruck bringen, daß ihm eine wissenschaftliche Darstellung des Themas fernliegt. Es geht ihm allein darum, einen packenden Stoff interessant und fesselnd zu erzählen. Man muß sagen, daß diese Absicht dem Verfasser gelungen ist. — Es ist anschaulich und mit außerordentlichem Geschick geschrieben, und es finden sich einige Kapitel darin, in denen sich der Verfasser als ausgezeichneter Erzähler erweist, der alle Kunstmittel der spannenden Erzählung virtuos beherrscht. So sind die Charakterzeichnungen der großen englischen Kolonialpioniere wie Drake, Clive und Rhodes kleine Meisterstücke psychologischer Porträtkunst.

Westd. Beobachter, Köln, 5. 11. 1936

BUCHHANDLUNG DES WAISENHAUSES

Halle-Saale

G • M • B • H

Berlin

Die Bedeutung des Landes ist heute neu erkannt worden. In dreifacher Weise: als Ernährer, als Quelle der Regeneration — der Erneuerung und Vermehrung der Bevölkerung — und als Grundlage einer kulturellen Erneuerung. In einer Zeit der zunehmenden Zerlegung hat das Land sittliche Werte, eine elementare, ungebrochene Kraft des Geistes und des Gemütes bewahrt, auf die sich der Neubau des Reiches gründen kann.

WEIBL. LANDJUGEND IN OSTPOMMERN

Bei der Erfüllung der drei Funktionen des Landes fallen der Frau wesentliche Aufgaben zu. An keiner Stelle und in keinem Stande kommt es so sehr auf eine allseitige Mitwirkung der Frau an wie auf dem Lande und im Reichsnährstand. Die Frau muß zugleich als Mutter, als Hausfrau, als Wirtschaftsgehilfin des Mannes auf allen Gebieten der Landwirtschaft und als Hüterin ländlicher Sitte und Kultur tätig sein und auf jedem einzelnen Gebiet sich mit ihrer ganzen Kraft einsetzen. Es erhebt sich die Frage: Ist die weibliche Landjugend sich dieser ihr gestellten Aufgabe und ihrer Bedeutung für das Volk bewußt? Ist sie ihrer Erfüllung gewachsen? Wo und in welcher Art muß eine besondere, planmäßige Erziehung einsetzen? Welche Schritte sind bisher dafür getan worden?

Im folgenden soll diesen Fragen in einer deutschen Landschaft nachgegangen werden.

Ostpommern ist für die folgende Untersuchung besonders geeignet, weil es vorwiegend Agrarprovinz und der Typus „Landmädchen“ verhältnismäßig rein erhalten ist.

Der Inhalt gliedert sich in: A. Allgemeine Einführung in die ostpommerschen Verhältnisse. 1. Die rassistischen Grundlagen der Bevölkerung, ihre Siedlungsgeschichte. 2. Siedlungsraum. 3. Die soziale Gliederung der Landbevölkerung / B. Die Lebenswirklichkeit der Landmädchen. I. Die äußeren Lebensverhältnisse. 1. Wohnung. 2. Kleidung. 3. Ernährung. 4. Arbeitsverhältnisse. II. Das Leben der Mädchen in der Gemeinschaft. 1. Familie. 2. Nachbarschaft und Dorfgemeinschaft. 3. Die Beziehungen der Mädchen untereinander. 4. Beziehungen zum anderen Geschlecht. III. Ostpommersche Dorfkultur. 1. Allgemeine Grundzüge ländlicher Kultur überhaupt und der ostpommerschen Dorfkultur im besonderen. 2. Das Grundgefüge der Kultur: Sprache, Dorf-moral, Religion, Sitte, Brauch. 3. Weitere Kulturgebilde: Sage, Märchen, Lied, Werkkunst / C. Wesen und Verhalten der Mädchen. I. Die Eigenart der Mädchen. 1. Lebensrhythmus. 2. Formen ihres geistig-feelischen Verhaltens. 3. Entwicklung in der Reifezeit. II. Anlässe für eine planmäßige Fortbildung in dem Wesen der Mädchen. 1. Interessen der Mädchen. 2. Lebens-plan / D. Planvolle Erziehung und Bildung der weiblichen Landjugend. I. Erziehung und Bildung durch Kindergarten und Schule. 1. Der Dorfkindergarten. 2. Die Dorfschule. 3. Die ländliche Hauswirtschaftsschule. 4. Das bäuerliche Werkbildungswesen. 5. Die Bauernschule. 6. Sonderausbildung auf einzelnen Gebieten. II. Erziehung der weiblichen Landjugend außerhalb der Schule. 1. Arbeitsdienst für die weibliche Jugend. 2. Jugenderziehung durch Partei, Stand, Kirche und Staat. 3. Leibeserziehung. 4. Das Buch in der Erziehung der weiblichen Landjugend. III. Der gegenwärtige Stand der weiblichen Arbeitskräfte in der Erziehungs- und Bildungsarbeit auf dem Lande.

Das Werk hat einen Umfang von ca. 160 Seiten, Format Groß-8°, und wird im Frühommer 1937 ausgeliefert vom Kurt Vowinkel Verlag in Heidelberg. Es erscheint als Band 3 in den von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung herausgegebenen Reihe: „Beiträge zur Raumforschung und Raumordnung“

Durch Bericht und Planung zur Tat!

Volk und Führung

Unabhängige sudetendeutsche
Monatshefte für Politik und Erziehung

Die führende politische Monatschrift
der größten deutschen Volksgruppe!

AUS DEM

INHALT DES JUNI-HEFTES

Böheim: Jenseits von Radikalismus
und Reaktion

Hoffmayer: Die Bedeutung der su-
detendeutschen Volksschutzgesetze
für das Nationalitätenrecht

Dr. W. Brand: König über Königreiche
Prinz Rohan: Das faschistische Italien
im Frühjahr 1937

Herold: Fichte — ein deutscher
Kämpfer

Circumspect: Außenpolitik und Natio-
nalitätenproblem

48 Seiten Großoktav

Einzelheft RM.—.60

Bezug fürs Ausland durch die Post im
„Abonnement Poste“-Wege

Kostenlose Probehefte durch die Ver-
waltung Prag II., Hauptpost, Postfach 696

Wandlungen in der Weltwirtschaft

Herausgegeben von Geheimrat Professor Dr. h. c.
Hermann Schumacher LL.D.

„Über alle Hefte der Sammlung ist zu sagen, daß sich ihre
Verfasser so glücklich darin verstanden haben, praktische
und wissenschaftliche Momente aneinanderzugliedern, daß die
Brauchbarkeit dieser ‚Beiträge zur internationalen Rohstoff-
lage‘ für jeden Zweck gesichert erscheint.“
(Ost-Europa-Markt, Königsberg)

Bisher liegen vor:

HEFT 1

ROHSEIDE

Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung der Rohseide
nach dem Weltkrieg. Von Dr. Eva Flügge. 115 Seiten Text
mit 7 Seiten Tabellen und 1 Tafel. Steif broschiert 6 RM.

HEFT 2

WOLLE

Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung der Wolle
nach dem Weltkrieg. Von Dr. Hans Hermann Schüler.
200 Seiten Text mit 19 Tabellen und 4 Diagrammen. Steif
brochiert 10 RM.

HEFT 3

KUNSTSEIDE

Der internationale Aufbau der Kunstseidenindustrie und seine
Folgen. Von Dr. Eva Flügge. 128 Seiten Text mit 6 Ta-
bellen. Steif broschiert 6 RM.

HEFT 4

STEINKOHLE

Wandlungen in der internationalen Kohlenwirtschaft. Von
Dr. Ernst-Georg Lange. 152 Seiten Text und 4 Tabellen.
Steif broschiert 6,50 RM.

HEFT 5

SILBER

Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung nach dem
Weltkrieg. Von Dr. Herbert Wegner. 166 Seiten Text und
10 Seiten Tabellen. Steif broschiert 7,50 RM.

HEFT 6

ZINN

Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung des Zinns
nach dem Weltkrieg. Von Dr. Josef Wollnik. 218 Seiten
Text und 6 Seiten Tabellen. Steif broschiert 10 RM.

HEFT 7

DER WALFANG

Ein Beitrag zur Weltwirtschaft der Fettstoffe. Von Dr. Erik
Lyngø. 124 Seiten Text, davon 16 Seiten Tabellen. Steif
brochiert 6 RM.

Weitere Hefte in Vorbereitung

Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig

BERLINER MONATSHEFTE

ZEITSCHRIFT FÜR NEUESTE GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VON

AUGUST BACH

FÜNFZEHNTE JAHR · 1937

Die Vorgeschichte des Weltkrieges, die politische Geschichte des Weltkrieges und die Geschichte der machtpolitischen Neugestaltung Europas durch die Auswirkungen der Pariser Vorortverträge von 1919 bilden die drei großen Forschungsaufgaben der „Berliner Monatshefte“. Durch Darstellungen hervorragender Historiker, durch Erinnerungen und Aufzeichnungen führender Staatsmänner und Politiker, durch Erschließung wichtiger dokumentarischer Quellen vermitteln die „Berliner Monatshefte“ eine umfassende und vertiefte Kenntnis der Geschichte vom Frankfurter Frieden 1871 bis zur jüngsten Vergangenheit. Monatsbericht, Buchbesprechungen und Bücherschau unterrichten über alle wesentlichen Veröffentlichungen zur Geschichte der neuesten Zeit in Presse, Zeitschriften und Literatur des In- und Auslandes.

Bezugspreis: Vierteljährlich 2.50 RM

Probeheft kostenlos und unverbindlich!

QUADERVERLAG AUGUST BACH · BERLIN W 15

Postschließfach 65

Eines der besten Bauernkriegsbücher

Der Unfug inn der Ortenau

Ein Buch unter Lachen und Weynen

Von

BODO KALTENBOECK

Mit Zeichnungen von Grete Hartmann

Im prachtvollen, farbigen Pappband und Schutzumschlag RM 3.—

Kaltenboeck gelang hier in seltener Meisterschaft ohne Pose und tönende Schlagworte die Größe des kleinen Mannes dichterisch zu gestalten. Neben der dramatischen Wucht des tragischen Handlungsablaufes gab der Dichter als köstlichstes Geschenk seine kurzweiligen Bemerkungen über viele artige Dinge, wie den Wein und die Pfaffen, die Frauenzimmer, die Liebe und das Zechen. Und dann noch seine satirischen Kommentare und Randbemerkungen zum politischen Geschehen jener Tage. Was der Dichter da auszusagen weiß, ist einfach meisterhaft und begeisternd — und ist zeitlos! Beißende Ironie, brennende Peitschenschläge teilt er aus nach allen Richtungen, an alle Unterdrücker des „gemeyn Volk“. Über allem aber steht sein sieghaftes Wissen, das er dem Leser vermittelt: daß auch in der Not gegenüber den Bedrückern „ein hell Gelächter zumeist das Besser ist“.

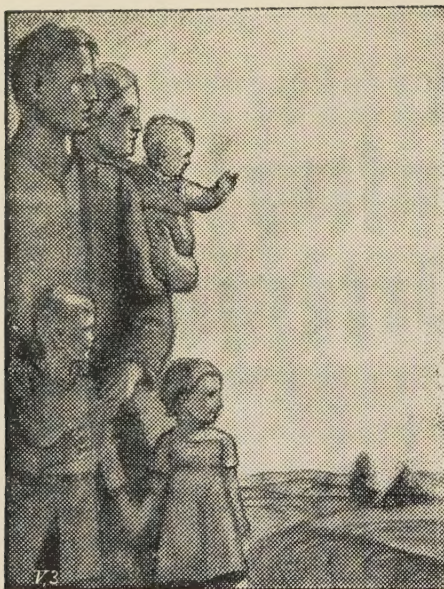
Das Buch wird helle Begeisterung bei Ihnen auslösen! Sie werden die virtuos getroffene bäuerliche Umgangssprache des 16. Jahrhunderts genießen! Sie werden an der feinen Ironie des Verfassers Gefallen finden! Das tragische Geschehen wird Sie zutiefst ergreifen! Sie werden glücklich sein, für so wenig Geld ein so prachtvoll ausgestattetes Buch erstanden zu haben!

Lassen Sie sich das Werk sofort von Ihrem Buchbändler vorlegen



Adolf Luser Verlag • Wien • Leipzig





„Mutter und Kind sind die Träger des Lebens der Nation“ Dr. Goebbels

Es ist der Leitsatz des Hilfswerkes Mutter und Kind der NSD., zu deren Leistungen die Verschickung in Ferienheime aufs Land, Schaffung von Mütter- und Kinderheimen, Einrichtung von Kindergärten und Schwesternstationen gehören. Die Hilfe der NSD. soll in erster Linie vorbeugend sein und die ganze Familie als Urzelle des Staates umfassen. Sie erstrebt — im Gegensatz zur früheren Zeit — die Aktivierung der eigenen Kräfte des betreuten Volksgenossen und auch als weiteren wichtigen Faktor, die seelische Aufrichtung des einzelnen. Dies sind Zielsetzungen, die dem Wohl des Volkes in seiner Gesamtheit dienen und ermöglicht werden allein durch die Hilfe und den persönlichen Einsatz der deutschen Volksgenossen, die zeigen, wie wirklicher Nationalsozialismus nicht in Worten, sondern allein durch die Tat bewiesen werden kann.



ALBRECHT KÜLTZSCH DRESDEN-GRUNA 20



Uhren-, Gold-
und Silberwaren
Sprechmaschinen

Handelsmarke SAXONIA
seit 59 Jahren

Zahlungserleichterung



Preisliste
Nr. 184
umsonst



EXAKTA

Standard-Exakta 4 × 6,5 cm
Kine-Exakta 24 × 36 mm

Schlitzverschluss von 1/1000 bis 12 Sekunden. Selbstauslöser. Auswechselbare Objektive bis 1:1,9. Vakuumblitzanschluß

Prospekt gratis!



Dresden
Striesen 359



England=Bücher—auf Wunsch auch zur Ansicht

A. DEMANGEON

Das Britische Weltreich

Eine kolonialgeographische Studie, die das verzweigte, dem Außenstehenden so unübersichtliche Reich in seinem Entstehen, Aufbau und Problemen zeigt. Den Ausgangspunkt bildet die geographische Struktur, aus der im Geiste germanischen Seefahrertums der Staat entwickelt wird.

8°. 363 Seiten. 5 Karten. Leinen RM 6.—

AL. CARTHILL

Verlorene Herrschaft:

Wie England Indien aufgab

Carhill: der geistreichste Erbe der Richelieu und Talleyrand, ein Machiavell in moderner angelsächsischer Ausgabe, getragen von souveräner Intelligenz und vom Willen zu bessern. *Berlin, BZ am Mittag*

Das Buch ist ein Lehrbuch der Staatsmannskunst und der großen Politik vom englischen Standpunkt aus. Der Autor ist zugleich Staatsmann, Historiker und Philosoph von reichem Wissen; und schon seinen oft stark ironischen Darlegungen zu folgen, ist ästhetischer Genuß.

Berlin, Deutsche Allgemeine Zeitung

8°. 314 Seiten. 1 Karte. Leinen RM 6.40

Die Erbschaft des Liberalismus

Eine Kampfschrift gegen den Liberalismus, die scharfe und geistvolle Kritik am liberalen Wesen von einem alten Tory. Carhill vereint außerordentlichen staatsmännischen Blick, umfassende Bildung und eine geistvoll-bissige Ironie mit der Erfahrung des alten Regierungsmannes.

8°. 200 Seiten. Leinen RM 4.80

KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG

ENGLANDLITERATUR VON BLEIBENDEM WERT

WILHELM DIBELIUS

England

I. Band: Reich und Volk. Staatsverfassung. II. Band: Religion und Kirche. Erziehung. 15. Tausend.

In Leinen gebunden RM 19.80

Der beste und erschöpfendste Versuch, der bisher gemacht wurde, um deutschen Lesern die englische Volksseele zu deuten, wie sie ist und geworden ist und wie sie in allen den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen des Landes zum Ausdruck kommt. Kölnische Zeitung

JOHN ROBERT SEELEY

Die Ausbreitung Englands

Eingeleitet und herausgegeben von Karl Alexander von Müller. Übersetzt von Dora Schill

Brochüriert RM 4.20

Dieses klassische Werk der englischen Geschichtsschreibung gehört heute noch zu den besten Büchern über den britischen Imperialismus. Aber den Gedankenreichtum, die Fülle der Beobachtungen, die gehaltvolle Darstellung und die weiten Ausblicke, die das Buch uns gibt, berichten wollen, hieße nur den Eindruck schmälern, den die Lektüre dieses berühmten Wertes auf den nachdenklichen Leser macht. Die Neueren Sprachen, Marburg

LUDWELL DENNY

Amerika schlägt England

Gebunden RM 12.—

Glänzend geschrieben und getragen von großer Spannung. Der Verfasser ist ein ausgezeichnete Kenner der englisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen, und das macht sein bestechend geschriebenes Buch um so alarmierender. Frankfurter Zeitung

WAHRHOLD DRASCHER

Die Vorherrschaft der weißen Rasse

In Leinen RM 9.—

Ein Buch, in dem eine unheimliche Fülle von Material zu einer eindrucksvollen Schau verarbeitet wurde. Wie in seinem Werk das Verhältnis der Weißen zu den Farbigen, die Entstehung der Vorherrschaft, die Verschlebung der Abhängigkeiten und endlich die Schlupfphase, der Weltkrieg als Katastrophe, der Gegenangriff der Farbigen und die Stellung der Weißen in einer gewandelten Welt dargestellt sind, muß man als vorbildlich bezeichnen. Bremer Nachrichten

ERICH MARCKS

England und Frankreich

während der letzten Jahrhunderte

Geheftet RM 1.—

Einen von politischen Schicksalen des Tages ausgehende und mit den Mitteln feinsten und einbringlichster historischer Kunst arbeitende Untersuchung. Wundervoll, wie Marcks Persönlichkeiten und Welten gegeneinander stellt. Eine seiner Meisterleistungen des historischen Bildnisses.

Dr. Andrea Frahm in den Hamburger Nachrichten

SIR FREDERIC WHYTE

Der ferne Osten

von England aus gesehen

Kartonierte RM 2.—

Ruhe und sehr beherzigenswerte Darlegungen der inneren, geistigen und politischen Verfassung Chinas und Japans, immer wieder eröffnete Ausblicke auf die Verbindung zur europäischen, nicht nur britischen Politik und Wirtschaft — sie geben diesem Buche seine zugleich aktuelle und kulturhistorische Bedeutung. Die Literatur

LUDWIG KEMPF

Kanada und seine Probleme

Brochüriert RM 2.50

Auf engstem Raum wurde hier auf Grund gründlicher Studien während eines fünfjährigen Aufenthaltes eine erschöpfende Darstellung Kanadas gegeben, seiner staatlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kultur. Frankf. Kurier, Nürnberg

In allen Buchhandlungen erhältlich

Deutsche Verlags-Anstalt · Stuttgart und Berlin